



**Elias Bricker**

## **Ein Dorf auf der Alp**

*Die Entwicklung der Alp Urnerboden zur Ganzjahressiedlung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*

**u<sup>b</sup>**

---

<sup>b</sup>  
UNIVERSITÄT  
BERN

Berner Studien zur Geschichte  
Reihe 2: Natürliche Ressourcen in der Geschichte  
Band 4

Herausgegeben von Christian Rohr  
Historisches Institut der Universität Bern

Elias Bricker

## Ein Dorf auf der Alp

Die Entwicklung der Alp Urnerboden zur Ganzjahressiedlung  
in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts



---

<sup>b</sup>  
**UNIVERSITÄT  
BERN**

Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte  
(WSU)

Historisches Institut  
Universität Bern  
Schweiz

Bern Open Publishing BOP  
bop.unibe.ch

2021

## Impressum

ISBN: 978-3-03917-041-8  
ISSN: 2571-6786  
DOI: 10.48350/157705

Herausgeber: Christian Rohr  
Historisches Institut  
Universität Bern  
Länggassstrasse 49  
CH-3012 Bern

Lektorat: Isabelle Vieli  
Layout Titelei: Isabelle Vieli



This work is licensed under a Creative Commons  
Attribution 4.0 International License  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Text © 2021, Elias Bricker

Titelbild: Ganzjahresbesiedelung auf dem  
Unerboden um 1910.

Quelle: StaUR, 119.03-BI-37934;  
Foto: Michael Aschwanden

## **INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1.</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>7</b>
1.1.	ERKENNTNISLEITENDE FRAGESTELLUNG	8
1.2.	FORSCHUNGSSTAND	8
1.3.	QUELLENLAGE	9
1.4.	AUFBAU UND METHODE	10
<b>2.</b>	<b>DIE ALP URNERBODEN UM 1850</b>	<b>11</b>
2.1.	DIE LAGE DER ALP UND IHRE VERSCHIEDENEN BEZEICHNUNGEN	11
2.2.	DIE NUTZUNG DES URNERBODENS	14
2.3.	DER WINTERAUFENTHALT IST VERBOTEN	23
2.4.	DIE AFFÄRE VON 1853	26
<b>3.</b>	<b>DIE WIRTSCHAFTS- UND ARMUTSVERHÄLTNISSE IM KANTON URI UM 1850</b>	<b>31</b>
<b>4.</b>	<b>DIE ENTWICKLUNG ZUR GANZJAHRESSIEDLUNG NACH 1853</b>	<b>37</b>
4.1.	DER WINTERAUFENTHALT WIRD 1872 ERLAUBT	37
4.2.	DIE SCHULPFLICHT WIRD ZUM PROBLEM	38
4.3.	DER BUNDESRAT SCHÜTZT DEN WINTERAUFENTHALT	40
4.4.	NUTZUNGSKONFLIKTE AUF DER ALLMEND	43
4.5.	WEITERE PROBLEMATISCHE ASPEKTE DES WINTERAUFENTHALTS UND DER AUSBAU DER DÖRFLICHEN INFRASTRUKTUR	47
4.6.	DAS DORF URNERBODEN BIS HEUTE	52
<b>5.</b>	<b>FAZIT</b>	<b>54</b>
<b>6.</b>	<b>VERZEICHNISSE</b>	<b>56</b>
6.1.	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	56
6.2.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	56

<b>7.</b>	<b>BIBLIOGRAFIE</b>	<b>57</b>
<b>7.1.</b>	<b>QUELLENVERZEICHNIS</b>	<b>57</b>
7.1.1.	UNGEDRUCKTE QUELLEN	57
7.1.2.	GEDRUCKTE QUELLEN	57
7.1.3.	LITERATUR MIT QUELLENCHARAKTER	58
7.1.4.	ZEITUNGSARTIKEL	58
<b>7.2.</b>	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>59</b>
<b>7.3.</b>	<b>INTERNET-RESSOURCEN</b>	<b>61</b>



# 1. Einleitung

Gerade noch 24 Personen leben heute das ganze Jahr auf dem Urnerboden.<sup>1</sup> Überalterung, Abwanderung und fehlende Arbeitsplätze setzten dem Dorf, das einst 250 Personen zählte, in den vergangenen Jahrzehnten arg zu. Die Zukunft der Siedlung ist deshalb ziemlich ungewiss. Gut möglich, dass in einigen Jahren nur noch im Sommer Äpler und Äplerinnen dort leben werden und dass der Urnerboden wieder eine gewöhnliche Alp wird.<sup>2</sup> Eine Alp – ohne Dorf – das war der Urnerboden bereits früher: Bis 1872 war es verboten, während der Wintermonate auf dieser Alp zu wohnen.<sup>3</sup> Doch dann entstand auf der Alp eine Dauersiedlung, ein richtiges Dorf.<sup>4</sup>



Abb. 1: Der Urnerboden mit der Kirche von 1915. Foto: Andreas Fässler, 01.11.2013.

---

<sup>1</sup> Die Auskünfte der Gemeindekanzlei Spiringen vom 22.08.2016 decken sich mit jenen vom 16.08.2016 von Julia Herger (Jahrgang 1991). Herger ist auf dem Urnerboden im ehemaligen Gasthaus Alpenrösli aufgewachsen und lebt heute im Urner Talboden.

<sup>2</sup> Vgl. Hirtler 2012: 19-20.

<sup>3</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 9. Mai 1872, Nr. 20, 22.05.1872: 144.

<sup>4</sup> Vgl. Hirtler 2012: 13-14.

## 1.1. Erkenntnisleitende Fragestellung

Die vorliegende Arbeit geht den Fragen nach, wie und weshalb auf dem Urnerboden überhaupt eine Ganzjahressiedlung entstand. Gleichzeitig soll auch aufgezeigt werden, aus welchen Gründen sich Leute auf der Alp ganzjährig niederliessen und weshalb dies zunächst verboten war. Diese Fragen wurden von der bisherigen Literatur noch nicht genügend beantwortet. Zudem soll die Arbeit beleuchten, welche Probleme und Konflikte durch die ganzjährige Besiedlung entstanden – und zwar bezüglich der Allmendnutzung und der fehlenden Infrastruktur. Die Arbeit fokussiert sich aus formellen Gründen auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie behandelt einerseits die Zeit von 1850 bis 1872, also die Zeitspanne, bevor der Urnerboden überhaupt eine Ganzjahressiedlung wurde, damit man die Entwicklung von der Alp zum Dorf denn auch nachvollziehen kann. Andererseits befasst sich die Arbeit aber auch mit den Jahren 1872 bis 1900, in denen die Probleme einer Ganzjahressiedlung offensichtlich wurden, die dörfliche Infrastruktur erstellt wurde und die Siedlung in einem steten Spannungsverhältnis zwischen verschiedenen Interessen stand. Nur am Rande wird auf die Entwicklung des Urnerbodens im 20. und 21. Jahrhundert eingegangen.

## 1.2. Forschungsstand

Wer sich mit dem Urnerboden befasst, kommt nicht am Buch *Urnerboden. Werden und Leben eines Urner Hochtals* vorbei, das Hans Muheim 1986 verfasste. Damit schuf er einen 160 Seiten umfassenden Abriss über die Geschichte und die damalige Gegenwart des Alpdorfes. Zwar versucht er darin aufzuzeigen, wie die Ganzjahressiedlung entstanden ist, doch wird diese Entwicklung bei Muheim als rein politischer Vorgang beschrieben. Die Gründe, welche erst dazu geführt haben, bleiben bei ihm im Dunkeln.<sup>5</sup> 2012 erschien das Buch *Urnerboden* von Christof Hirtler. In erster Linie werden in diesem Werk 33 Äpler und Ganzjahresbewohner und -bewohnerinnen porträtiert. Doch Hirtler hat dazu auch die Geschichte der Ganzjahressiedlung aufgearbeitet. Dabei beschrieb er ausführlich, weshalb sich die Leute ganzjährig auf der Alp niedergelassen haben und weshalb dies Personen aus ärmeren Verhältnissen waren. Gleichzeitig ging er auch auf die Probleme ein, welche es anfänglich in der neuen Siedlung gegeben hatte.<sup>6</sup> Im Nachwort beschrieb die Luzerner Historikerin Angela Hauser zudem, dass die ganzjährige Besiedlung auch zu Konflikten um die Allmendnutzung geführt hatte.<sup>7</sup> Die beiden Bücher sind denn auch die wichtigsten Arbeiten, wenn man sich mit der Geschichte der Alp auseinandersetzen will.

Hirtler schreibt zwar über die Armut der Urnerboden-Bewohner und -Bewohnerinnen im 19. Jahrhundert, stellt die Problematik aber in keinen grösseren Zusammenhang.<sup>8</sup> Über die sozialen Probleme des Kantons Uri in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert erfährt man aber mehr in der Dissertation *Almosen und Allmenden. Verarmung und Rückständigkeit in der Urner Markgenossenschaft 1798-1848* von Philip Arnold.<sup>9</sup> Zudem gibt auch die Dissertation von Jürg Biemann *Die Lebensverhältnisse im Urnerland während des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts* einen Einblick in die Probleme der Armut und der rückständigen Landwirtschaft im Kanton Uri.<sup>10</sup> Mehr über die Alpthematik findet man auch in den Büchern des Urner Bauernhausforschers Benno Furrer<sup>11</sup> und bei Rudolf

---

<sup>5</sup> Vgl. Muheim 1986.

<sup>6</sup> Vgl. Hirtler 2012.

<sup>7</sup> Vgl. Hauser 2012.

<sup>8</sup> Vgl. Hirtler 2012: 12-13.

<sup>9</sup> Vgl. Arnold 1994.

<sup>10</sup> Vgl. Biemann 1972.

<sup>11</sup> Vgl. Furrer 1985; 1989.



Braun<sup>12</sup>. Zudem haben sich Martin Stuber und Matthias Bürgi mit der traditionellen Waldnutzung im Schächental auseinandergesetzt.<sup>13</sup>

Prägende Figuren der Aufarbeitung der Urner Geschichte sind Hans Stadler-Planzer und Mitglieder seiner Familie. Erst 2015 veröffentlichte er seinen umfassenden zweiten Teil der *Geschichte des Landes Uri*, welche neben politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen auch Alp- und Landwirtschaft behandelt.<sup>14</sup> Zudem sind auch frühere Arbeiten von Stadler-Planzer<sup>15</sup> sowie ein Text seines Sohnes Pascal<sup>16</sup> in die vorliegende Arbeit eingeflossen. Überdies veröffentlichte Stadler-Planzer 2013 zusammen mit Bruder Franz, Sohn Pascal und Thomas Ziegler eine Gesamtschau über die Geschichte der Korporation Uri.<sup>17</sup> 2015 vollendete Josef Muheim-Büeler zudem seine rund 2'400 Seiten umfassende Forschungsarbeit über die Familien des Schächentals. Darin hat er in erster Linie Stammbäume aufgezeichnet. Doch Muheim-Büelers Werk ist gespickt mit Anekdoten, lexikalischen Artikeln und historischen Begebenheiten, auf die der Autor in verschiedensten Archiven gestossen ist. Das Werk ist ein riesiger Fundus und es lohnt sich, sich damit auseinanderzusetzen. Leider ist es nicht ganz einfach, darin systematisch nach spezifischen Informationen zu suchen.<sup>18</sup> Sehr nützlich für diese Arbeit waren aber auch die Aufarbeitung der Urner Schulgeschichte von Robert Fäh<sup>19</sup>, der Sammelband *Das Schächental* von Karl Iten<sup>20</sup> oder die Forschungen von Georg Kaufmann zur Besiedlung der Göschenalp<sup>21</sup>, um hier die wichtigsten zu nennen.

### 1.3. Quellenlage

Es gibt mehrere qualitativ gute Quellen zur Entwicklung des Urnerbodens. Doch viele Sachverhalte dürften gar nie aufgeschrieben worden sein. Um zu eruieren, wie der Urnerboden früher genutzt wurde, lohnt es sich vor allem, die entsprechenden Artikel zur Allmendnutzung im zweiten Band des Urner Landbuchs zu studieren. Denn darin gibt es mehrere Artikel, die sich explizit mit der Nutzung des Urnerbodens befassen.<sup>22</sup> Für behördliche Angelegenheiten wurden für diese Arbeit vor allem die Urner Amtsblätter konsultiert, denn sie sind ein riesiger Fundus an Quellen zu politischen oder juristischen Vorgängen. Überdies wurden in den Amtsblättern auch Rechenschaftsberichte der Regierung oder die Traktanden zu den Bezirksgemeinden publiziert. Die Jahrgangssammlungen der Amtsblätter sind sehr hilfreich, um Quellen zu spezifischen Sachverhalten zu finden.<sup>23</sup> Natürlich wurden für die vorliegende Arbeit auch Originalprotokolle von Bezirksgemeinden<sup>24</sup>, Regierungsratssitzungen<sup>25</sup> oder Gerichtsverhandlungen<sup>26</sup> sowie Aufzeichnungen der Gemeinden<sup>27</sup> konsultiert. Diese unterscheiden

---

<sup>12</sup> Vgl. Braun 1984.

<sup>13</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011.

<sup>14</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015a; 2015c.

<sup>15</sup> Vgl. Stadler 1971; Stadler-Planzer 2009.

<sup>16</sup> Vgl. Stadler 2015.

<sup>17</sup> Vgl. Stadler-Planzer et al. 2013.

<sup>18</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015a, 2015b, 2015c.

<sup>19</sup> Vgl. Fäh 2000.

<sup>20</sup> Vgl. Iten 1983.

<sup>21</sup> Vgl. Kaufmann 1998.

<sup>22</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859.

<sup>23</sup> Vgl. verschiedene Jahrgänge des *Amtsblatts des Kantons Uri* sowie des *Urner'schen Amtsblatts*.

<sup>24</sup> Vgl. Protokoll Bezirksgemeinde Uri vom 9. Mai 1872; StaUR R-391-12/1 (Teil 1); Protokoll Bezirksgemeinde Uri vom 10. Mai 1877; StaUR R-391-12/1 (Teil 2).

<sup>25</sup> Vgl. Urner Wochenratsprotokolle: Protokoll Regierungsrat vom 21.11.1853; StaUR RR91-RR94 Mikrofilm MF35/665.

<sup>26</sup> Vgl. Bezirksgerichts-Protokolle: Protokoll Sitzung vom 5. Christmonat 1853; StaUR G-013 Mikrofilm MF35/690.

<sup>27</sup> Vgl. Armenverzeichnisse nach Gemeinden 1839ff; StaUR R-120-13/2.

sich aber in der Hauptsache oft nur minim von den Beschlussprotokollen, die in den Amtsblättern abgedruckt wurden. Seit Ende 1876 erschien im Kanton Uri mit dem *Urner Wochenblatt* auch eine Zeitung. Die ersten Jahrgänge des Blattes fallen genau in eine entscheidende Phase der Wintersiedlung Urnerboden. Vor allem zum Konflikt um die Nutzung der Alpweiden im Jahr 1885 hat das Blatt mehrere sehr lebendige Artikel mit verschiedenen Meinungen publiziert.<sup>28</sup> Immer wieder nützlich sind für historische Arbeiten auch die Amtsdruckschriften des Bundes.<sup>29</sup> Zudem floss in diese Arbeit auch der Bericht von Elias Landolt von 1862 ein, der im Auftrag des Bundesrates die Gebirgswälder der Schweiz untersucht hatte.<sup>30</sup> Eine Quellenperle bildet weiter die 130 Seiten umfassende Beschreibung des Altdorfers Karl Franz Lusser über den Kanton Uri aus dem Jahr 1834.<sup>31</sup>

## 1.4. Aufbau und Methode

Die vorliegende Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil befasst sich mit der Alp Urnerboden um 1850. Während Unterkapitel 2.1. die Alp geografisch und politisch verortet, soll Unterkapitel 2.2. aufzeigen, wie der Urnerboden um 1850 genutzt wurde und welche Bedeutung er für das Schächental hatte. Dabei wurde, wie für die übrige Arbeit auch, eine historisch-hermeneutische Herangehensweise gewählt. Die beiden folgenden Unterkapitel behandeln dann das obrigkeitliche Verbot, im Winter auf dem Urnerboden zu wohnen. Trotzdem gab es immer wieder Leute, welche auf der Alp überwinterten – so etwa auch 1853, wie in Kapitel 2.4. beschrieben wird. In diesem Unterkapitel wurde zudem versucht, dank der Familienforschungen von Josef Muheim-Büeler neue Erkenntnisse über die Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens zu erhalten.

Der zweite Teil der Arbeit befasst sich mit der Wirtschaftslage des Kantons Uri um 1850. Darin wird speziell auf die Armut sowie auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft eingegangen. Dank der beiden ersten Teile soll der dritte Teil der Arbeit, welcher sich mit der Entwicklung des Urnerbodens nach 1853 befasst, verständlicher werden. Denn erst im dritten Teil wird fassbar, wie und weshalb die Ganzjahressiedlung auf dem Urnerboden entstand und zu welchen Problemen dies anfänglich führte. Denn erlaubte die Bezirksgemeinde Uri 1872 den Winteraufenthalt (Unterkapitel 4.1.), wollte sie ihn bereits 1877 wieder verbieten, weil die Kinder des Urnerbodens dem Schulunterricht fernblieben (Unterkapitel 4.2.), doch die Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens wehrten sich erfolgreich (Unterkapitel 4.3.). Jedoch führte die ganzjährige Besiedlung automatisch zu Problemen bezüglich der Allmendnutzung (Unterkapitel 4.4.) und der fehlenden Infrastruktur (Unterkapitel 4.5.). Im letzten Unterkapitel (Unterkapitel 4.6.) wird die heutige Siedlung auf dem Urnerboden behandelt, die immer weniger Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner aufweist. Ein Fazit schliesst die Arbeit ab.

---

<sup>28</sup> Vgl. verschiedene Jahrgänge des *Urner Wochenblatts*.

<sup>29</sup> Vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft 1878.

<sup>30</sup> Vgl. Landolt 1862.

<sup>31</sup> Vgl. Lusser 1834.

## 2. Die Alp Urnerboden um 1850

### 2.1. Die Lage der Alp und ihre verschiedenen Bezeichnungen

*Dieselbe ist zwei Stunden lang und auf der ebenen Thalesfläche eine Viertelstund breit. [...] Den schönen grünen Thalgrund [...] beschlängelt die Fätsch, welche am Klausen [...] entspringt, [...] und im Linthal in die Linth sich ergiesst. [...] Durch die ganze Alp liegen gruppenweise die Hütten wie kleine Dörfchen beisammen; eine Kapelle glänzt auf einem mitten im Thalgrund liegenden Hügelchen zwischen Tannen hervor.*<sup>32</sup>

So beschrieb der Urner Politiker und Naturforscher Karl Franz Lusser<sup>33</sup> die Alp Urnerboden im Jahr 1834.<sup>34</sup> Das Gebiet des Urnerbodens erstreckt sich auf einer Länge von 13 Kilometern und einer Breite von 2 Kilometern.<sup>35</sup> Es liegt östlich des Klausenpasses – zwischen der Passhöhe und dem Glarner Dorf Linthal. Die Ebene des Urnerbodens befindet sich auf einer Höhe von rund 1'350 Metern über Meer.<sup>36</sup> Obwohl das Alpgebiet aber auf der anderen Seite der Wasserscheide liegt und aus geografischer Sicht bereits zum Kanton Glarus gehört, ist der Urnerboden – wie es der Name bereits sagt – Urner Kantonsgebiet (siehe Abb. 2).<sup>37</sup> Gemeinhin wird die Alp denn auch zum Urner Schächental gezählt, das westlich des Klausenpasses liegt.<sup>38</sup> Aufgrund ihrer isolierten Randlage ist die Alp im Winter, wenn auf dem Klausenpass Schnee liegt, vom Schächental her nicht erreichbar. Wer also während der schneereichen Wintermonate vom Kanton Uri auf den abgelegenen Talboden des Urnerbodens reisen will, muss einen langen Umweg über den Sattel SZ, via Zürichsee und Glarus auf sich nehmen.<sup>39</sup>

---

<sup>32</sup> Lusser 1834: 100.

<sup>33</sup> Vgl. Stadler 2009 (e-HLS).

<sup>34</sup> Vgl. Lusser 1834: 100.

<sup>35</sup> Vgl. Muheim 1986: 14.

<sup>36</sup> Vgl. Hirtler 2012: 8-9.

<sup>37</sup> Vgl. Baumann, Fryberg 1995: 4.

<sup>38</sup> Vgl. Muheim 1986: 11.

<sup>39</sup> Vgl. ebd.: 121.



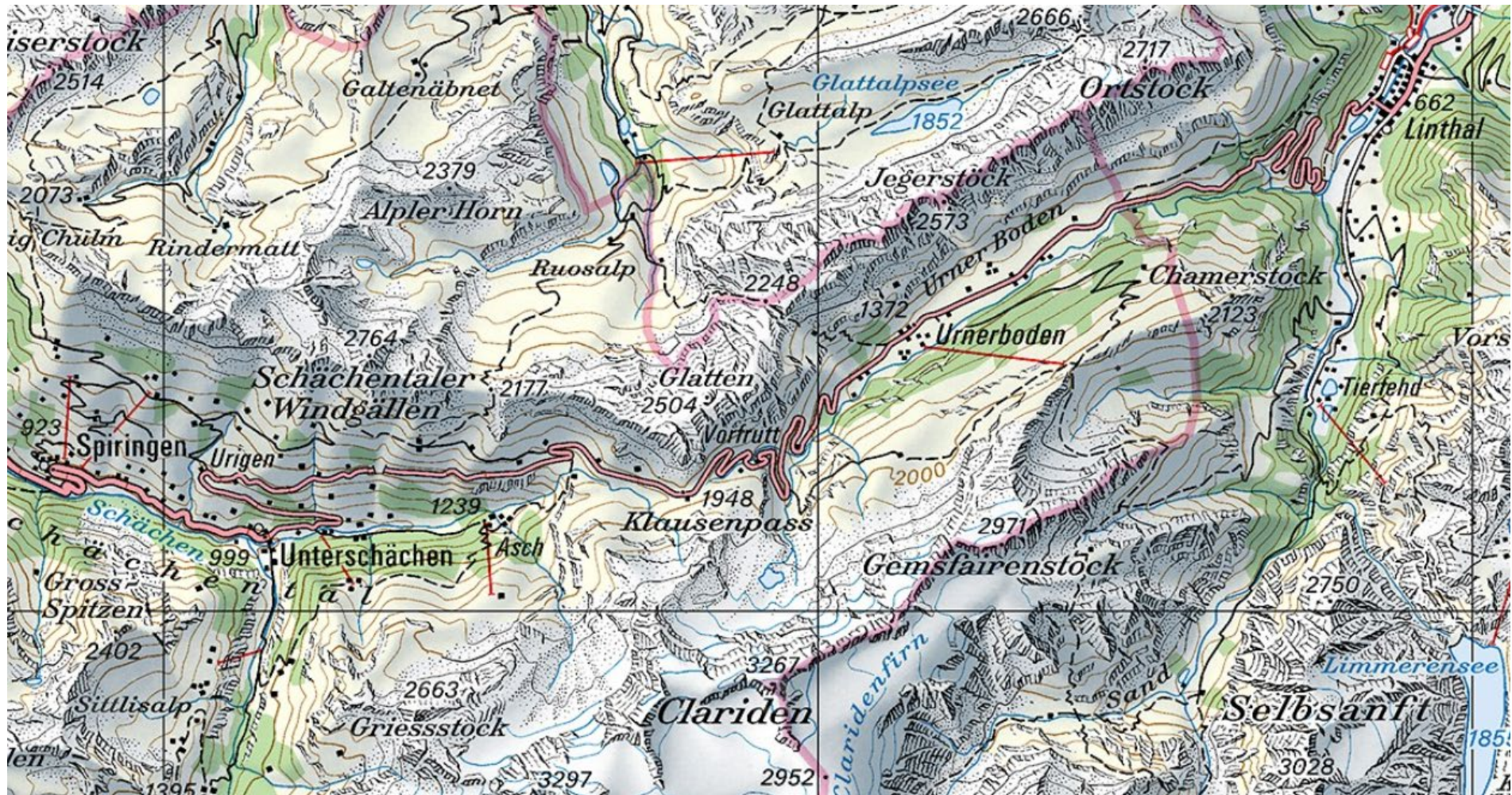


Abb. 2: Kartenausschnitt des Urnerbodens. Quelle: Karten der Schweiz (Ausschnitt Schächental, Suchbegriff Klausenpass), Version von 2013, <https://map.geo.admin.ch>, 12.03.2021. Der Urnerboden ist der westlichste Zipfel des Kantons Uri und befindet sich östlich des Klausenpasses.





Abb. 3: Der Urnerboden von der Klausenpassstrasse gesehen. Foto: Elias Bricker, 12.08.2018. Im Hintergrund sieht man die Glarner Alpen. Hinter dem Wäldchen mitten in der Talebene steht die Kirche.

Der Urnerboden weist aber noch eine andere geografische Eigenheit auf: Denn das Alpgebiet gehört politisch nicht zur benachbarten Gemeinde Unterschächen westlich des Klausenpasses, sondern ist eine Enklave der entfernteren Schächentaler Gemeinde Spiringen. Die Enklave entstand, als sich Unterschächen 1687 kirchlich und 1713 auch politisch von Spiringen löste. Spiringen dürfte dabei der Gemeinde Unterschächen nur jene Gebiete überlassen haben, welche sie unbedingt abtreten musste.<sup>40</sup> Doch noch im 19. Jahrhundert wurde das Alpgebiet nicht allein von der Kommunalbehörde von Spiringen verwaltet. Weil viele Äpler aus Unterschächen stammten, übernahm das Dorfgericht Unterschächen die Verantwortung für gewisse Sachgeschäfte.<sup>41</sup> Kirchlich gehörte das Gebiet des Urnerbodens aber immer zu Spiringen.<sup>42</sup> So weilte im 19. Jahrhundert auch der Pfarrhelfer von Spiringen jeweils während der Alpzeit auf dem Urnerboden und las in der dortigen Kapelle Messen.<sup>43</sup>

In älteren Quellen heisst die Alp nicht Urnerboden, sondern *Ennetmärcht*, *Uf Merchen*, *Märch*, *Markalp* oder *ennet der Märch*. Diese Bezeichnungen beziehen sich auf die oben beschriebene Tatsache, dass die Alp auf der anderen Seite der Wasserscheide liegt – also auf der anderen Seite der natürlichen Grenze (March).<sup>44</sup> Der Begriff Urnerboden, wie die Alp heute genannt wird, unterstreicht den Besitz der heutigen Korporation Uri.<sup>45</sup> Denn zwischen dem 11. und 14. Jahrhundert kam es zwischen Urner und Glarner Äplern immer wieder zu Streitigkeiten um die Besitzverhältnisse des Gebiets. Die Grenzziehungen zwischen Uri und Glarus wurde schliesslich in mehreren Verträgen ausgehandelt.<sup>46</sup> Gemäss einer bekannten Sage sollen die Urner mit den Glarnern sogar einen Wettlauf

<sup>40</sup> Vgl. Baumann, Fryberg 1995: 4.

<sup>41</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1082; Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 391, 130-131.

<sup>42</sup> Vgl. Baumann, Fryberg 1995: 4.

<sup>43</sup> Vgl. Muheim 1986: 51.

<sup>44</sup> Vgl. ebd.: 14.

<sup>45</sup> Vgl. ebd.: 12.

<sup>46</sup> Vgl. Baumann, Fryberg 1995: 3-4.

veranstaltet haben, um die Grenze festzulegen.<sup>47</sup> Der Begriff *Urnerboden* wurde im Kanton Uri erst im 20. Jahrhundert verwendet. Im Kanton Glarus war er jedoch schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts gebräuchlich.<sup>48</sup> Heute wird der Urnerboden im Schächental umgangssprachlich oft einfach als *Bodä* bezeichnet.

In dieser Arbeit wird für das Alpgebiet grundsätzlich die heute gängigste Bezeichnung *Urnerboden* bevorzugt. Gelegentlich wird aber auch die synonyme Bezeichnung *Ennetmärcht* verwendet – und zwar in jener Schreibweise, wie sie beim *Urner Wochenblatt* um 1877<sup>49</sup> gebräuchlich war.

## 2.2. Die Nutzung des Urnerbodens

Der Urnerboden gilt als eine der grössten Alpen in der Schweiz überhaupt.<sup>50</sup> Heute werden im Alpgebiet rund 1'200 Kühe gesömmert sowie etwa 500 Rinder auf der angrenzenden Rinderalp Fiseten.<sup>51</sup> Der Spiringer Pfarrer Peter Alois Arnold schrieb 1812 in einem Brief an den deutschen Arzt und Naturforscher Johann Gottfried Ebel<sup>52</sup>, dass die Alp Ennetmärcht die „grösste, schönste und ergiebigste Alp im Kanton Ury“ sei.<sup>53</sup> Ebel, der von 1764 bis 1830 lebte, verfasste unter anderem einen Schweiz-Reiseführer und veröffentlichte eine zweibändige *Schilderung der Gebirgsvölker der Schweiz*. Für seine Recherchen über das Schächental pflegte er Briefkontakte mit verschiedenen Urner Persönlichkeiten<sup>54</sup> – so eben auch zum Pfarrer von Spiringen.<sup>55</sup> Pfarrer Arnold schätzte in seinem ersten Brief an Ebel zudem, dass rund 800 bis 1'000 Kühe im Sommer jeweils auf den Urnerboden getrieben würden.<sup>56</sup> Die Schilderungen des Spiringer Pfarrers dürften Ebel dazu bewogen haben, dass er später selbst einmal über den Urnerboden schrieb: „Diese Alp ist die grösste und schönste im Kanton Uri. Ohne die Ennetmärker Alp wären die Schächentaler gar nichts.“<sup>57</sup> Dass die Alp Urnerboden, wie es Ebel beschreibt, für das landwirtschaftlich geprägte Schächental von grösster Bedeutung war, muss angesichts ihrer Grösse nicht weiter ausgeführt werden.

Die Nutzung der Alp Urnerboden ist komplex organisiert. Die heutige Nutzungsform hat sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt und erst Mitte des 18. Jahrhunderts die bis heute erhaltene Struktur angenommen. Seither dient der Talgrund des Urnerbodens den Äpler und Äplerinnen ausschliesslich als gemeinsamer Unterstafel.<sup>58</sup> Konkret heisst dies, dass die Äpler und Äplerinnen mit ihrem Vieh im Frühsommer für einige Wochen auf die Ebene des Urnerbodens kommen.<sup>59</sup> Um 1877 zählte die Alp jeweils im Frühsommer rund 500 Bewohner und Bewohnerinnen.<sup>60</sup> Die Zeit von Mitte respektive Ende Juli bis Ende August respektive Anfang September verbrachten die Sommerbewohner und -bewohnerinnen dann in den höher gelegenen und kleineren Alpen, die alle von einzelnen oder mehreren Familien bewirtschaftet werden und grossmehrheitlich im Besitz der Korporation Uri sind. Diese sogenannten Oberstafel, die sich rund um das Gebiet des Unterstafels befinden, werden so eben-

---

<sup>47</sup> Vgl. Muheim 1986: 13.

<sup>48</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1087.

<sup>49</sup> Vgl. UW, 05.05.1877: 2; UW, 28.07.1877: 3; UW, 10.11.1877: 2.

<sup>50</sup> Vgl. Stadler 2013b (e-HLS).

<sup>51</sup> Vgl. Hirtler 2012: 5.

<sup>52</sup> Vgl. Auf der Maur 2004: 27.

<sup>53</sup> Brief von Pfarrer Peter Arnold an Johann Gottfried Ebel, 1812; StaZH IX 214 15-18, zitiert nach Auf der Maur 2004: 29.

<sup>54</sup> Vgl. Auf der Maur 2004: 5.

<sup>55</sup> Vgl. ebd.: 29.

<sup>56</sup> Vgl. ebd.

<sup>57</sup> Johann Gottfried Ebels Notizen über Bürglen und das Schächental, 1811; StaZH B IX 136, zitiert nach Auf der Maur 2004: 49.

<sup>58</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 91.

<sup>59</sup> Vgl. Muheim 1986: 82.

<sup>60</sup> Vgl. UW, 28.07.1877: 3.

falls zum Gebiet der Kuhalp Urnerboden gezählt.<sup>61</sup> Im Herbst kehrten die Älpler mit ihrem Vieh dann noch einmal für einige Wochen auf den Urnerboden in den Unterstafel zurück, bevor sie wieder in ihre Talbetriebe zogen. Spätestens am St. Michaels-Tag, dem 29. September, mussten die Alpweiden des Unterstafels aber geräumt sein.<sup>62</sup> Die Termine für die Alpfahrt, die Fahrt in die Oberstafel und die Rückkehr auf den Urnerboden, bestimmten die Älpler jeweils gemeinsam.<sup>63</sup> Diese Versammlungen der Alpgenossen zur Bestimmung der Termine nannte man *Mehren*, weil dabei das Handmehr ausschlaggebend war.<sup>64</sup> Im Schnitt dauerte die Alpzeit Mitte des 19. Jahrhunderts zirka 90 Tage.<sup>65</sup> Heute beträgt die Alpzeit durchschnittlich 100 Tage.<sup>66</sup>



Abb. 4: Weidegebiet für Milchkühe. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Frau mit Kuh, um 1910; StaUR 119.03-BI-37938. Die Fläche des Urnerbodens ist explizit Weidegebiet für Milchkühe.

Lediglich wenige Parzellen auf dem Urnerboden waren je in Privatbesitz,<sup>67</sup> denn das Gebiet gehörte seit jeher dem Land Uri.<sup>68</sup> Staat und Markgenossenschaft waren also die gleiche Institution.<sup>69</sup> Mit der Mediationsakte von 1803 wurde aber das Urserntal auch dem Kanton Uri angegliedert. Die Talschaft besass zuvor lediglich das Ewige Landrecht von Uri.<sup>70</sup> Seit 1803 bestand Uri also aus den beiden Be-

<sup>61</sup> Zum Gebiet der Kuhalp Urnerboden werden insgesamt fünfzehn Oberstafel gezählt. Dies sind die Alpstafel Wängi, Orthalten, Sali, Zingel, Firnen, Vorfrutt, Bödmer-Niemerstafel, Unterbalm, Käsern, Heidmannsegg, Kammlí, Oberalp, Niederalp und Wannelen. Muheim 1986: 82.

<sup>62</sup> Vgl. Muheim 1986: 77.

<sup>63</sup> Vgl. Hirtler 2012: 87.

<sup>64</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015a: 319.

<sup>65</sup> Vgl. Biemann 1972: 99.

<sup>66</sup> Vgl. Hirtler 2012: 5.

<sup>67</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1088.

<sup>68</sup> Kollektives Eigentum ist im Kanton Uri weit verbreitet, insbesondere im Alpgebiet. Der Urnerboden stellt insofern keine Besonderheit dar. Vgl. Stadler 2013b (e-HLS).

<sup>69</sup> Vgl. Biemann 1972: 96.

<sup>70</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2014a (e-HLS).



zirken Uri und Ursern. Der Bezirk Uri umfasste die gesamte Fläche des alten Landes Uri.<sup>71</sup> Im Landbuch von 1823 wurde zudem festgelegt, dass der Bezirk und nicht der Kanton für die Gemeingüter wie die Alpen, Wälder und Allmenden zuständig sei. Also fiel auch der Urnerboden in den Geltungsbereich des Bezirks.<sup>72</sup> Aus den beiden Urner Bezirken entstanden 1888 schliesslich die beiden heutigen Korporationen Uri und Ursern.<sup>73</sup>

Wenn im 19. Jahrhundert das Vieh auf dem Urnerboden war, herrschte auf den Allmendflächen freier Weidgang.<sup>74</sup> Doch anders als etwa im Kanton Wallis, im Kanton Graubünden oder im Urner Oberland schlossen sich die Äpler im Urner Unterland und dessen Seitentälern nicht zu genossenschaftlich organisierten Alp- und Sennereibetrieben zusammen. Stattdessen waren die Alpen im Schächental, zu dem auch das Gebiet Urnerboden gezählt wird, Betriebe von einzelnen Familien.<sup>75</sup> Grundsätzlich war jeder Urner Bezirksbürger berechtigt, sein Vieh auf eine Alp zu treiben.<sup>76</sup> Die Bürger mussten lediglich innerhalb des Bezirks wohnen.<sup>77</sup> Der Äpler musste zudem ein sogenanntes Hüttenrecht besitzen. Konkret hiess dies: Es war eine Bedingung, dass er im Unterstafel eine eigene Hütte besass. Diese Hütte musste im Minimum bewohnbar und so eingerichtet sein, dass es möglich war, dort die Milch zu verwerten. Wollte ein Bürger seine Kühe auf dem Urnerboden sömmern, so musste er dem Bezirk Uri ein Gesuch für ein Hüttenrecht stellen. Wurde das Hüttenrecht an der Bezirksgemeinde bewilligt, durfte der Äpler auf dem Boden des Bezirks ein Gebäude im Baurecht erstellen. Das sogenannte Hüttenrecht blieb danach so lange gültig, wie die Hütte intakt blieb. Das Recht war somit unabhängig vom Erbauer und konnte auch vererbt respektive verkauft werden.<sup>78</sup> Der Hüttenbesitzer musste aber selber alpen oder die Hütte samt allen Rechten weitergeben. Die Verpachtung von Hütten gegen Zinsen war verboten. Mit dem Prinzip der Hüttenrechte, die nur an der Bezirksgemeinde vergeben werden konnten, hatte der Bezirk Uri die Kontrolle darüber, dass die Alp nicht übernutzt wurde. Rein theoretisch hätte er die Möglichkeit gehabt, weitere Hüttenrechte zu verweigern, um die Bestossung zu regulieren.<sup>79</sup> Die Hüttenrechte waren aber nicht an Gemeindegrenzen gebunden. Jeder Urner Bürger konnte auf jeder Alp innerhalb des Bezirks ein Hüttenrecht erstehen.<sup>80</sup> Deshalb waren im 19. Jahrhundert auf dem Urnerboden nicht nur Bewohner von Spiringen als Äpler tätig. So kamen im Jahr 1813 von den insgesamt 89 Äplern lediglich 43 Bauern aus Spiringen. Aus Unterschächen stammten 29 Bauern und aus Bürglen 14 Bauern. Drei Äpler lebten ausserhalb des Schächentals. Zwei von ihnen wohnten in Schattdorf und einer in Attinghausen. Die grosse Anzahl von Äplern hatte zur Folge, dass auf dem Urnerboden auch entsprechend viele Gebäude existierten. Aus der sogenannten *Schwändgeldliste*<sup>81</sup> mit der dazugehörigen Gebäudestatistik für das Jahr 1813 geht hervor, dass es damals auf dem Urnerboden 92 Hütten gab. Weiter wurden 100 Ställe und 35 Käsespeicher registriert.<sup>82</sup> Die Hütten wurden aber nicht irgendwo zufällig gebaut. Um das Weideland zu schonen und wohl auch aus Gründen der Lawinensicherheit wurden die Gebäude gruppenweise angeordnet.<sup>83</sup> Somit entstanden in der Ebene des Urnerbodens elf Alpweiler.

---

<sup>71</sup> Das alte Land Uri und der Bezirk Uri bestand aus den siebzehn heutigen Gemeinden Altdorf, Attinghausen, Bauen (ab Januar 2021 mit Seedorf fusioniert), Bürglen, Erstfeld, Flüelen, Göschenen, Gurtnellen, Isenthal, Schattdorf, Seedorf, Seelisberg, Silenen, Sisikon, Spiringen, Unterschächen und Wassen.

<sup>72</sup> Vgl. Huber 1911: 10.

<sup>73</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2013a: 14.

<sup>74</sup> Vgl. Auf der Maur 2004: 31.

<sup>75</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 90.

<sup>76</sup> Vgl. Furrer 1989: 6-7.

<sup>77</sup> Vgl. Biemann 1972: 97.

<sup>78</sup> Vgl. Furrer 1989: 6-7.

<sup>79</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 89.

<sup>80</sup> Vgl. Furrer 1989: 6-7.

<sup>81</sup> Alpnutzer sind bis heute verpflichtet, pro aufgetriebenes Tier gewisse Stunden für Verbesserungsarbeiten aufzuwenden. Über diese so genannten Schwendarbeiten wird genau Buch geführt. Als Schwendarbeiten werden beispielsweise das Abräumen von Schutt- und Steinmassen, die Unkrautbekämpfung oder der Unterhalt von Entwässerungsinfrastrukturen betrachtet. Vgl. Korporation Uri 2020: 1-2.

<sup>82</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 91-92.

<sup>83</sup> Vgl. Muheim 1986: 78.

Die Ebene des Urnerbodens bestand zu Beginn des 19. Jahrhunderts also aus den Häusergruppen Unterer Wang, Argseeli, Äusserer Wang, Mittlerer Mättenwang, Hinterer Mättenwang, Riedrüti, Unterm Port, Stöck, Spittelrüti, Hergerboden und Oberst Wang.<sup>84</sup> Zudem gab es im Kanton Uri auch Alpen, die in Privatbesitz waren. Die Äpller dieser privaten Stafel im ganzen Kanton durften überdies für rund vier Wochen ihr Vieh auf Allmendalpen wie den Urnerboden treiben – maximal aber dreissig Kühe.<sup>85</sup> Zum Unterhalt der Alp erhob der Bezirk von allen Tierhaltern zudem eine bescheidene Sömmernungstaxe für jedes aufgetriebene Tier. Diese Taxe wurde auch als Auflagegeld bezeichnet.<sup>86</sup>



Abb. 5: Hütten auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden mit Blick Richtung Claridenstock, um 1910; StaUR 119.03-BI-37924. Die Hütten auf dem Urnerboden sind in Baugruppen angeordnet.

Die Urner Alpbetriebe waren Mitte des 19. Jahrhundert in der Regel eher klein. Die meisten Familien besaßen gerade einmal zwischen drei und sieben Stück Vieh. Diese Kleinbauern wurden umgangssprachlich auch *Stümpeler* genannt. Nur wenige Urner waren sogenannte *Senntenbauern* mit 30 bis 40 Kühen. Doch im Bezirk Uri durfte ein einzelner Äpller ohnehin nur 25 Kühe treiben. Hatten zwei Bauern hingegen zusammen einen Alpbetrieb, durften sie 32 Kühe sömmern.<sup>87</sup> Zudem konnten die Bauern mit ihrem Vieh nur eine einzige Alp bestossen.<sup>88</sup> Weiter durfte nur jenes Vieh auf die Alpen getrieben werden, das auch den Winter davor innerhalb des Bezirks verbracht hatte. Damit wollten die Urner einen gewissen Interessensausgleich zwischen den ärmeren und den reicheren Bürgern erreichen. Zudem sollte damit auch verhindert werden, dass kreditfähige Bürger die Alpen mit zugekauftem Vieh zu stark strapazierten. Diese Regelung führte aber dazu, dass während mehreren Jahr-

<sup>84</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 91-92.

<sup>85</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 393, 131-132.

<sup>86</sup> Vgl. Biemann 1972: 98.

<sup>87</sup> Vgl. ebd.: 99.

<sup>88</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 382, 127-128.

hundertens das Potenzial vieler Urner Kuhalpen nicht ausgeschöpft wurde.<sup>89</sup> Sie diente aber dazu, einem der zentralen Probleme der Urner Landwirtschaft im 19. Jahrhundert zu begegnen, nämlich dass die Bauern kaum genügend Futter für den Winter sammeln konnten. Im Kanton Uri gab es nämlich stets zu wenig Heuflächen und diese wiesen oft auch noch eine geringe Futterqualität auf. Die Bestossung der Alpen wurde also an der Kapazität der Heumengen angepasst.<sup>90</sup>

Natürlich spielte auf dem Urnerboden auch die Käseproduktion eine grosse Rolle. Die Älpler stellten vor allem fetten und halbfetten Käse her. Magerkäse wurde hingegen nur für den Eigenkonsum produziert.<sup>91</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genoss vor allem der halbfette *Urnerbödel* einen guten Ruf, der hauptsächlich nach Glarus verkauft wurde.<sup>92</sup> Der Käsehandel auf dem Urnerboden wurde denn auch von Glarner Unternehmern dominiert.<sup>93</sup> Die Milchwirtschaft hatte im Kanton Uri bereits seit dem Spätmittelalter eine grosse Bedeutung und verdrängte den Ackerbau praktisch ganz. Käse, Butter und Zigerkäse fanden denn auch innerhalb des Kantons guten Absatz. Die Urner Obrigkeit legte zudem immer auch Wert auf einen geregelten Buttermarkt. Die Urner Milchprodukte wurden überdies auf den städtischen Märkten in Luzern, im Tessin und in Oberitalien verkauft.<sup>94</sup> Vor diesem Hintergrund waren die besten Weiden auf dem Urnerboden den milchgebenden Kühen vorbehalten. Die Urner Landsgemeinde verabschiedete bereits im Jahr 1663 eine Verordnung, wonach die Älpler auf dem Urnerboden ihre Rinder nur an Orte hintreiben durften, wo die Jungtiere für die Kuhhaltung nicht schädlich waren. Dieser Beschluss ermöglichte, dass die Älpler auf dem Urnerboden, in unmittelbarer Umgebung der Sennhütten, noch mehr Milchkühe halten konnten.<sup>95</sup> Dies war für sie von grosser Bedeutung. Denn so konnten sie viel Zeit sparen, wenn die Kühe, die zwei Mal am Tag gemolken werden mussten, in der Nähe weideten. Die Milchwirtschaft war ohnehin schon eine intensive und zeitbeanspruchende Bewirtschaftungsform. Sie bedeutete gerade für die individuellen Schächentaler Familienbetriebe, deren Mitglieder während der Alpzeit auch noch in den Talbetrieben auf der anderen Seite des Klausenpasses heuen mussten, einen Mehraufwand. Deshalb machte es durchaus Sinn, dass man den Milchkühen auf dem Urnerboden die von den Sennhütten nächstgelegenen Alpweiden vorbehielt.<sup>96</sup>

Rinder waren also auf dem Talgrund des Urnerbodens im Zuge der rentablen Milchwirtschaft nicht mehr erwünscht. Sie wurden zusammen mit den galten Kühen, die keine Milch gaben, wohl bereits seit dem Ausgang des Mittelalters in weiter abgelegene Gebiete getrieben. Diese Orte waren oftmals nur in einem ganzen Tagesmarsch erreichbar. Doch da die Älpler nicht gleichzeitig bei den Milchkühen und bei den Rindern sein konnten, kümmerte sich ein Hirt um die Rinder und die galten Kühe von verschiedenen Besitzern. So entstanden gegen Ende des Mittelalters – genaue Zeitangaben sind nicht möglich – an mehreren Orten in Uri sogenannte *Hirtenen*.<sup>97</sup> Sie sind eine Besonderheit der Urner Alpwirtschaft.<sup>98</sup> Die Entstehung solcher *Hirtenen* war aber ein längerer Prozess. Denn im Gebiet Urnerboden ist erst Anfang des 18. Jahrhunderts ein offizieller Rinderhirte nachweisbar.<sup>99</sup> Das abgelegene Weidegebiet Fiseten war ursprünglich eine Kuhalp mit 26 Hüttenrechten, ehe es als *Rinderhirte* genutzt wurde. Lange Zeit wurde die Rinderalp noch von den Besitzern der alten Hüttenrechte verwaltet.<sup>100</sup> Im Jahr 1850 löste das Land Uri dann die alten Hüttenrechte der *Rinderhirte* Fise-

---

<sup>89</sup> Vgl. Braun 1984: 76-77.

<sup>90</sup> Vgl. Biemann 1972: 100-101.

<sup>91</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 106.

<sup>92</sup> Vgl. Furrer 1989: 33.

<sup>93</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 108.

<sup>94</sup> Vgl. ebd. 2015b: 97.

<sup>95</sup> Vgl. ebd.: 96.

<sup>96</sup> Vgl. ebd.: 97.

<sup>97</sup> Vgl. ebd.: 96-97.

<sup>98</sup> Vgl. Ziegler 2013: 119.

<sup>99</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2013a: 18.

<sup>100</sup> Vgl. Ziegler 2013: 118.

ten auf und übergab sie den Dorfschaften Unterschächen und Spiringen. Denn aus diesen beiden Dörfern stammten die meisten Viehbesitzer, welche Rinder auf der *Hirte* Fiseten sömmereten.<sup>101</sup>

Auch Pferde, Ochsen und Stiere wurden in der Regel nicht auf dem Urnerboden gealpt. Bauern aus dem ganzen Urnerland trieben ihre Pferde, Ochsen und Stiere auf die Ruosalp. Diese entlegene Alp auf dem heutigen Gemeindegebiet von Bürglen, nördlich des Kinzigpasses, ist geografisch dem schwyzerischen Muotathal zugehörig. Die Obrigkeit des Landes Uri verwaltete die Ruosalp selbst und stellte jeweils einen Hirten ein.<sup>102</sup> Pferde waren aber zum Teil auf dem Urnerboden während der Alpzeit unverzichtbar. Allerdings nahmen nicht alle Älpler, die ein sogenanntes *Sentenross* besaßen, das Pferd auch mit in die Oberstafel. Denn auf einigen Oberstafeln wäre es zu gefährlich gewesen, Pferde zu halten. Deshalb wurden diese während jener Wochen, in denen die Senten in den Oberstafeln weilten, ins Gebiet Gemsfären getrieben.<sup>103</sup> Dieses liegt grob verortet zwischen dem Klausenpass, der Rinderhirte Fiseten und dem heutigen Dorfkern des Urnerbodens.<sup>104</sup>

Schafe und Ziegen waren auf den Alpweiden des Urnerbodens ebenfalls nicht willkommen. Für das Schmalvieh waren die sogenannten *Geissweiden* vorgesehen. Konkret: Schafe und Ziegen durften überall da weiden, wo Kühe und Rinder wegen der Topografie nicht hingehen konnten oder nie hingetrieben wurden.<sup>105</sup> Meist wurde das Schmalvieh also in die steilsten und kargsten Bergflanken hinaufgebracht, teilweise sogar in Gebiete, welche sich über der Baumgrenze befanden.<sup>106</sup> Auf den Geissweiden standen denn in der Regel auch keine Gebäude.<sup>107</sup> Trotzdem wurde das Vieh in diesen Höhen normalerweise von einem Hirten betreut.<sup>108</sup> Das Schmalvieh musste gemäss dem Urner Landbuch einfach so gehalten werden, dass es der Rindviehhaltung möglichst nicht schadete.<sup>109</sup> Oftmals wurden die Ziegen aber auch in die Wälder getrieben. Schafe wurden zudem teilweise ebenfalls auf sogenannten *Hirtenen* gesömmert. Ein Hirte war dabei für 200 bis 400 Schafe zuständig. Diese *Schafhirtenen* waren gleich organisiert wie die *Rinderhirtenen*.<sup>110</sup> Die Gemeinden Unterschächen, Spiringen, Bürglen und Schattdorf waren etwa gemeinsam für die *Schafhirte* Platti ob Spiringen zuständig.<sup>111</sup> Die Haltung von Ziegen und Schafen spielte im Kanton Uri seit dem 19. Jahrhundert eine grosse Rolle.<sup>112</sup> Auf dem Urnerboden wurden überdies auch Schweine und Federvieh zur Selbstversorgung gehalten.<sup>113</sup> Die Schweine verwerteten zudem die Schotte, welche beim Käsen als Abfallprodukt entstand.<sup>114</sup> Doch auch die Schweine durften wie das Schmalvieh und die Rinder nicht einfach frei herumlaufen, sondern sie mussten eingezäunt werden.<sup>115</sup> Denn die besten Alpweiden des Urnerbodens waren, wie bereits erwähnt, ganz den Milchkühen vorbehalten.<sup>116</sup>

Doch ob die Rinder, die Ziegen und die Schafe auf dem Urnerboden in der Praxis wirklich immer ganz so strikt voneinander getrennt wurden, wie es gesetzlich vorgesehen war, ist fraglich. Der Glar-

---

<sup>101</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2013a: 18.

<sup>102</sup> Vgl. Ziegler 2013: 119.

<sup>103</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 388, 130.

<sup>104</sup> Vgl. Hirtler 2012: 9.

<sup>105</sup> Vgl. Furrer 1989: 26.

<sup>106</sup> Vgl. Biemann 1972: 98-99.

<sup>107</sup> Vgl. Furrer 1989: 26.

<sup>108</sup> Vgl. Ziegler 2013: 121.

<sup>109</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 405, 144.

<sup>110</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 99-100.

<sup>111</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 411, 147.

<sup>112</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 99.

<sup>113</sup> Vgl. Becker 1868: 4.

<sup>114</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015a: 311.

<sup>115</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 381, 126-127.

<sup>116</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 96.

ner Pfarrer Bernhard Becker<sup>117</sup> wanderte nämlich 1865 über den Urnerboden und hielt drei Jahre später seine Erinnerungen schriftlich fest: „Rinder und Kühe, Schafe und Schweine, Gaissen und Hühner, alles durcheinander grassend [...]“.<sup>118</sup> Die Alpvögte, also Äpler, welche die Alpgenossen jeweils im Frühjahr aus ihrem Kreis wählten, wären eigentlich dafür zuständig gewesen, dass die Gesetze und die Alpdordnungen eingehalten wurden.<sup>119</sup> Doch da die Urner Alpen im 19. Jahrhundert generell in der Pflege und im Unterhalt als vernachlässigt galten,<sup>120</sup> ist auch fraglich, wie effizient die Alpvögte, welche die eigenen Berufskollegen und Nachbarn zu kontrollieren hatten, die Vorschriften durchsetzten.



*Abb. 6: Ziegen weiden auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: auf dem Port mit der Kapelle St. Erhard, um 1910; StaUR 119.03-BI-37934. Das Bild von Anfang des 20. Jahrhunderts beweist, dass auf dem Urnerboden trotz Verbot auch Ziegen ausgelassen worden sind.*

Während des Sommers wurde auf dem Urnerboden aber auch Heu gesammelt.<sup>121</sup> Obwohl auf den Alpweiden des Urnerbodens, die den Kühen vorenthalten waren, durfte kein Gras gemäht werden. Das Heuen war dort gänzlich verboten und im Fall, dass es jemand tat, drohten Bussen. In den höher gelegenen Flächen, wo die Kühe nicht hinkamen und allerhöchstens Ziegen oder Schafe weideten, durfte gemäht werden. Vom 11. August (Tag nach St. Lorenzen) bis am 16. Oktober (St. Gallus-Tag) war das Wildheuen erlaubt. Die Arbeit in den steilsten und entlegensten Bergflanken war nicht ungefährlich. Trotzdem war sie für viele Urner Bauern unverzichtbar, waren sie doch auf das zusätzliche Futter angewiesen. Wie gefragt das Wildheuen war, lässt sich erahnen, wenn man sieht, wie stark das Wildheuen reglementiert war. So durfte niemand vor der erlaubten Frist Wildheueflächen reservieren oder anzeichnen. Auch war es verboten, an mehreren Stellen gleichzeitig mit dem Mähen zu begin-

<sup>117</sup> Bernhard Becker lebte von 1819 bis 1879. Von 1848 bis zu seinem Tod war er überdies Pfarrer von Linthal. Er galt als Sozialkritiker der Industrialisierung. Vgl. Feller-Vest 2002 (e-HLS).

<sup>118</sup> Becker 1868: 4.

<sup>119</sup> Vgl. Biemann 1972: 99.

<sup>120</sup> Vgl. Furrer 1989: 33.

<sup>121</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 148.

nen. Und damit alle Bauernbetriebe etwa gleich viel Wildheu bekamen, war die Anzahl auf zwei Mäher pro Familie beschränkt. Das trockene Wildheu wurde oft vor Ort auf sogenannte Tristen gestapelt und erst Monate später in die Ställe transportiert.<sup>122</sup>

Eine wichtige Rolle spielten speziell auf dem Urnerboden um 1850 aber auch die sogenannten *Rüttenen*. Diese meist wenige Aren grossen Landflächen dienten den Älplern als Heuparzellen (siehe Abb. 7). Die Älpler waren auf diese Flächen stark angewiesen, denn bei gelegentlichem Schneewetter konnten sie ihre Tiere nicht auf die Alpweiden treiben, sondern mussten sie in den Ställen mit Heu füttern. Deshalb mähten sie bei schönem Wetter diese Rüttenen und trugen das getrocknete Heu anschliessend in ihre Ställe oder Heuspeicher.<sup>123</sup> Doch die Rüttenen waren nicht einfach gewöhnliche Heuparzellen. Denn eine Rüti war nichts anderes als ein Stück gerodetes respektive urbar gemachtes Stück Land. Die Rüttenen waren Allmendflächen und gehörten im 19. Jahrhundert dem Bezirk Uri respektive in den Jahrhunderten zuvor dem Land Uri.<sup>124</sup> Die Urner Allmendgenossen konnten beim Bezirk Uri ihr Interesse für die unkultivierten Flächen anmelden – etwa für Parzellen im Gestrüpp, entlang von Bächen, auf Flusssandbänken oder in Geröllhalden. Erhielt der Gesuchsteller eine bestimmte Parzelle vom Bezirk zugesprochen, musste er sie zuerst roden respektive kultivieren. Danach durfte er sie eine bestimmte Zeit lang als Heuparzelle nutzen. Dann ging das Land wieder an den Bezirk zurück. Und weil sich durch die Kultivierung von solchen Rüttenen die Allmendfläche stets vergrösserte, musste der Allmendgenosse, welcher die Parzelle ertragsfähig gemacht hatte, für die Nutzung der Fläche auch keine Gebühren oder Grundzinsen zahlen – dies aber unter der Bedingung, dass die Parzelle nicht verbuschte.<sup>125</sup> Ursprünglich wurden die Rüttenen den Gesuchstellern und deren Kindern lebenslänglich zugesprochen. Nach 1839 vergab der Bezirk Uri diese gerodeten Flächen nur noch für eine Dauer von dreissig Jahren. Nach Ablauf dieser Frist konnten die Bewirtschafter gegen Bezahlung die Rüttenen zwölf weitere Jahre pachten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vergab der Bezirk die Rüttenen dann für eine Zeitdauer von fünfzig Jahren.<sup>126</sup> Nach Ablauf der Fristen versteigerte der Bezirk die kultivierten Flächen öffentlich als Pachtland.<sup>127</sup>

Diese Landabgaben mussten aber stets von der örtlichen Kirchgemeinde sowie von der Urner *Nachgemeinde* bestätigt werden.<sup>128</sup> Die Nachgemeinde fand jeweils Mitte Mai in Altdorf statt – acht oder vierzehn Tage nach der ordentlichen Landsgemeinde in Schattdorf. An dieser Versammlung wurden in der Regel noch nicht behandelte Geschäfte der letzten Landsgemeinde oder solche, welche die Allmenden betrafen, behandelt. Im 19. Jahrhundert wurde sie teilweise auch als *Urner Bezirksgemeinde* bezeichnet.<sup>129</sup> Zudem wurden die Vergabungen im ganzen Bezirk im sogenannten *Rütibuch* genauestens festgehalten.<sup>130</sup> Auf dem Urnerboden wurden die Rüttenen oftmals mit Holzzäunen oder Steinmauern umschlossen, damit das Vieh nicht innerhalb der Heuparzellen weidete.<sup>131</sup> Um das Jahr 1900 wurden auf dem Urnerboden beinahe 250 solche eingezäunten Rüttenen gezählt.<sup>132</sup> Es ist durchaus denkbar, dass die Älpler das auf den Rüttenen gesammelte Heu nicht nur für Schneetage während der Alpzeit aufbewahrten, sondern gelegentlich auch als Winterfutter mit nach Hause nahmen.

---

<sup>122</sup> Vgl. Biemann 1972: 101-102.

<sup>123</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2013b: 135.

<sup>124</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 1, 274.

<sup>125</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2013b: 133.

<sup>126</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 1, 274.

<sup>127</sup> Vgl. ebd.: 275.

<sup>128</sup> Vgl. ebd.: 274.

<sup>129</sup> Vgl. Stadler 1971: 385.

<sup>130</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 84-85.

<sup>131</sup> Vgl. Rothenfluh 1983: 99.

<sup>132</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2013b: 136.





Abb. 7: Rüttenen auf dem Urnerboden. Foto: Christof Hirtler. In: Imagebroschüre der Korporation Uri, 2011. Einige Rüttenen auf dem Urnerboden sind heute noch gut sichtbar. Während das Umland sehr steinig ist, wurden die Flächen zum Heuen von Steinen befreit.

Die Älpler aus dem Schächental kehrten nach der Alpzeit im Herbst jeweils noch einmal auf den Urnerboden zurück. Ab dem Martinstag herum – also um den 11. November – konnten die Schächentaler jedes Jahr auf dem Urnerboden Streue und Holz sammeln.<sup>133</sup> Dabei wurde vom mitgenommenen Vieh auch das im Sommer auf den Rüttenen gemähte Heu aufgebraucht.<sup>134</sup> Anschliessend transportierten die Älpler die gesammelte Ware gemeinsam über den Klausenpass ins Schächental. Diesen Transport nannte man *Mennen*. Dabei wurden die Streue und das Holz vom Vieh über den Pass gezogen – teilweise auch auf Schlitten.<sup>135</sup> Dass dieses Mennen nicht immer ganz problemlos über die Bühne ging, kann man in der ersten Ausgabe des Jahres 1878 des *Urner Wochenblatts* lesen. Denn im Dezember 1877 seien die Schächentaler, welche auf dem Urnerboden Streue und Holz gesammelt hätten, beinahe nicht mehr nach Hause gekommen. Während sie sich auf der Alp aufhielten, habe es mehrere Tage unaufhörlich geschneit. Der Weg über den Klausenpass sei deshalb nicht mehr passierbar gewesen. Gleichzeitig hätte sich der Heuvorrat für das Vieh dem Ende zugeneigt. Erst als das Wetter vor Weihnachten besser wurde, hätten zwanzig bis dreissig Männer den Weg auf den Klausenpass freischaufeln können – hätten dafür aber zwei ganze Tage gebraucht. Am dritten Tag seien die Älpler mit ihrem Sammelgut aufgebrochen. Sie hätten rund zwölf bis vierzehn Stunden gebraucht, um ins Schächental zurückzukehren und seien teilweise erst spät in der Nacht zuhause angekommen. Dies sei aber nur möglich gewesen, weil rund dreissig Personen aus dem Schächental den Älplern entgegenkamen und ihnen so auf der anderen Seite des Passes den Weg durch den Schnee bahnten. „An diesem Zug nahm fast das halbe Schächenthal Theil und bei 150 Stück Rind-

<sup>133</sup> Vgl. Hirtler 2012: 12.

<sup>134</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1082.

<sup>135</sup> Vgl. Hirtler 2012: 12.



vieh“, schrieb der Korrespondent des *Urner Wochenblatts* und fügte spöttisch hinzu: „[...] was gesammelt wurde, ist wohl das teuerste, so derlei im Kanton verkauft wird.“<sup>136</sup>

### 2.3. Der Winteraufenthalt ist verboten

Grundsätzlich war es den Äplern nicht gestattet, sich im Winter auf der Alp Urnerboden aufzuhalten. Bereits im Urner Landbuch von 1617 wurde dieses Verbot schriftlich festgehalten: „Es ist Niemand befugt auf den Alpen Ennetmärcht und zu Niedersurenen sich länger als bis Weihnacht, haushäblich aufzuhalten.“ Und wer dieses Verbot übertrat, wurde durch die Amtsleute abgeholt, „und zu gebührender Strafe und Ahndung gezogen“. Die Dorfgerichte von Spiringen und Unterschächen hatten zudem auf dem Urnerboden darüber zu wachen, dass diese Verordnung befolgt wurde. Die Dorfgerichte von Erstfeld und Attinghausen wurden überdies durch diesen Landbuch-Artikel angehalten zu schauen, dass auch niemand den Winter über im Alpgebiet Niedersurenen blieb.<sup>137</sup>

Über die genauen Umstände, die zum Verbot führten, dass sich im Winter niemand in den beiden grossen Alpgebieten Urnerboden und Niedersurenen aufhalten durfte, ist nichts bekannt. Doch offenbar muss es Leute gegeben haben, welche die Wintermonate auf den besagten Alpen verbracht hatten. Ansonsten wären die beiden Alpgebiete wohl nicht so explizit im Landbuch erwähnt worden.

Eine Ausnahme gab es jedoch: An der sogenannten Nach-Landsgemeinde im Jahr 1590 erhielten Jakob Imholz und seine Kinder für ewige Zeiten eine Rüti auf dem Urnerboden zugesprochen. Innerhalb dieser Landparzelle durften sie ein Haus bauen und darin sogar das ganze Jahr über wohnen. Gleichzeitig wurde die Familie Imholz aber verpflichtet, ein Hospiz zu errichten, wo sich Durchreisende im Winter verpflegen und nötigenfalls auch übernachten konnten. Wie lange dieses Hospiz existierte, darüber geben keine Quellen Auskunft.<sup>138</sup> Doch das Recht, dass sich die Besitzer auch im Winter auf dieser Rüti aufhalten durften, behielt bis in neuere Zeit seine Gültigkeit.<sup>139</sup> Zudem ist die Rüti, die 1590 Jakob Imholz und seinen Nachkommen zugesprochen wurde, seither in Privateigentum und heisst in Anlehnung an das ehemalige Hospiz Spittelrüti.<sup>140</sup>

Mitte des 18. Jahrhunderts dürfte sich wohl auch ein gewisser Jakob Schuler mit seiner Familie das ganze Jahr über auf dem Urnerboden aufgehalten haben. So erklärt es sich jedenfalls der Schächentaler Familienforscher Josef Muheim, dass es fast nicht möglich sei, die Taufen von Schulers Kindern in den Taufbüchern von Unterschächen oder Spiringen auszumachen. Zudem sei im Taufbuch von Unterschächen zur Taufe seiner Tochter Maria Anna Josepha vom 10. Dezember 1756 vermerkt worden, dass der Täufling von den Alpen des heiligen Erhards hergetragen worden sei. Mit dieser Ortsbeschreibung ist wohl der Urnerboden gemeint. Denn die Kapelle auf der Alp Ennetmärcht ist dem Heiligen Erhard geweiht.<sup>141</sup>

Zwei Jahre später – im Februar 1758 – beklagte sich die Urner Obrigkeit jedenfalls, dass einige Personen den ganzen Winter über auf dem Urnerboden verbringen würden. Deshalb erneuerte die Regierung das Winteraufenthaltsverbot. Sie begründete das Verbot mit der „Gefahr des Seelenheils“ und „des Mangels an christlichem Unterricht“. <sup>142</sup> Max Rothenfluh schrieb 1983 im Buch *Das Schächental*, dass die Obrigkeit wohl eine „allgemeine Verwilderung“ der Winterbewohnerinnen und -bewohner befürchtet habe und vor allem deshalb am Winteraufenthaltsverbot festhielt. Er mut-

---

<sup>136</sup> UW, 05.01.1878: 3.

<sup>137</sup> Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 391, 130-131.

<sup>138</sup> Vgl. Muheim 1986: 103-104.

<sup>139</sup> Vgl. Urner'sches Amtsblatt: Anfrage betreffend Winteraufenthalt auf der Spitalrütti auf Ennetmärcht, Nr. 49, 22.11.1854: [o. S.].

<sup>140</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1127.

<sup>141</sup> Vgl. ebd.: 1082.

<sup>142</sup> Notiz über Winteraufenthalt auf Ennetmärcht 1758; StaUR P-1: Privataarchiv Friedrich Gisler.

masst weiter, dass wohl nicht in erster Linie allfällige landwirtschaftliche Nutzungskonflikte zwischen Winterbewohnerinnen sowie -bewohner und Äplern ausschlaggebend gewesen seien für das Aufenthaltungsverbot.<sup>143</sup> Vielmehr dürfte es auch eine Rolle gespielt haben, dass kein Priester im Winter auf dem Urnerboden war, der Gottesdienste hielt und nach dem Rechten schaute.<sup>144</sup>

Trotz des erneuerten obrigkeitlichen Verbots dürften immer wieder Personen gegen das Gesetz verstossen und den Winter auf der Alp verbracht haben. Einen Hinweis darauf gibt etwa auch die Tatsache, dass im Winter 1780 eine Alphütte auf dem Urnerboden niederbrannte, nachdem die Bewohner und Bewohnerinnen den neuen Stubenofen in dieser Hütte zum ersten Mal eingeheizt hatten und das Feuer danach unbeaufsichtigt liessen.<sup>145</sup>

Zudem verbrachten mit Bestimmtheit auch im Jahr 1810 Leute aus dem Schächental den Winter auf dem Urnerboden. Ein Beweis dafür liefert das Totenbuch von Unterschächen. Darin wurde vermerkt, dass der 34-jährige Anton Bissig am 22. Februar 1810 nach kurzer Krankheit verstorben sei. Weil der Weg über den Klausenpass aber nicht passierbar gewesen sei, sei der Leichnam erst am 2. März nach Unterschächen getragen und dort beerdigt worden.<sup>146</sup>

Im Jahr 1812 erneuerte der Urner Landrat das Winteraufenthaltsverbot deshalb erneut.<sup>147</sup> Und im Jahr 1828 ergänzte er den entsprechenden Artikel im Landbuch von Uri um eine relativ ausführliche Begründung, warum der Winteraufenthalt überhaupt verboten war: „Ganze Familien“ hätten sich inzwischen beinahe das ganze Jahr auf den Alpen Ennetmärcht und Niedersurenen „haushäblich“ aufgehalten. Dadurch hätten die Winteraufenthalter aber die Gottesdienste und die Christenlehre vernachlässigt. Und die Kinder hätten dadurch auch keinen Schulunterricht besucht. Dieses Mal ging es der Urner Obrigkeit aber nicht mehr nur unbedingt darum, eine allfällige Verwilderung der Winterbewohner und -bewohnerinnen zu verhindern, sondern eben auch um Nutzungskonflikte auf der Allmend. So hiess es in der Ergänzung des Urner Landbuchartikels 391, dass durch den Winteraufenthalt von Personen die Alpen in Mitleidenschaft gezogen würden – und zwar „in Bezug auf Holz und Weide“. Zudem würden sich die Personen, welche den Winter in den Alpen verweilten, sich selbst in Gefahr bringen. Denn in Krankheitsfällen wäre keine „geistliche und ärztliche Hilfe“ zur Stelle.<sup>148</sup>

Auf dem Urnerboden stand zwar eine Kapelle, die Möglichkeit, auf dem Urnerboden im Winter Gottesdienste zu besuchen, gab es aber nicht. Lediglich während der Sommermonate, wenn die Äpler mit dem Vieh auf der Alp waren, lebte auf dem Urnerboden ein Priester. Im 19. Jahrhundert war nämlich der Pfarrhelfer von Spiringen verpflichtet, von Mitte Juni bis etwa am 20. bis 25. Juli, also bis die Äpler mit dem Vieh in die Oberstafel zogen, auf dem Urnerboden zu sein. Wenn die ersten Äpler zurückkehrten, also frühestens zum Beginn der Wildheuernte am 11. August, musste er wiederum auf dem Urnerboden als Seelsorger amten. Er blieb jeweils bis zum St. Michaels-Tag am 29. September auf der Alp.<sup>149</sup> Da es auf dem Urnerboden auch keine Schule gab, besuchten die Kinder auch keinen Unterricht. Winteraufenthalter wären gezwungen gewesen, ihre Kinder während der Wintermonate im Schächental zu lassen, damit diese die Schule hätten besuchen können.<sup>150</sup> Zudem ist es auch nicht von der Hand zu weisen, dass durch den Winteraufenthalt auf dem Urnerboden mehr Holz zum Heizen oder Kochen gebraucht wurde.

---

<sup>143</sup> Rothenfluh 1983: 98.

<sup>144</sup> Vgl. Notiz über Winteraufenthalt auf Ennetmärcht 1758; StaUR P-1: Privatarchiv Friedrich Gisler.

<sup>145</sup> Vgl. Muheim 1986: 125.

<sup>146</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015a: 252.

<sup>147</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 391, 130-131.

<sup>148</sup> Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri. Ergänzungen des Landbuchs durch Nachtrag aller seit 1825 bis Ende des Jahres 1841 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Kantons Uri 3. Altdorf 1842: Nachtrag zum Art. 391, 201.

<sup>149</sup> Vgl. Muheim 1986: 51; Herger; Stadler-Planzer 1991: 149.

<sup>150</sup> Vgl. Muheim 1986: 70.

Doch offenbar befürchteten die übrigen Allmendgenossen auch, dass die Weiden auf dem Urnerboden bereits frühzeitig – also vor der eigentlichen Alpzeit – genutzt werden könnten, wenn das Gebiet ganzjährig bewohnt würde. Denn im Landbuch von Uri gab es gleich mehrere Artikel, die sich mit der Allmendnutzung auf dem Urnerboden im Frühjahr beschäftigten.<sup>151</sup> Bekanntermassen reichte das Winterfutter im Kanton Uri für das Vieh im 18. und 19. Jahrhundert oftmals nicht bis im Frühjahr aus. Vor allem die Schächentaler Bauern waren bekannt dafür, dass sie in der Regel mehr Vieh besaßen, als dass sie dafür Futtervorräte hatten. Daher wurden gerade Ziegen, Schafe, Kälber, Rinder und galte Kühe hinsichtlich des Futters äusserst knapp gehalten. Deshalb trieben die Bauern ihre Tiere im Frühjahr oft so früh, wie es nur ging, auf die Weiden. Vielerorts liessen sie ihr Vieh praktisch uneingeschränkt weiden, was sich auch auf die Erträge der Wiesen auswirkte.<sup>152</sup> Damit das Vieh nicht bereits im Frühjahr nach der Schneeschmelze zum Weiden auf den Urnerboden getrieben wurde, wurde im Urner Landbuch festgehalten, dass der Weidgang vor der offiziellen Alpzeit verboten sei. Wer sich nicht an das Verbot hielt, dem drohte für jedes Stück Vieh auf der Weide eine Busse.<sup>153</sup> Auch war es verboten, vor der Alpzeit Schweine auf dem Urnerboden zu halten.<sup>154</sup> Nur auf einigen wenigen Rüttenen, die in Privatbesitz oder an alte Rechte geknüpft waren, konnte das Vieh bereits früher weiden. Doch diese Tiere durften den Alpweiden im Frühjahr keinen Schaden zufügen. Den Bauern dieser Parzellen war es ab 1860 nicht einmal mehr erlaubt, die Tiere über die Allmend zu treiben, um sie am Bach zu tränken.<sup>155</sup> Überdies musste jede Person, welche bereits im Frühjahr vor dem Weissen Sonntag (Sonntag nach Ostern) auf den Urnerboden gehen wollte, sich beim Dorfgericht in Unterschächen oder in Spiringen melden – sei es, weil sie auf der Alp noch Heuvorräte hatte oder auf einer Rüti spezielle Weiderechte respektive eine private Parzelle besass.<sup>156</sup>

Es dürfte bei der Aufrechterhaltung des Verbots, sich im Winter auf der Alp aufzuhalten, allenfalls auch eine Rolle gespielt haben, dass es auf dem Urnerboden immer wieder zu schwerwiegenden Lawenniedergängen kam. So zerstörten beispielsweise im Jahr 1780 zwei Schneelawinen in den beiden Alpweilern Oberster Wang und Mittlerer Wang mehr als zehn Ställe, Heuspeicher und Hütten.<sup>157</sup> Doch auch in neuerer Zeit haben Lawinen immer wieder das Leben auf dem Urnerboden geprägt und Schneemassen haben die Strassenverbindung nach Linthal regelmässig während Wochen unterbrochen.<sup>158</sup> Das schlimmste Lawinenunglück ereignete sich im Dezember 1940. Dabei wurden vierzehn Personen verschüttet. Eine Frau und drei Kinder fanden den Tod. Fünf Häuser und sechs Ställe wurden zerstört.<sup>159</sup> Wegen des vielen Schnees und der isolierten Lage des Urnerbodens vernahm die Aussenwelt erst drei Tage später vom Unglück.<sup>160</sup>

Erstaunlich ist, dass der Winteraufenthalt nur in den Alpgebieten Urnerboden und Niedersurenen verboten war. Für die übrigen Urner Alpen gab es kein Winteraufenthaltsverbot, das im Urner Landbuch festgeschrieben wurde.<sup>161</sup> So entstanden – anders als auf dem Urnerboden oder im Surenenge-

<sup>151</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 336, 97-98; Ebd.: Art. 381, 126-127; Amtsblatt des Kantons Uri: Bezirksgemeinde-Verhandlungen von Uri vom 13. Mai 1860, Nr. 21, 23.03.1860. 115-116.

<sup>152</sup> Vgl. Biemann 1972: 100.

<sup>153</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859: Art. 336, 97-98.

<sup>154</sup> Vgl. ebd.: Art. 381, 126-127.

<sup>155</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Bezirksgemeinde-Verhandlungen von Uri vom 13. Mai 1860, Nr. 21, 23.03.1860. 115-116.

<sup>156</sup> Vgl. Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri. Ergänzungen des Landbuchs durch Nachtrag aller seit 1825 bis Ende des Jahres 1841 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Kantons Uri 3. Altdorf 1842: Nachtrag zum Art. 391, 201.

<sup>157</sup> Vgl. Muheim 1986: 125.

<sup>158</sup> Vgl. Hirtler 2012: 21.

<sup>159</sup> Vgl. Muheim 1986: 126.

<sup>160</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1157.

<sup>161</sup> Vgl. Kaufmann 1998: 70-71.

biet – etwa in der Göscheneralp hinter Göschenen bereits im 17. Jahrhundert zwei Ganzjahressiedlungen.<sup>162</sup> Diese entstanden obwohl die Sommerhochweiden auf der Göscheneralp rund 300 Meter höher liegen als der Urnerboden.<sup>163</sup> Bereits um 1740 lebten etwa 70 bis 80 Personen ganzjährig in den beiden Alpweilern Hinteralp und Gwüest.<sup>164</sup> Die meisten von ihnen stammten aus ärmeren Schichten.<sup>165</sup> Neben Handwerkern und ärmeren Ziegenbauern sollen sich auch Diebe und Schmuggler auf der Göscheneralp niedergelassen haben.<sup>166</sup> Der Grund für die konfliktfreie Entstehung dieser beiden Ganzjahressiedlungen dürfte darin liegen, dass viele Flächen auf der Göscheneralp bereits im 16. Jahrhundert in Privatbesitz übergegangen waren. Weil die privaten Parzellen nicht mehr Allmendgüter waren, mussten sich die Bewirtschafter auch nicht mehr an Termine und Fristen halten, welche die Nutzung einschränkten. Somit gab es in der Göscheneralp ein Nebeneinander und eine Durchmischung von privaten Alpen, Berggütern, Talbetrieben und Allmenden.<sup>167</sup>

## 2.4. Die Affäre von 1853

Aufgrund des Verbots, ganzjährig im Alpgebiet Urnerboden zu leben, stellten einige Schächentaler im Herbst 1852 ein entsprechendes Gesuch an den Urner Regierungsrat. Darin fragten sie bei der Regierung nach, ob es nicht trotz allem möglich wäre, die kommenden Wintermonate auf dem Urnerboden zu verbringen. Der Regierungsrat behandelte das Gesuch daraufhin an seiner Sitzung vom 4. Januar 1853. Wenig überraschend trat er nicht auf das Begehren ein. Stattdessen forderte er die Äpler und Äplerinnen auf, das Alpgebiet bis Mitte Januar 1853 zu verlassen.<sup>168</sup>

Trotz des abschlägigen Entscheids des Urner Regierungsrats verbrachten schliesslich doch einige Personen den Winter 1852/53 auf dem Urnerboden.<sup>169</sup> Der illegale Aufenthalt blieb aber nicht unbemerkt. Im Herbst 1853 wandten sich schliesslich die Priester des Schächentals mit einer Petition an den Regierungsrat. Dabei wurden sie von den beiden Dorfgerichten Unterschächen und Spiringen sowie durch vom bischöflichen Kommissariat unterstützt. Die Priester forderten in ihrer Eingabe, dass das gesetzliche Verbot von der Regierung durchgesetzt werden müsse. Der Aufenthalt im Winter auf der Alp Urnerboden sei „mit energischen Mitteln“ zu verhindern – „aus seelsorgerischen Rücksichten“. Die Regierung kam der Forderung der Priester schliesslich nach. Im November 1853 frischte der Rat das alte Verbot nochmals auf. Anschliessend liess er den entsprechenden Landbuchartikel in den Pfarrkirchen Spiringen und Unterschächen sowie in der Kapelle auf der Alp Urnerboden verlesen. Die Dorfgerichte von Spiringen und Unterschächen wurden zudem von der Regierung angewiesen, diejenigen Personen, welche sich länger als bis zur erlaubten Frist auf dem Urnerboden aufhalten würden, anzuzeigen. Das Polizeiamt wurde überdies beauftragt, die angezeigten Personen „zum Gehorsame“ anzuhalten und sie dem Strafrichter zu überweisen.<sup>170</sup>

Am 21. November 1853 musste sich der Regierungsrat erneut mit dem Winteraufenthalt auf dem Urnerboden auseinandersetzen. Denn inzwischen waren ihm die Namen von dreizehn Personen bekannt, die im vergangenen Winter „trotz Mahnung“ auf dem Urnerboden geblieben waren.<sup>171</sup> Laut Regierungsratsprotokoll seien in der Zwischenzeit entsprechende Verhöre durchgeführt worden.<sup>172</sup>

---

<sup>162</sup> Vgl. ebd.: 72.

<sup>163</sup> Vgl. ebd.: 70.

<sup>164</sup> Vgl. ebd.: 104.

<sup>165</sup> Vgl. ebd.: 100.

<sup>166</sup> Vgl. ebd.: 59.

<sup>167</sup> Vgl. ebd.: 55-56.

<sup>168</sup> Vgl. Urner'sches Amtsblatt: Gesuch für Winteraufenthalt, Nr. 2, 12.01.1853: 13.

<sup>169</sup> Vgl. Urner'sches Amtsblatt: Überweisung an das Bezirksgericht, Nr. 49, 21.11.1853: 244.

<sup>170</sup> Urner'sches Amtsblatt: Auffrischen des Verbot des Winteraufenthalts, Nr. 47, 07.11.1853: 236.

<sup>171</sup> Urner'sches Amtsblatt: Überweisung an das Bezirksgericht, Nr. 49, 21.11.1853: 244.

<sup>172</sup> Vgl. Protokoll Regierungsrat vom 21.11.1853; StaUR RR91-RR94: Mikrofilm MF35/665 Urner Wochenratsprotokolle.

Der Regierungsrat überwies zehn Personen schliesslich an das Bezirksgericht Uri.<sup>173</sup> Diese wurden dann im Dezember vom Gericht zu Geldbussen verurteilt.<sup>174</sup> Die drei anderen Personen kamen ungeschoren davon, denn ihnen gehörte die sogenannte Spittelrüti.<sup>175</sup> Wie in Unterkapitel 2.3. erläutert,<sup>176</sup> war es den Besitzern dieser Parzelle gemäss einem Landsgemeinde-Beschluss von 1590 gestattet, den Winter auf ihrem Privatgrundstück auf dem Urnerboden zu verbringen. Der Winteraufenthalt war jedoch an die Bedingung geknüpft, dass für Durchreisende ein Hospiz aufrechterhalten wurde.<sup>177</sup> Bei den drei Personen, welche im Winter 1852/53 in der Spittelrüti lebten, handelte es sich um drei Geschwister.<sup>178</sup> Alle drei waren ledig sowie zwischen zwanzig und dreissig Jahre alt. Ihr Vater war bereits verstorben, als der Jüngste von ihnen gerade einmal zwei Jahre alt war.<sup>179</sup>

Laut dem Urner Historiker Hans Stadler-Planzer und dem Talchronisten, Pfarrer Alois Herger aus Spiringen, soll es sich bei den Personen, die jeweils trotz obrigkeitlichen Verbots im Winter auf dem Urnerboden verbracht hatten,<sup>180</sup> um Personen aus ärmsten Verhältnissen gehandelt haben. In der Regel hätten diese Personen kein eigenes Land besessen. Sie hätten sich im Winter im Alpgebiet als Ziegenbauern durchgeschlagen. Im Sommer hätten sie Wildheu gesammelt und ihre Rüttenen gemäht, damit die Ziegen im Winter Futter gehabt hätten.<sup>181</sup> Dies berichtete auch der damals 64-jährige Hans Müller vom Urnerboden 2012 anlässlich eines Gesprächs mit Autor Christof Hirtler für das Buch *Urnerboden*: „Wenn einer nichts hatte, ging er auf den Urnerboden“, sagte Müller damals. „Hier konnte er sich und seine Familie mit wenig durchbringen.“ Denn die Ziegenhalter hätten kein eigenes Land gehabt, sondern hätten die Ziegen einfach auf die Allmend getrieben.<sup>182</sup>

Um den Versuch zu wagen, die These zu überprüfen, dass es sich bei den illegalen Winterbewohner und Winterbewohnerinnen um arme Ziegenbauern gehandelt hat, lohnt es sich, die Arbeit Josef Muheim-Büelers beizuziehen. Der Schächentaler Familienforscher versuchte in seinem 2015 veröffentlichten Gesamtwerk *Güter und Familien von Unterschächen und ihre Verbindung in alle Welt*<sup>183</sup> auch herauszufinden, welche Personen 1853 wegen des Winteraufenthalts vor das Bezirksgericht gestellt wurden. Muheim-Büeler probierte dabei, die Namen der Schuldigen entsprechenden Stammbäumen zuzuordnen.<sup>184</sup> Bei den Winteraufenthaltern, welche sich vor dem Bezirksgericht verantworten mussten, handelte es sich um vier Männer aus Spiringen und vier Männer aus Unterschächen. Zudem wurde auch ein Paar für schuldig befunden, bei dem nicht klar ist, ob es sich um ein Geschwister- oder Ehepaar handelt. Bei diesem Paar ist im Regierungsratsprotokoll vom 21. November 1853 kein Herkunftsort angegeben.<sup>185</sup> Im Folgenden wird auf die acht Personen eingegangen, bei denen die Herkunft bekannt ist.

Bei diesen acht Männern sticht vor allem Xaver Bissig heraus, dessen Familie den Übernamen „Schlösser“<sup>186</sup> hatte.<sup>187</sup> Die Familie Bissig war in Unterschächen nicht unbekannt und war in der

---

<sup>173</sup> Vgl. Urner'sches Amtsblatt: Überweisung an das Bezirksgericht, Nr. 49, 21.11.1853: 244.

<sup>174</sup> Vgl. Protokoll Sitzung vom 5. Christmonat 1853; StaUR G-013 Mikrofilm MF35/690 Bezirksgerichts-Protokolle.

<sup>175</sup> Vgl. Protokoll Regierungsrat vom 21.11.1853; StaUR RR91-RR94: Mikrofilm MF35/665 Urner Wochenratsprotokolle.

<sup>176</sup> Siehe Seite 23.

<sup>177</sup> Vgl. Muheim 1986: 103-104.

<sup>178</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1085.

<sup>179</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015a: 109; 2015c: Bd. 1: 266.

<sup>180</sup> Siehe Unterkapitel 2.3.

<sup>181</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 148.

<sup>182</sup> Hirtler 2012: 13.

<sup>183</sup> Muheim-Büeler 2015a, 2015b, 2015c.

<sup>184</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1085.

<sup>185</sup> Vgl. Protokoll Regierungsrat vom 21.11.1853; StaUR RR91-RR94: Mikrofilm MF35/665 Urner Wochenratsprotokolle.

<sup>186</sup> Philipp Arnold (1994: 212) hat in seiner Dissertation den Übernamen „Schlösser“ als Berufsbezeichnung interpretiert. Auch im Armenverzeichnis ist bei Vater Bissig die Bezeichnung Schlösser als Beruf angegeben (vgl. Armenverzeichnisse nach Gemeinden 1839ff; StaUR R-120-13/2). Die Bezeichnung stammt laut Josef

kommunalen Armenliste, die seit 1838/39 angelegt und stetig aktualisiert wurde, prominent vertreten.<sup>188</sup> Xaver Bissig war das jüngste von zwölf oder vierzehn<sup>189</sup> Kindern. Im Jahr 1853 war er gerade 25 Jahre alt und zudem ledig.<sup>190</sup> Nach Ansicht der Armenpfleger war die Ursache für die Armut der Familie Bissig die grosse Anzahl der Kinder. Vier von ihnen tauchen zudem auch in den Urner Gerichtsakten wieder auf. Denn sie stahlen, laut der vom Urner Historiker Philipp Arnold ausgewerteten Verhörunterlagen vom Hunger getrieben, Lebensmittel. Ein weiterer Bruder von Xaver Bissig war vermutlich als Söldner in Neapel.<sup>191</sup> Der Vater von Xaver Bissig, Josef Maria Bissig, versuchte zudem als Schuster<sup>192</sup>, als Schäfer und mit Spinnen über die Runden zu kommen.<sup>193</sup> Diese Mehrfachbeschäftigungen lassen laut Philipp Arnold darauf schliessen, dass die einzelnen Tätigkeiten keine ausreichende Existenzgrundlage boten.<sup>194</sup> Der Beruf des Schusters, den Vater Bissig ebenfalls ausübte, war im Kanton Uri mangels Kundschaft ein typischer Hintersassen-Beruf.<sup>195</sup>

Doch auch andere Personen, die sich im Winter 1852/53 unerlaubterweise auf dem Urnerboden aufgehalten haben, fallen durch Nebenerwerbsquellen auf – so beispielsweise Peter Imholz, der Unterschächner dürfte unter anderem als Bergführer gewirkt haben. Er war 1842 nämlich auch bei der Erstbesteigung des Grossen Schärhorns ob Unterschächen dabei.<sup>196</sup> Aber auch Johann Josef Bissig aus Spiringen hatte mehrere Nebenerwerbe. So wurde er im Regierungsratsprotokoll vom 21. November 1853 als Sigrist aufgeführt.<sup>197</sup> Daneben betrieb er Landwirtschaft und ging auf die Jagd. Der damals 34-Jährige war zudem damals verheiratet und hatte bereits zwei Kinder.<sup>198</sup> Dass seine Familie den Winter ebenfalls auf dem Urnerboden verbrachte, wäre denkbar. Doch die Quellenlage lässt eher darauf schliessen, dass er während dieser Wintermonate von seiner Familie getrennt lebte.<sup>199</sup>

Doch wer waren die anderen Personen, die 1852/53 auf dem Urnerboden überwinterten? Neben dem bereits erwähnten Xaver Bissig, Schlösser genannt,<sup>200</sup> war auch Alois Mattli aus Spiringen der jüngste Spross seiner Familie. Der damals 22-Jährige hatte sechs ältere Geschwister. Auffällig: Einer seiner Brüder betätigte sich als Schuster. Die älteste Schwester heiratete zudem einen Schuster.<sup>201</sup> Der Beruf genoss im Kanton Uri, wie bereits erwähnt,<sup>202</sup> kein grosses Ansehen.<sup>203</sup> Die Familie Mattli ist zudem auch im Armenverzeichnis von Spiringen von 1839 aufgeführt.<sup>204</sup> Über Johann Josef Gisler aus Unterschächen ist ebenfalls wenig bekannt. Er heiratete 1853 im Alter von 27 Jahren. Gisler dürfte sich jedoch auch später wieder mit seiner Familie trotz des Verbots ganzjährig auf dem Urnerboden niedergelassen haben. Seine beiden jüngsten Kinder kamen jedenfalls 1864 und 1871 auf dem Urnerboden zur Welt. Zudem wurden vier seiner Kinder 1871 in Unterschächen gefirmt. Dabei wurde

---

Muheim-Büeler wohl aber eher daher, dass die Familie Bissig in einem Steinhaus wohnte, was für das Schächental eher speziell ist. Dieses Haus wurde von der Bevölkerung spöttisch mit einem Schloss verglichen. Vgl. Muheim-Büeler 2015c: Bd. 2, 166.

<sup>187</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1085.

<sup>188</sup> Vgl. Armenverzeichnisse nach Gemeinden 1839ff; StaUR R-120-13/2.

<sup>189</sup> Vgl. Arnold 1994: 211-212.

<sup>190</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015c: Bd. 2, 166.

<sup>191</sup> Vgl. Arnold 1994: 211-212.

<sup>192</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015c: Bd. 2, 166.

<sup>193</sup> Vgl. Arnold 1994: 211-212.

<sup>194</sup> Vgl. ebd.: 194.

<sup>195</sup> Vgl. ebd.: 81.

<sup>196</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015a: 129.

<sup>197</sup> Vgl. Protokoll Regierungsrat vom 21.11.1853; StaUR RR91-RR94: Mikrofilm MF35/665 Urner Wochenratsprotokolle.

<sup>198</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015c: Bd. 2, 160.

<sup>199</sup> Vgl. Protokoll Regierungsrat vom 21.11.1853; StaUR RR91-RR94: Mikrofilm MF35/665 Urner Wochenratsprotokolle.

<sup>200</sup> Siehe Seite 27.

<sup>201</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015c: Bd. 3, 478.

<sup>202</sup> Siehe Seite 28.

<sup>203</sup> Vgl. Arnold 1994: 81.

<sup>204</sup> Vgl. Armenverzeichnisse nach Gemeinden 1839ff; StaUR R-120-13/2.

in der Firmlingsliste vermerkt, dass diese auf der Alp „Ennetmärkt“ wohnen würden.<sup>205</sup> Zudem verbrachten auch die Gebrüder Alois und Anton Imholz die Wintermonate 1852/53 auf dem Urnerboden. Diese waren 40 respektive 33 Jahre alt. Der Jüngere dürfte auch als Stegreifmusikant nebenbei Geld verdient haben. Vom Älteren ist bekannt, dass er 1869 Konkurs anmelden musste. Die beiden stammten zudem vom Heimwesen Holzerbergli ob Unterschächen.<sup>206</sup> Dieses liegt auf 1'347 Metern über Meer und befindet sich somit etwa auf der gleichen Höhe wie die Alp Urnerboden.<sup>207</sup> Die Gebrüder Imholz waren 1853 beide verheiratet.<sup>208</sup> Auch hier ist denkbar, dass deren Familien den Winter ebenfalls auf dem Urnerboden verbrachten. Doch die Quellenlage lässt eher darauf schliessen, dass sie während des Winters 1852/53 von ihren Familien getrennt lebten.<sup>209</sup>



Abb. 8: Weiler auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden Gebiet Argseeli, um 1910; StaUR 119.03-BI-37913. Auf dem Urnerboden gibt es mehrere Weiler, welche Ställen, Speicher und Alphütten umfassen.

Zudem musste sich 1853 auch ein Johann Arnold, der „Kappeler“ genannt wurde, vor dem Bezirksgericht Uri wegen des Winteraufenthalts auf dem Urnerboden verantworten. Der Schächentaler Familienforscher Josef Muheim-Büeler konnte diese Person 2012 jedoch nicht mehr identifizieren.<sup>210</sup>

Die 2015 veröffentlichten Schächentaler Familienforschungen von Josef Muheim-Büeler geben zwar nur wenig über die Personen preis, die den Winter 1852/53 auf dem Urnerboden verbracht

<sup>205</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 2, 713.

<sup>206</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 923-924.

<sup>207</sup> Vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft: Karten der Schweiz (Ausschnitt Schächental, Suchbegriff Holzerbergli), Version von 2013, <https://map.geo.admin.ch>, 12.03.2021.

<sup>208</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 923.

<sup>209</sup> Vgl. Protokoll Regierungsrat vom 21.11.1853; StaUR RR91-RR94: Mikrofilm MF35/665 Urner Wochenratsprotokolle.

<sup>210</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015c: Bd. 2, 1085.



haben. Auch geht daraus nicht hervor, ob und wie viele Ziegen diese Personen besessen haben. Muheims Forschungsarbeiten allein reichen also nicht aus, um die These zu belegen, dass es sich bei den früheren Winterbewohnern des Urnerbodens allesamt um arme Ziegenbauern handelte. Doch dank Muheims Aufzeichnungen, den Hinweisen auf Nebenerwerbsquellen und den oben angestellten Begründungen lässt sich erahnen, dass diejenigen Personen, die sich 1853 vor dem Bezirksgericht verantworten mussten, wohl eher aus ärmeren Verhältnissen kamen. Auffällig ist zudem, dass fast alle diese Personen Männer waren. Zudem war mehr als die Hälfte der Winteraufenthalter ledig.

### 3. Die Wirtschafts- und Armutsverhältnisse im Kanton Uri um 1850

Die Armut war im Kanton Uri während des 19. Jahrhunderts das Hauptproblem schlechthin. Im Bezirk Uri – also auf dem Urner Kantonsgebiet ohne das Urserntal – waren im Jahr 1843 rund 18,6 Prozent der Haushaltungen auf Unterstützung angewiesen. Und die Armut nahm nur schleppend ab. 1888 waren noch immer 12,5 Prozent der Kantonsbevölkerung unterstützungsbedürftig.<sup>211</sup> Viele Menschen im Kanton Uri hatten im 19. Jahrhundert überhaupt keinen Besitz.<sup>212</sup>

Der Kanton Uri hatte die Jahre der Helvetik von 1788 bis 1803 schlecht verdaut und erholte sich wirtschaftlich nur langsam von den Revolutionswirren.<sup>213</sup> Der Kanton war 1799 zum europäischen Kriegsschauplatz geworden. Ständig wechselnde Besatzungen und unzählige Beherbergungen hatten das Urnerland völlig ruiniert. Die Soldaten von russischen, französischen und österreichischen Truppen ernährten sich auf Kosten der Urner, zehrten Heu- respektive Nahrungsvorräte auf und raubten alle verfügbaren Lebensmittel.<sup>214</sup> Überdies brannte 1799 auch noch der Hauptort Altdorf nieder. 1'800 Personen wurden dadurch obdachlos.<sup>215</sup> Das waren immerhin 15 Prozent der damaligen Urner Kantonsbevölkerung.<sup>216</sup> Mit der Helvetik verlor Uri die kantonale Finanzhoheit. Deshalb wurde ein grosser Teil des Staatsschatzes zum Nationalgut erklärt und abtransportiert.<sup>217</sup> Weiter verlor Uri die Landvogtei in der Leventina im Tessin.<sup>218</sup> Gleichzeitig ging auch die Ära des privatwirtschaftlich organisierten Militärunternehmertums, das während Jahrhunderten ein grosser Wirtschaftsfaktor in Uri war, zu Ende.<sup>219</sup> Urner standen zwar auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch in fremden Diensten – so etwa in Italien, im Kirchenstaat, in Frankreich oder in den Niederlanden,<sup>220</sup> doch die Bevölkerung hatte kaum mehr Interesse am Solddienst.<sup>221</sup> Bis 1860 versuchten schliesslich nur noch wenige Urner im Solddienst einen Ausweg aus der Armut.<sup>222</sup>

Im Zusammenhang mit den Revolutions- und Kriegswirren brach auch die protoindustrielle Textilindustrie im Kanton Uri zusammen.<sup>223</sup> Die Rezession in den 1790er-Jahren und die Krisen während der Helvetik und der Mediation setzten dem Gewerbe stark zu. Zwischen 1811 und 1813 erlitten dann auch die Verlagshäuser in Gersau und im Kanton Luzern, von welchen die Urner Heimarbeiter abhängig waren, Konkurs. Das protoindustrielle Gewerbe erlebte aber auch danach keine Renaissance mehr. Denn durch die Modernisierung in der Textilbranche, die Umstellung auf mechanische Produktionsabläufe, spielten die protoindustriellen Fertigungsstätten eine immer kleinere Rolle.<sup>224</sup>

---

<sup>211</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 89.

<sup>212</sup> Vgl. ebd.: 88.

<sup>213</sup> Vgl. Arnold 1994: 25.

<sup>214</sup> Vgl. ebd.: 27.

<sup>215</sup> Vgl. ebd.: 26.

<sup>216</sup> Vgl. Stadler 2015: 66.

<sup>217</sup> Vgl. Arnold 1994: 35-36.

<sup>218</sup> Vgl. Fransioli 2017 (e-HLS).

<sup>219</sup> Vgl. Arnold 1994: 75.

<sup>220</sup> Vgl. Kälin 1991: 289.

<sup>221</sup> Vgl. Arnold 1994: 78-79.

<sup>222</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 89.

<sup>223</sup> Vgl. ebd.: 88.

<sup>224</sup> Vgl. Arnold 1994: 74.

Die Urner Wirtschaftslage blieb aber auch in den Jahrzehnten nach der Mediation angespannt: Ab 1830 war schliesslich die neue Strasse über den Gotthardpass befahrbar. Die moderne Chaussee veränderte das Transportwesen auf der Nord-Süd-Route grundlegend. Das Säumerwesen verlor dadurch an Bedeutung und viele Urner Säumer standen ohne Arbeit da. Ab 1836 verkehrten auch Dampfschiffe auf dem Vierwaldstättersee. Die Urner Schiffsleute mit ihren Holznauen erhielten damit eine grosse Konkurrenz, mit der sie nicht mehr mithalten konnten.<sup>225</sup> Und auch das Handwerk hatte während des 19. Jahrhunderts im Kanton Uri keinen goldenen Boden. Denn die Urner waren zu einem grossen Teil noch Selbstversorger – und zwar nicht nur in Bezug auf die Lebensmittel. Viele Leute stellten etwa auch ihre Schuhe und Kleider selbst her. Deshalb genossen Handwerkerberufe wie Schuster oder Schneider, wie bereits erwähnt, um 1850 im Kanton Uri einen niedrigen Stellenwert. Bezeichnenderweise wurden solche Handwerksberufe oft von Hintersassen ausgeführt, denn Krisenzeiten trafen das Handwerk im Urnerland jeweils besonders stark.<sup>226</sup> Im Kanton Uri fehlte es schlicht an Arbeitsplätzen und möglichen Erwerbsquellen. So schrieb der Altdorfer Naturforscher Karl Franz Lusser<sup>227</sup> 1834 über den Kanton Uri: „Manufakturen und Fabriken, die Käsefabriken auf den Alpen ausgenommen, giebt es keine, obwohl die vielen Bäche und die Landstrasse über den Gotthard nach Italien dazu aufforderten.“<sup>228</sup>

Doch auch die „Käsefabriken“ in den Urner Alpen gerieten ab Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend unter Druck. Die neu entstandenen Talkäsereien im Mittelland, welche das ganze Jahr über Käse herstellten, wurden immer mehr zu einer Konkurrenz für die Käseproduktion in den Berggebieten.<sup>229</sup> Während die Urner Alp- und Landwirtschaft nach wie vor in ihren Traditionen verhaftet blieb, setzten sich im Schweizer Mittelland bereits im Verlauf des 18. Jahrhunderts neue Erkenntnisse durch, wie sie etwa von den Ökonomischen Gesellschaften propagiert wurden. Während die Bauern im Mittelland dadurch ihre Milchproduktion erhöhen konnten, waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Kanton Uri der Anbau von Klee, die ganzjährige Stallfütterung sowie die systematische Düngung der Wiesen mit Jauche und Mist noch praktisch unbekannt.<sup>230</sup> Die erste Urner Alpstatistik aus dem Jahr 1864 unterstreicht diese Rückständigkeit in der Urner Landwirtschaft: Nur gerade 5 Prozent der Alpen wurden regelmässig gedüngt. Und die Hälfte aller Äpler räumte nie Steine von den Alpweiden, sodass einige von ihnen immer stärker vergandeten.<sup>231</sup> Zudem stellten viele Schweizer Talkäsereien Hartkäse her, der sich für den Export als Seeproviand besonders eignete.<sup>232</sup> Im Kanton Uri wurde aber der sogenannte Spalenkäse (Sbrinz) nur auf einzelnen Alpen im Isenthal und in Bürglen produziert. Seine Herstellung erforderte eine ausgefeilte Technik und rentierte nur auf Alpen, wo die Milch von mindestens 24 bis 30 Kühen verkäst werden konnte.<sup>233</sup> Die in Uri gehaltenen Kühe gaben im 19. Jahrhundert im Durchschnitt gerade einmal sechs bis neun Liter Milch am Tag.<sup>234</sup> Doch da die meisten Urner Alpen individuelle Betriebe von einzelnen Familien waren und diese oft auch in für den Transport ungünstigem Geländelagen, kam es für viele Äpler im Kanton Uri gar nicht in Frage, Hartkäse herzustellen.<sup>235</sup>

Dazu kam, dass die Jahrzehnte zwischen 1812 und 1860 als eine der ausgeprägtesten Kaltperioden seit 1520 in die Geschichte eingingen. Dadurch erschwerten sich die Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft – vor allem auch in den höheren Lagen.<sup>236</sup> Die schlechteren klimatischen Bedingungen haben aber die Land- und Alpwirtschaft im Kanton Uri in ihren Grundzügen praktisch

---

<sup>225</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 88.

<sup>226</sup> Vgl. Arnold 1994: 81.

<sup>227</sup> Vgl. Stadler 2009 (e-HLS).

<sup>228</sup> Lusser 1834: 60.

<sup>229</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 89.

<sup>230</sup> Vgl. Furrer 1989: 33.

<sup>231</sup> Vgl. Biemann 1972: 108-109.

<sup>232</sup> Vgl. Furrer 1989: 33.

<sup>233</sup> Vgl. Biemann 1972: 105-106.

<sup>234</sup> Vgl. ebd.: 99.

<sup>235</sup> Vgl. Furrer 1989: 33.

<sup>236</sup> Vgl. Pfister 1988: 131-132.

überhaupt nicht verändert, sondern sich lediglich auf die Erträge ausgewirkt.<sup>237</sup> In dieser Zeit häuften sich in Uri aber die Naturkatastrophen. Aufgrund des stärkeren Niederschlags kam es öfters zu Überschwemmungen und verheerenden Lawinenwintern.<sup>238</sup> Zwischen 1828 und 1840 gab es im Kanton Uri gleich fünf Jahre mit schweren Hochwasserereignissen.<sup>239</sup> Zusätzlich brach nach dem Hochwasser 1831 die Maul- und Klauenseuche aus.<sup>240</sup> Die Heu- und Grasknappheit nach diesen Unwettern führte weiter dazu, dass die Bauern teures Futter zukaufen mussten. Zudem verlor die Bevölkerung im Reusstal durch die versandeten und versumpften Matten die Verdienstmöglichkeit, Futter oder Futterflächen für Säumer oder Viehhändler bereitzustellen, die mit teilweise grossen Tierherden über den Gotthardpass zogen.<sup>241</sup> Zudem gab es in Uri eine jahrhundertealte Wuherverfassung: Die Anwohner und Besitzer von Liegenschaften entlang von Bächen waren dazu verpflichtet, die Hochwasserbauten, die sogenannten Wuhren, zu unterhalten. Zusätzlich mussten sie eine Wehresteuern bezahlen. Doch viele Bauern waren nach den vielen Hochwasserereignissen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts finanziell nicht mehr in der Lage, die kostspieligen Wuhren in Stand zu stellen. Deshalb mussten praktisch nach jedem Hochwasserereignis Bauern ihre verschuldeten Güter den Kreditoren überlassen.<sup>242</sup> Die Naturkatastrophen waren während dieser Epoche mit ausschlaggebend für eine allgemeine Verarmung vieler Urner Kleinbetriebe entlang von Bächen. Die aussergewöhnlichen Aufwendungen in Zusammenhang mit den Katastrophen führten dazu, dass sich die Bauern zusehends verschuldeten oder Vieh verkaufen mussten – also ihre eigentliche Lebensgrundlage.<sup>243</sup> Nicht zu vergessen, in Zusammenhang mit den klimatischen Bedingungen, ist die Hungersnot von 1816 und 1817, welche auch im Kanton Uri eine starke Teuerung mit sich zog.<sup>244</sup>

Zwischen 1799 und 1850 wuchs die Kantonsbevölkerung von 11'750 auf 14'505 Personen an. Verglichen mit anderen Gebieten, war dies jedoch keine grosse und sprunghafte Zunahme der Bevölkerung. Weil sich gleichzeitig das Wirtschaftssystem nicht positiv veränderte, vertrug der Kanton Uri keinen solchen Bevölkerungszuwachs.<sup>245</sup> Mit andern Worten: Die stetig wachsende Bevölkerung führte zwangsläufig zu einer Verarmung der Bevölkerung, da nicht gleichzeitig auch das wirtschaftliche Potenzial des Kantons vergrössert werden konnte.<sup>246</sup> Diese Entwicklung widerspiegelte sich auch in der Alpwirtschaft: Trieben die meisten Schächentaler Äpller zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch zehn bis zwanzig Kühe auf die Alp, gab es im Verlauf des Jahrhunderts immer mehr sogenannte Stümpelerbetriebe mit zwei bis acht Kühen.<sup>247</sup> Die durchschnittliche Grösse der Betriebe wurde im Verlauf des Jahrhunderts sogar noch kleiner, denn mangels Berufsalternativen beanspruchten die meisten Bauernsöhne ein Stück des väterlichen Betriebs.<sup>248</sup> Die Urner Landwirtschaft war flächenmässig kaum mehr ausbaubar und doch lebte um 1850 gut die Hälfte der Bevölkerung von ihr.<sup>249</sup>

Diese Überbevölkerung führte dazu, dass etliche Personen aus Randgemeinden – etwa aus dem Schächental, den abgelegenen Seegemeinden oder dem Urner Oberland – wegzogen. Viele liessen sich zwischen 1837 und 1860 in den Gemeinden im Urner Talboden nieder – besonders in Altdorf, Flüelen oder Schattdorf. Der Bau der befahrbaren Gotthardstrasse sowie jener des Reusskanals schufen zwar temporäre Arbeitsplätze. Doch die Dörfer im Talboden konnten die Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen nur schlecht verkraften, weil die Wirtschaft nicht mit der Bevölkerungsentwicklung

---

<sup>237</sup> Vgl. Furrer 1989: 25.

<sup>238</sup> Vgl. Arnold 1994: 45.

<sup>239</sup> Vgl. Vischer 2003: 130.

<sup>240</sup> Vgl. Arnold 1994: 50-51.

<sup>241</sup> Vgl. ebd.: 52.

<sup>242</sup> Vgl. ebd.: 50-51.

<sup>243</sup> Vgl. ebd.: 52.

<sup>244</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015b: 88.

<sup>245</sup> Vgl. Biemann 1972: 21-22.

<sup>246</sup> Vgl. Arnold 1994: 88.

<sup>247</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 104.

<sup>248</sup> Vgl. ebd.: 102.

<sup>249</sup> Vgl. ebd.: 93.

Schritt hielt.<sup>250</sup> Immer mehr Urnerinnen und Urner zogen deshalb temporär oder bleibend in andere Kantone oder ins nahe Ausland.<sup>251</sup> Die Urner Auswanderer und Auswanderinnen liessen sich vorzugsweise in den Kantonen Schwyz und Zug nieder.<sup>252</sup> Das schwyzerische Bergdorf Riemenstalden an der Kantonsgrenze zu Uri erhielt speziell viel Zulauf von Urner Kleinbauern, die sich dort mit wenig Besitz über die Runden brachten.<sup>253</sup> Viele Urner und Urnerinnen – besonders solche aus dem Schächental – zog es aber auch auf die andere Seite des Klausenpasses in den Kanton Glarus. Denn im Gegensatz zum Kanton Uri hatte der Kanton Glarus eine florierende Textilindustrie. Im Jahr 1864 zählte der Kanton 44 Fabriken. Die Fabriken schufen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, die mit der einheimischen Bevölkerung allein nicht zu besetzen gewesen wären.<sup>254</sup> Einige Urner fanden im Kanton Glarus aber auch Anstellungen in der Land- und Alpwirtschaft.<sup>255</sup> Viele junge Erwachsene zogen nicht nur fort, um Arbeit zu finden, sondern in erster Linie auch, um die Familie zuhause zu entlasten.<sup>256</sup> Bis zirka um 1850 standen bei den Urner und Urnerinnen vor allem temporäre Berufswanderungen innerhalb der Schweiz oder innerhalb von Europa im Vordergrund.<sup>257</sup> Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen aber auch die endgültigen Auswanderungen zu.<sup>258</sup> Im Jahr 1850 lebten bereits 280 Kantonsbürger und -bürgerinnen im Ausland. Die meisten von ihnen suchten in Österreich, Italien oder Frankreich ihr Glück. 21 Urner waren auf dem amerikanischen Kontinent registriert.<sup>259</sup> Die Zahl der Übersee-Auswanderer und Auswanderinnen stieg in den Folgejahren noch an: Zwischen 1853 und 1860 reisten mindestens 101 Urner und Urnerinnen über den Atlantik.<sup>260</sup>

Viele Urner versuchten, mit verschiedenen kleinen Tätigkeiten über die Runden zu kommen.<sup>261</sup> Die Nebenbeschäftigungen, die allein keine ausreichende Existenzgrundlage boten, waren zum Teil saisonal oder an konjunkturelle Schwankungen gebunden. Solche Nebenbeschäftigungen boten etwa das Holzen, das Schneebrechen, das Tagelöhnern oder andere kleinere Handwerksarbeiten. Auch saisonale Arbeiten in der Land- oder Alpwirtschaft brachten Geld ein. Dass Kinder von ärmeren Familien ebenfalls arbeiteten und ihre Eltern so unterstützten, war selbstverständlich. Eine typische Kinderarbeit war etwa das Hüten von Ziegen- oder Schafherden.<sup>262</sup>

Gängige Formen einer Überlebensstrategie waren bei den Urnerinnen und Urner aus tieferen sozialen Schichten auch das Betteln oder das Freveln. Gerade mittellose Bürger schlugen zum Teil in den Wäldern unerlaubterweise Holz und verkauften dieses oftmals wieder – mehrheitlich auch in andere Kantone.<sup>263</sup> In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg im Kanton Uri die Kriminalität stark an. Dabei ging es meist nicht darum, dass sich die Leute mit Diebstählen bereicherten, sondern mehr nur ums Überleben.<sup>264</sup> Besonders regelmässig stahlen Kleinbauern gegen Ende des Winters Heu bei anderen Bauern, weil sie selbst mit Futterengpässen zu kämpfen hatten. Denn die Ziegen und Kühe gaben keine Milch mehr, wenn sie nicht genügend Futter hatten.<sup>265</sup> Lebensmitteldiebstähle waren ebenso häufig. Oftmals gaben die Diebe an, wenn sie erwischt wurden, dass sie aus Armut und aus Verzweiflung gehandelt hätten. Um solche Diebstähle zu verhindern, war es in Uri sogar vom Gesetz her erlaubt, Kartoffelgärten mit Waffengewalt zu verteidigen. Zudem schlug der Gemeinderat

---

<sup>250</sup> Vgl. Stadler 2015: 69.

<sup>251</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 89.

<sup>252</sup> Vgl. Stadler 2015: 71.

<sup>253</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015a: 340.

<sup>254</sup> Vgl. Stüssi 1983: 222.

<sup>255</sup> Vgl. ebd.: 227.

<sup>256</sup> Vgl. Arnold 1994: 196.

<sup>257</sup> Vgl. ebd.: 197-198.

<sup>258</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 89.

<sup>259</sup> Vgl. Stadler 2015: 70.

<sup>260</sup> Vgl. ebd.: 71.

<sup>261</sup> Vgl. Arnold 1994: 193.

<sup>262</sup> Vgl. ebd.: 194-195.

<sup>263</sup> Vgl. ebd.: 202-203.

<sup>264</sup> Vgl. ebd.: 205.

<sup>265</sup> Vgl. ebd.: 213.

Flüelen 1854 vor, alle Leute, die sich zwischen 18 Uhr abends und 6 Uhr morgens in den Allmendgärten aufhalten würden, zu Dieben zu erklären.<sup>266</sup> Allein im Jahr 1853, also in jenem Jahr, in dem die Urner Regierung gegen zehn Winteraufenthalter und -aufenthalterinnen des Urnerbodens vorging,<sup>267</sup> musste sich das Kriminalgericht Uri mit mindestens neun oder zehn Personen befassen, die Holz oder/und Lebensmittel gestohlen hatten. Die Lebensmitteldiebstähle machten im ausgewählten Jahr beim Kriminalgericht sogar die deutliche Mehrheit der Fälle aus.<sup>268</sup> Exemplarisch dafür steht etwa der Fall von Maria Brand aus Spiringen. Der Vater von zwei Kindern wurde am 21. September 1853 vom Kriminalgericht mit „1/4 stündiger Ausstellung an Pranger und 20 Ruthenstreichen auf den blossen Rücken“ bestraft. Der 35-Jährige wurde wegen 22 oder 23 Fällen von Lebensmitteldiebstählen beschuldigt. Sechs Mal soll er sogar Kühe auf der öffentlichen Weide gemolken haben.<sup>269</sup> Anna Maria Lyrer aus Erstfeld erhielt hingegen sogar ein Jahr Zuchthaus, denn die Tagelöhnerin und Mutter von vier „lebenden“ Kindern hatte dreizehn Mal Früchte aus Allmend- und Eigengärten entwendet. Zudem hatte sie drei Stück Schmalvieh auf der Allmend gestohlen. Nach dem Absitzen ihrer Zuchthausstrafe verbot ihr das Kriminalgericht überdies, sich abends in den Allmendgärten aufzuhalten.<sup>270</sup>

Die institutionalisierte Armenfürsorge hatte im Kanton Uri nur bedingte Wirkung. Einerseits waren im Kanton Uri die Verwandten im ersten und zweiten Grad vaterseitig verpflichtet, die Bedürftigen finanziell zu unterstützen. Andererseits wurde ab 1843 auch die Unterstützungspflicht der Gemeinden nach dem Wohnrechtsprinzip ausgebaut. Doch die Gemeinden, die selbst kaum Vermögen und Einnahmequellen hatten, konnten wenig gegen die Armut ausrichten,<sup>271</sup> und auch die Arbeit der Armengesellschaft Altdorf war in der Wirkung beschränkt.<sup>272</sup>

Gerade für kleine Landwirtschaftsbetriebe oder Personen ohne Viehbesitz war umso mehr die Gemeinmarch von grosser Bedeutung. Die Bauern besserten mit Wildheu ihre Futtervorräte auf. Andere ergänzten ihren Speiseplan durch die Jagd oder die Fischerei.<sup>273</sup> Doch auch die Sammelwirtschaft inner- und ausserhalb der Wälder hatte für viele Familien eine grosse Bedeutung.<sup>274</sup> Seit 1834 durfte jeder Urner Bürger zudem auf der Allmend einen Garten anlegen, die Nachfrage nach solchen Parzellen war enorm gross.<sup>275</sup>

Eine wichtige Rolle spielte im 19. Jahrhundert das Schmalvieh. Im Jahr 1855 wurden im Kanton Uri 12'660 Schafe und 13'266 Ziegen gezählt. Zum Vergleich: Im gleichen Jahr wurden im Kanton Uri lediglich 10'501 Stück Rindvieh registriert – dabei wurden Kälber, Rinder und Kühe zusammengezählt.<sup>276</sup> Die Ziegen galten schlechthin als Vieh des armen Mannes,<sup>277</sup> denn sie eigneten sich hervorragend als Milchlieferanten. Bei den Schafen hingegen waren die Wolle und das Fleisch sehr gefragt. Der Vorteil des Schmalviehs war jedoch, dass die Schafe und Ziegen viel weniger Futter brauchten als etwa eine Kuh. Das Heu, das eine Kuh frass, reichte im Winter, um sieben bis acht Ziegen zu füttern. Zudem hielt sich der Arbeitsaufwand in Grenzen, denn die Ziegen- und Schafherden konnten von den Bezirksbürgern – oftmals ohne grosse Aufsicht – in die kargsten und steilsten Berghänge hinaufge-

---

<sup>266</sup> Vgl. ebd.: 207-208.

<sup>267</sup> Siehe Unterkapitel 2.4.

<sup>268</sup> Vgl. Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 12. Januar 1853, Nr. 5, 02.02.1853: 21-22; Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 14. April 1853, Nr. 16, 20.04.1853: 74-75; Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 8. und 9. Juni 1853, Nr. 24, 15.06.1853: 125-126; Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 13. August 1853, Nr. 34, 24.08.1853: 168; Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheil vom 24. September 1853, Nr. 39, 28.09.1853: 187.

<sup>269</sup> Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheil vom 24. September 1853, Nr. 39, 28. September 1853: 187.

<sup>270</sup> Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 8. und 9. Juni 1853, Nr. 24, 15. Juni 1853: 125-126.

<sup>271</sup> Vgl. Arnold 1994: 150.

<sup>272</sup> Vgl. ebd.: 148-149.

<sup>273</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 103.

<sup>274</sup> Vgl. Arnold 1994: 116-117.

<sup>275</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 94-95.

<sup>276</sup> Vgl. Kunz 2010: 17.

<sup>277</sup> Vgl. Hirtler 2012: 13.

trieben und dort gelassen werden.<sup>278</sup> Wie bereits in Unterkapitel 2.2.<sup>279</sup> beschrieben, konnten die Urner Bürger das Schmalvieh eigentlich überall hintreiben, wo das Rindvieh nicht hingelangte.<sup>280</sup> Die Ziegenbauern waren denn auch gleichzusetzen mit der untersten und ärmsten Schicht der bäuerlichen Bevölkerung im Kanton Uri. Sie hatten in der Regel überhaupt keinen Besitz. Sie lebten ausschliesslich von der Gemeinmarch. Im Frühjahr trieben sie ihre Ziegen auf die sogenannten Geissweiden, im Winter fütterten sie die Tiere mit Wildheu.<sup>281</sup> Aufgrund der wirtschaftlichen Situation und der Bevölkerungszunahme nutzten die Leute die Gemeinmarch im 19. Jahrhundert immer intensiver und die Ziegenhalter trieben ihre Tiere auf immer entlegene Geissweiden. Dies führte spätestens nach 1800 zu neuen Siedlungsformen.<sup>282</sup> Verschiedene ärmere Familien nahmen so in höheren und ungeeigneten Höhenlagen zeitweise oder gar ganzjährig Wohnsitz, wo sie ihre Tiere auf die Geissweiden treiben und gleichzeitig Wildheu sammeln konnten.<sup>283</sup> Auf den Allmenden entstanden so neue Gebäude oder zum Teil wurden auch Alp- respektive Maiensässhütten in Ganzjahresbehausungen umfunktioniert. Besonders im Maderanertal entstanden so regelrechte Geissbauernsiedlungen, denn die Bevölkerung dieses Tales wuchs zwischen 1800 und 1880 sprunghaft von 300 auf 650 Personen an.<sup>284</sup> Solche Ziegenbauern liessen sich im Maderanertal etwa in den Gebieten Griesseren, Stössalp, Balmenschachen, Balmenwald, Gufern, Balmenbiel, Etzliboden, Porthüsler, Baumgarti, Heichuerrüti oder Lungenstutz nieder.<sup>285</sup> Aber auch im Schächental war eine solche Entwicklung zu beobachten. So entstanden etwa auf den beiden Heimkuhweiden Brunni und Äsch hinter Unterschächen solche Geissbauernsiedlungen, wo ärmere Bauern ohne Besitz zeitweise oder ganzjährig sesshaft wurden. *Heimkuhweiden* waren Allmenden, auf denen im Sommer Kühe weideten, die nicht auf Alpen getrieben wurden. Ihre Milch diente zur Versorgung der zurückgebliebenen Bevölkerung im Tal. Je nach Entfernung zu den Dörfern standen auf den Heimkuhweiden Hütten oder nicht. Eine Familie durfte eine bis zwei Kühe auf diese spezielle Allmendweide treiben. Doch auch an anderen Orten im Kanton dürften sich Ziegenbauern – wenn auch nicht überall so zahlreich wie in den oben genannten Geissbauernsiedlungen – ganzjährig in höheren Lagen niedergelassen haben.<sup>286</sup> Der Urner Bauernhausforscher Benno Furrer stellte zudem fest, dass alle Siedlungen im Maderanertal und im Schächental, in denen einst sogenannte Geissbauernhäuser standen, sich in Gebieten befinden, in denen es hochstämmige Fichtenwälder gibt. Furrer schloss daraus, dass folglich gerade auch die Waldweide bei der Ziegenhaltung eine äusserst grosse Rolle gespielt haben dürfte.<sup>287</sup>

Wie bereits in Unterkapitel 2.4. beschrieben, waren auch die illegalen Winterbewohnerinnen und Winterbewohner des Urnerbodens im 19. Jahrhundert einfache Ziegenbauern ohne Landbesitz, die hauptsächlich von der Gemeinmarch gelebt haben dürften.<sup>288</sup> Die Versuche von Schächentalerinnen und Schächentaler, sich ganzjährig auf dem Urnerboden niederzulassen, muss nun also als Teil jener Siedlungsentwicklung angesehen werden, die oben beschrieben wurde: Ärmere Ziegenbauern liessen sich im Kanton Uri, gedrängt von einer wachsenden Bevölkerung und fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven, ganzjährig in höheren Lagen oder gar im Alpgebiet nieder und betrieben dort eine einfache Form von Landwirtschaft, ohne selber überhaupt ein Stück Land zu besitzen.

---

<sup>278</sup> Vgl. Arnold 1994: 166-167.

<sup>279</sup> Siehe Seite 14.

<sup>280</sup> Vgl. Furrer 1989: 26.

<sup>281</sup> Vgl. Ziegler 2013: 122-123.

<sup>282</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2009: 125-126.

<sup>283</sup> Vgl. Furrer 1985: 352-353.

<sup>284</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2009: 125-126.

<sup>285</sup> Vgl. ebd.: 126-127.

<sup>286</sup> Vgl. Furrer 1985: 352-353.

<sup>287</sup> Vgl. ebd.

<sup>288</sup> Siehe Seite 26.



## 4. Die Entwicklung zur Ganzjahressiedlung nach 1853

### 4.1. Der Winteraufenthalt wird 1872 erlaubt

Wie im Unterkapitel 2.4. beschrieben, hatten zehn Personen bereits den Winter 1852/53 entgegen dem Winteraufenthaltsverbot auf dem Urnerboden verbracht. Die Urner Regierung ging damals gegen diese Delinquenten vor, liess sie bestrafen und ordnete an, das Winteraufenthaltsverbot erneut in den Schächentaler Gemeinden Spiringen und Unterschächen zu verlesen.<sup>289</sup> Dies hielt aber einige Personen nicht davon ab, in den Folgejahren trotzdem auf dem Urnerboden zu überwintern. Zahlen oder Quellen zu den Winterbewohnerinnen und -bewohner aus den Jahren 1854 bis 1871 gibt es nicht, sondern lediglich Vermutungen<sup>290</sup> und mündliche Überlieferungen. So schilderte 2012 beispielsweise der damals 93-jährige Gustav Gisler, ein Ganzjahresbewohner des Urnerbodens, gegenüber Christof Hirtler, dem Autor des Buchs *Urnerboden*, eine Episode aus dieser Zeit: So sollen in einem Winter in den 1860er-Jahren lediglich zwei Personen die kalten Monate auf dem Urnerboden verbracht haben. Doch die beiden hätten sich während der schneereichen Monate kein einziges Mal gesehen: Der eine richtete sein Winterquartier in einer Hütte im Alpweiler Unterst Wang ein, der andere wohnte im Weiler Auf dem Port; die beiden lebten also rund drei Kilometer auseinander.<sup>291</sup> Zudem wurden im Herbst 1871 vier Kinder in Unterschächen gefirmt, die laut Firmlingsliste im Pfarrbuch auf dem Urnerboden wohnten.<sup>292</sup>

Im Spätwinter 1872 vernahm der Urner Regierungsrat durch eine „gemeinderäthliche Anzeige“, dass sogar mehrere Familien den Winter auf dem Urnerboden verbringen würden. Der Regierungsrat beschloss zu handeln: Er beauftragte daraufhin das kantonale Polizeiamt, auf der Alp Urnerboden einzuschreiten und dort das Winteraufenthaltsverbot durchzusetzen.<sup>293</sup> Doch so weit kam es schliesslich nicht. Offenbar war es den Winterbewohner und -bewohnerinnen, die illegal auf dem Urnerboden wohnten, gelungen, der Regierung ihre schwierige Lage darzustellen. Deshalb beschloss die Regierung an ihrer Sitzung vom 11. März 1872 denn auch: „Auf Ansuchen mehrerer Aufenthalter von Ennetmärcht wird in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse das polizeiliche Einschreiten behufs deren Entfernung sistiert.“ Die Bewohnerinnen und Bewohner durften also vorerst auf dem Urnerboden bleiben. Gleichzeitig betonte die Regierung aber, dass das Winteraufenthaltsverbot trotz allem weiterhin seine Gültigkeit habe.<sup>294</sup> Es ist denkbar, dass die Regierung letztlich nicht einschritt, weil sie nicht wusste, wo sie die Winterbewohnerinnen und -bewohner ansonsten hätte unterbringen sollen.

Damit war die Sache aber nicht vom Tisch. Im folgenden Frühjahr wurde der Winteraufenthalt auf dem Urnerboden sogar ein Thema an der Urner Bezirksgemeinde. Es wurde bei der Regierung ein

---

<sup>289</sup> Siehe Seite 26.

<sup>290</sup> Zwischen 1859 und 1869 kamen vier Kinder von Peter Imholz, der den Winter 1852/53 verbotenerweise auf dem Urnerboden verbrachte, auf der Alp zur Welt. Leider geht aus den Familienforschungen von Josef Muheim-Büeler nicht hervor, ob die Kinder zur Alpzeit oder während der Wintermonate zur Welt kamen. Vgl. Muheim-Büeler 2015a: 129.

<sup>291</sup> Vgl. Hirtler 2012: 21.

<sup>292</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 2, 713.

<sup>293</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Gemeinräthliche Anzeige wegen Aufenthalt auf Alp Ennetmärcht, Nr. 10, 07.03.1872: 65.

<sup>294</sup> Amtsblatt des Kantons Uri: Regierung sistiert Wegweisung, Nr. 12, 21.03.1872: 84.

entsprechendes *Siebengeschlechtsbegehren* deponiert.<sup>295</sup> Ein Siebengeschlechtsbegehren war eigentlich nichts anderes als ein Initiativbegehren. Mit diesem staatspolitischen Instrument konnten sieben stimmberechtigte Männer aus sieben verschiedenen Geschlechtern gemeinsam einen Antrag stellen, über den die darauffolgende Landsgemeinde – oder in diesem Fall die Bezirksgemeinde Uri – befinden musste.<sup>296</sup> Das Siebengeschlechtsbegehren, über welches die Urner Stimmbürger an der Urner Bezirksgemeinde vom 9. Mai 1872 in Altdorf zu befinden hatten, forderte nichts anderes, als das Winteraufenthaltsverbot auf dem Urnerboden abzuschaffen. In der Abstimmungsvorlage hiess es, dass es künftig möglich sein solle, dass sich die Urnerboden-Äpler das ganze Jahr über „ohne Unterbruch“ in ihrem Eigentum oder in ihren Mietwohnungen aufhalten dürfen – „unter der Bedingung, dass sie da selbst durch einen beeidigten Kläger beaufsichtigt werden mögen“. Weiter sollten die Hausväter den Weisungen der Regierung und der Geistlichkeit Folge leisten und die schulpflichtigen Kinder hätten sich zu „gehörigem Besuche von Schule und Christenlehre“ während des Winters zu unterziehen.<sup>297</sup> Es ist gut möglich, dass die Initianten des Siebengeschlechtsbegehrens im Initiativtext bewusst auf die Christenlehre respektive auf die Schulpflicht hinwiesen, um so die Argumente der Gegner zu entschärfen und das Siebengeschlechtsbegehren so mehrheitsfähig zu machen.

Das Urner Stimmvolk hiess das Siebengeschlechtsbegehren an der Bezirksgemeinde 1872 jedenfalls gut. Somit stand dem Winteraufenthalt auf der Alp Urnerboden nichts mehr im Weg.<sup>298</sup> Die Aufhebung des Verbots führte denn auch dazu, dass sich in den Folgejahren immer mehr Menschen ganzjährig auf dem Urnerboden niederliessen.<sup>299</sup> Leider ist aber nicht überliefert, wie umstritten dieses Siebengeschlechtsbegehren an der Bezirksgemeinde 1872 war. Auch wissen wir heute nicht, ob es an der Versammlung Diskussionen gab und wie klar der Mehrheitsentscheid schliesslich ausfiel.<sup>300</sup> Zudem existierte zu Beginn der 1870er-Jahre neben dem Amtsblatt im Kanton Uri auch keine Zeitung, die über diese Bezirksgemeinde hätte berichten können.<sup>301</sup>

## 4.2. Die Schulpflicht wird zum Problem

Der 1872 erlaubte Winteraufenthalt auf dem Urnerboden war an die Bedingung geknüpft, dass die auf der Alp wohnenden Kinder zur Schule gingen.<sup>302</sup> Doch dies war einfacher gesagt als getan, denn in den 1870er-Jahren gab es auf dem Urnerboden keine Schuleinrichtung und keinen Lehrer. Die Eltern hätten ihre Kinder eigentlich nach Spiringen in die Schule schicken müssen und sie wären somit gezwungen gewesen, die schulpflichtigen Kinder ausser Haus unterzubringen. So wären Eltern und Kinder während Monaten voneinander getrennt gewesen. Doch offenbar wollten die Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner des Urnerbodens diese Mühe und eventuellen Kosten nicht auf sich nehmen und schickten ihre Kinder überhaupt nicht in den Unterricht. Erwartungsgemäss führte die Nichtbefolgung der Auflagen zu Problemen mit den Behörden. Im Sommer 1875 ermahnte schliesslich der Urner Erziehungsrat, der damals im Bildungswesen dem Regierungsrat politisch gleichgestellt war, die Gemeinde Spiringen, weil die Urnerboden-Kinder der Schule meist fernblieben. Im September 1876 forderte er die Gemeinde erneut auf, dafür zu sorgen, dass die Kinder vom

<sup>295</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Cirkular Berathungsgegenstände der h. Bezirksgemeinde von Uri auf Donnerstag den 9. Mai 1872, Nr. 18, 02.05.1872: [o. S.].

<sup>296</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2014b (e-HLS).

<sup>297</sup> Amtsblatt des Kantons Uri: Cirkular Berathungsgegenstände der h. Bezirksgemeinde von Uri auf Donnerstag den 9. Mai 1872, Nr. 18, 02.05.1872: [o. S.].

<sup>298</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 9. Mai 1872, Nr. 20, 22.05.1872: 144.

<sup>299</sup> Vgl. Hirtler 2012: 13.

<sup>300</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 9. Mai 1872, Nr. 20, 22.05.1872: 144; Protokoll Bezirksgemeinde Uri vom 9. Mai 1872; StaUR R-391-12/1 (Teil 1).

<sup>301</sup> Vgl. Zurfluh 1993: 5.

<sup>302</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Cirkular Berathungsgegenstände der h. Bezirksgemeinde von Uri auf Donnerstag den 9. Mai 1872, Nr. 18, 02.05.1872: [o. S.].

Urnerboden den Schulunterricht besuchen würden, und drohte gar mit gesetzlichen Strafmitteln.<sup>303</sup> Im Februar 1877 machte der Erziehungsrat schliesslich Ernst: Mit einer schriftlichen Motion gelangte er an den Bezirksrat Uri und forderte, dass der Winteraufenthalt auf dem Urnerboden wieder verboten würde. Die Motion des Erziehungsrates wurde überdies auch von den Gemeinderäten von Spiringen und Unterschächen unterstützt. Wie aus dem Bericht des *Urner Wochenblatts* über die Bezirksratssitzung vom 21. und 22. Februar 1877 zu entnehmen ist, führten die missachtete Schulpflicht der Urnerboden-Bewohnerinnen und -Bewohner und die geforderte Wiedereinführung des Winteraufenthaltsverbot zu heftigen Diskussionen.<sup>304</sup> Während einige Bezirksräte klar für ein erneutes Winteraufenthaltsverbot votierten, nahmen andere Ratsmitglieder die gerügten Missstände nicht so tragisch und meinten, dass „eine strengere Beaufsichtigung der schulpflichtigen Jugend“ als Massnahme genügen dürfte.<sup>305</sup>

Dass Kinder nicht zur Schule gingen, war damals im Kanton Uri aber gar nicht so aussergewöhnlich, sondern fast alltäglich.<sup>306</sup> Dabei gab es bereits Ende des 17. Jahrhunderts in allen Urner Dörfern eine Schule.<sup>307</sup> Seit 1805 waren denn die Eltern auch aufgefordert, ihre Kinder für einige Jahre in die Schule zu schicken. Die Urner Obrigkeit drohte zudem, dass Kinder, welche nicht regelmässig den Unterricht besuchen würden, nicht zur Heiligen Kommunion gelassen würden.<sup>308</sup> Mit der Bundesverfassung von 1874 wurde die Schulpflicht sogar eidgenössisch verankert. Die Kantone wurden verpflichtet, kostenlose Schulen einzurichten.<sup>309</sup> Trotzdem blieben auch in den 1870er-Jahren viele Kinder der Schule noch immer fern oder besuchten sie nicht regelmässig. So schrieb denn der Urner Regierungsrat in seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1876 zuhanden des Landrats: „Die grosse Zahl Schulversäumnisse ist ein Haupthindernis des Gedeihens unserer Schulen.“ Gleichzeitig zählte der Regierungsrat in seinem Bericht Gründe auf, warum die Kinder oft nicht zur Schule gingen. Ein Grund war etwa, dass viele Kinder sehr weit entfernt von den Schulen wohnten. Ein „sehr bedeutender Teil“ der Kinder müsse „ein, zwei oder gar drei Stunden Weg auf sich nehmen“, um in die Schule zu kommen „und ebenso viel zurück“. Die Kinder müssten auf „oft lebensgefährlichen Pfaden, auf Schnee und Eis bis zu einer Höhe von 1000-1800 Metern“ zur Schule kommen. Ein weiterer Grund für die Schulversäumnisse sei die Armut etlicher Familien. Viele Eltern seien zuhause auf die Hilfe ihrer Kinder angewiesen. Und andere hätten sich kaum die „zum Schulbesuche erforderlichen Schuhe und Kleider“ leisten können. Doch den wichtigsten Grund ortete der Regierungsrat in der „Gleichgültigkeit mancher Eltern, welche die geistige Ausbildung ihrer Kinder entweder überhaupt, oder doch insofern sie durch die Schule vermittelt wird, geringschätzen“.<sup>310</sup>

Obwohl die Missachtung der Schulpflicht alltäglich war, sprach sich der Urner Bezirksrat schliesslich mit sechzehn zu neun Stimmen – und nach nur gerade einmal fünf Jahren – für die Wiedereinführung des Winteraufenthaltsverbots auf dem Urnerboden aus. Das letzte Wort dazu hatte aber die Urner Bezirksgemeinde.<sup>311</sup> Diese Versammlung fand am 10. Mai 1877 in Altdorf statt. Im offiziellen „Cirkular“ zur Bezirksgemeinde, einer Art Abstimmungsbüchlein mit den entsprechenden „Beratungsgegenständen“ erläuterte der Bezirksrat, warum er das Winteraufenthaltsverbot auf dem Ur-

---

<sup>303</sup> Vgl. Muheim 1986: 69-70.

<sup>304</sup> Das *Urner Wochenblatt* erschien seit dem 09.12.1876 wöchentlich. Es war damals die einzige Zeitung im Kanton Uri und war in erster Linie auch ein Kommunikationsorgan der konservativen Familie Muheim aus Altdorf, welche während Jahrzehnten das politische Geschehen im Kanton Uri prägte. Während Gustav Muheim, der ab 1877 gleichzeitig Landrat, Gemeinderat und Ständerat war, sich um die Redaktion kümmerte, sass sein Bruder Karl bis 1882 im Urner Regierungsrat. Vgl. Zurfluh 1993: 111-122.

<sup>305</sup> UW, 05.05.1877: 2.

<sup>306</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Rechenschaftsbericht des Regierungsrathes an den h. Landrath über das Verwaltungsjahr 1876. Allgemeiner Schulbesuch, Nr. 18, 03.05.1877: 68-69.

<sup>307</sup> Vgl. Fähr 2000: 8.

<sup>308</sup> Vgl. ebd.: 21-22.

<sup>309</sup> Vgl. Fähr 2000: 27-28.

<sup>310</sup> Amtsblatt des Kantons Uri: Rechenschaftsbericht des Regierungsrathes an den h. Landrath über das Verwaltungsjahr 1876. Allgemeiner Schulbesuch, Nr. 18, 03.05.1877: 68-69.

<sup>311</sup> Vgl. UW, 05.05.1877: 2.

nerboden wieder einführen wollte. Die Erfahrung habe gezeigt, schrieb der Bezirksrat, dass die Ganzjahresbewohner und -bewohnerinnen des Urnerbodens ihre Kinder nicht zur Schule geschickt hätten – trotz „abgegebenen Versprechungen und trotz wiederholter Mahnung seitens des Erziehungsrates sowohl als der Gemeindebehörde bisher nicht Folge geleistet wurde“. Deshalb solle auf Anregung des Erziehungsrates und in „Uebereinstimmung mit den Gemeinderäthen von Spiringen und Unterschächen“ das Verbot wieder eingeführt werden. Weiter zog der Bezirksrat in Erwägung, dass die Kantone gemäss Bundesverfassung dazu verpflichtet seien, „für genügenden Primarunterricht der Kinder zu sorgen“.<sup>312</sup>

Das Urner Stimmvolk folgte schliesslich der Empfehlung des Bezirksrates Uri. Nach gerade einmal fünf Jahren wurde so das Aufenthaltsverbot wieder eingeführt und der alte Landbuch-Artikel 391 trat wieder in Kraft.<sup>313</sup> Leider ist über die Mehrheitsverhältnisse an der Bezirksgemeinde von 1877 nichts bekannt. Auch schweigt das Protokoll über allfällige Diskussionen anlässlich dieser Versammlung.<sup>314</sup>

### 4.3. Der Bundesrat schützt den Winteraufenthalt

Doch so einfach liessen sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens, welche seit 1872 ganzjährig auf der Alp wohnen durften, nicht vertreiben. Karl Brücker<sup>315</sup> und 21<sup>316</sup> weitere Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens standen zusammen.<sup>317</sup> Gemeinsam nahmen sie sich einen Rechtsanwalt und legten beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement Rekurs gegen den Entscheid der Urner Bezirksgemeinde von 1877 ein. Fürsprech Heinrich Baumann aus Altdorf und seine Mandanten vom Urnerboden argumentierten dabei geschickt.<sup>318</sup> Sie machten in ihrem Rekurs geltend, dass der Urner Landbuchartikel 391, welcher den Aufenthalt auf dem Urnerboden während der Wintermonate verbietet, im Widerspruch zur Bundesverfassung stehe.<sup>319</sup> Denn im Mai 1874 war eine revidierte Bundesverfassung in Kraft getreten und damit war auch die Niederlassungsfreiheit in der Schweiz besiegelt worden. In der neuen Verfassung war festgeschrieben, dass sich jeder Schweizer Bürger innerhalb der Schweiz dort niederlassen durfte, wo er wollte, sofern er einen Heimatschein oder einen anderen gleichbedeutenden Ausweis besass. Von dieser Regelung ausgeschlossen waren lediglich Heimatlose oder in bestimmten Fällen Armengenössige sowie Kriminelle.<sup>320</sup> Die Bewohner des Urnerbodens argumentierten, dass sie angesichts dieses entsprechenden Bundesverfassungsartikels nicht einfach so vertrieben werden konnten. Der Boden, auf dem ihre Häuser stehen würden, sei ihnen respektive den Vorbesitzern von der Urner Bezirksgemeinde verschrieben worden, wenn auch zum Teil nur mietweise. Weiter führten die Urnerbödeler aus, dass es bei der Bezirksgemeinde 1877, bei der ihnen das ganzjährige Wohnrecht auf dem Urnerboden wieder entzogen wurde, nicht nur um den vernachlässigten Schulbesuch der Urnerboden-Kinder ging: „Dem neusten Beschluss der Bezirksgemeinde liege lediglich der Eigennutz der reicheren Genossen zu Grunde, die

---

<sup>312</sup> Amtsblatt des Kantons Uri: Cirkular Berathungsgegenstände der h. Bezirksgemeinde von Uri auf Donnerstag den 10. Mai 1877, Nr. 17, 26.04.1877: [o.S.].

<sup>313</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 10. Mai 1877, Nr. 20, 17.05.1877: 196.

<sup>314</sup> Vgl. Protokoll Bezirksgemeinde Uri vom 10. Mai 1877; StaUR R-391-12/1 (Teil 2).

<sup>315</sup> Karl Brücker wird gelegentlich auch als Karl Bricker bezeichnet oder gar als Karl Brüker. Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Mitteilung Bundesrat in Causa Karl Bricker, Nr. 46, 15.11.1877: 480; UW, 10.11.1877: 3.

<sup>316</sup> Vgl. Hirtler 2012: 13.

<sup>317</sup> Vgl. Muheim 1986: 44-45.

<sup>318</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Rekurs gegen den Beschluss letzter Landsgemeinde, Nr. 27, 05.07.1877: 265.

<sup>319</sup> Vgl. Schweizer Bundesblatt: Bericht des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahr 1877. Geschäftskreis des Justiz- und Polizeidepartements, Nr. 20, 01.05.1878: 486-487, <http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10009937>, 24.02.2021.

<sup>320</sup> Vgl. Muheim 1986: 44-45.

befürchten, dass die auf dem Urnerboden wohnenden Korporationsgenossen die Weide früher benutzen könnten als sie.“<sup>321</sup>

Der Urner Bezirksrat nahm ebenfalls Stellung zum Rekurs. Er konterte, dass die Gebäude auf dem Urnerboden lediglich im Baurecht erstellt worden seien und die entsprechenden Parzellen deshalb immer noch im Besitz des Bezirks Uri seien. Dieses Baurecht gebe aber noch lange kein Anrecht zur freien Niederlassung gemäss der revidierten Bundesverfassung von 1874. Die Gebäude seien lediglich für alpwirtschaftliche Nutzungen gebaut worden und würden somit in den Geltungsbereich der Urner Gesetzgebung fallen.<sup>322</sup>

Schliesslich musste sich im Oktober 1877 der Bundesrat mit dem Rekurs der Urnerboden-Bewohner auseinandersetzen. Doch er behandelte die Beschwerde nicht abschliessend. Es gehe ja im Grunde, führte der Bundesrat aus, um eine privatrechtliche Frage, bei der sich die Ganzjahresbewohner auf ihre Eigentumsrechte berufen und der Bezirksrat hingegen die Meinung vertrete, dass den Bewohnern nur beschränkt für alpwirtschaftliche Zwecke das Recht erteilt worden sei, auf der Alp Gebäude zu errichten. Deshalb gelangte der Bundesrat zum Entschluss: „Diese privatrechtliche Frage kann daher nur durch den zuständigen Zivilrichter entschieden werden.“ Doch der Bundesrat hielt überdies auch fest, dass die Wegweisung der Bewohner vom Urnerboden während der Winterzeit „nicht statthaft“ sei, solange keine zivilrichterliche Verfügung vorliegen würde. Der Beschluss der Bezirksgemeinde vom 10. Mai 1877, der damit begründet worden sei, dass die Kinder vom Urnerboden die Schule nicht besuchen würden, sei nicht stichhaltig genug. Die Schulpflicht könne nicht jene Tragweite haben, dass „spezielle Grundrechte der Schweizerbürger, wie dasjenige der freien Niederlassung an jedem Orte“, aufgehoben oder geschmälert werden, befand der Bundesrat. Zudem würden den „urnerischen Schulbehörden andere und ausreichende Zwangsmittel zu Gebote stehen, den regelmässigen Schulbesuch der schulpflichtigen Kinder auf dem Urnerboden zur Winterzeit zu sichern“<sup>323</sup>. Mit anderen Worten hiess dies, dass die Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner vorläufig auf dem Urnerboden bleiben durften – trotz des Entscheides der Bezirksgemeinde Uri im Frühling 1877 – und zwar so lange, bis nicht ein ordentliches Gericht etwas anderes entschied. Die Behörden wurden also vom Bundesrat angehalten, mit anderen Massnahmen dafür zu sorgen, dass die Kinder vom Urnerboden künftig die Schule besuchten. Ob der Bundesrat dabei nur an Strafmassnahmen oder gar an die Eröffnung einer Schule auf dem Urnerboden dachte, ist nicht überliefert.

Auch im Kanton Uri nahm man Kenntnis vom Entscheid des Bundesrates. So berichtete das *Urner Wochenblatt* Anfang November 1877, dass der Bundesrat nicht auf die Beschwerde der Urnerbödeler eingetreten sei.<sup>324</sup> Und fünf Tage später vermeldete auch das *Amtsblatt des Kantons Uri*, dass der Urner Regierungsrat anlässlich seiner Sitzung vom 9. November vom Entscheid des Bundesrates Kenntnis genommen habe. „Danach wurde [durch den Bundesrat, Anm. E. B.] in den Recurs nicht weiter eingetreten, und der materielle Rechtsstreit betr. Eigentumsrecht an den in Frage stehenden Wohngebäuden zur Entscheidung an den Civilrichter verwiesen“, schrieb das *Amtsblatt*.<sup>325</sup> Ob sich die Urner Behörden wirklich im Klaren darüber waren, was der Entschluss des Bundesrates für die Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens und den Bezirk Uri zu bedeuten hatte, ist angesichts der Berichterstattungen in den beiden Urner Presseerzeugnissen fraglich.

Nun wäre es gemäss des Bundesratsentscheides an den Urner Behörden gelegen, den Fall an die entsprechenden Gerichte weiterzuziehen, um die Eigentumsverhältnisse der Gebäude auf dem Urnerboden zu klären. Doch so weit kam es nicht. Der Fall wurde nicht mehr weitergezogen und somit wurde der Urnerboden endgültig zur ganzjährigen Siedlung.<sup>326</sup> Vielleicht hatten die Urner Behörden

---

<sup>321</sup> Schweizer Bundesblatt: Bericht des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahr 1877. Geschäftskreis des Justiz- und Polizeidepartements, Nr. 20, 01.05.1878: 487, <http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10009937>, 24.02.2021.

<sup>322</sup> Vgl. ebd.

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Vgl. UW, 10.11.1877: 2.

<sup>325</sup> Amtsblatt des Kantons Uri: Mitteilung Bundesrat in Causa Karl Bricker, Nr. 46, 15.11.1877: 480.

<sup>326</sup> Vgl. Muheim 1986: 46-47.

die Tragweite des Bundesratsbeschlusses wirklich nicht ganz erfasst oder sie rechneten sich wenig Chancen aus, um den Entscheid der Bezirksgemeinde – in Anbetracht des in der Bundesverfassung festgeschriebenen freien Niederlassungsrechts – juristisch durchzubringen.

Insgesamt dürften im Jahr 1877 auf dem Urnerboden 22 Personen verteilt auf sieben Haushaltungen<sup>327</sup> wohnhaft gewesen sein.<sup>328</sup> Bei einigen Bewohnerinnen und Bewohner handelte es sich um Personen, die bereits 1853 den Winter auf der Alp verbracht hatten.<sup>329</sup> Wie bereits damals verfügten die meisten Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner über keinen Landbesitz und bestritten mit Ziegen ihren Lebensunterhalt. Nach 1877 nahm die Anzahl der ganzjährigen Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens schlagartig zu. Nur wenige Jahre, nachdem der Bundesrat das freie Niederlassungsrecht über den alten Landbuchartikel gestellt hatte, wohnten bereits vierzig bis fünfzig Personen auch während der Wintermonate auf der Alp.<sup>330</sup> Im Jahr 1888 – also nach nur gerade elf Jahren – lebten schon 73 Personen, verteilt auf 24 Wohnhäuser, das ganze Jahr über auf dem Urnerboden.<sup>331</sup>



Abb. 9: Äplerleben auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden, um 1910; StaUR 119.03-BI-37902. Der Altdorfer Fotograf Michael Aschwanden inszenierte um 1910 auf dem Urnerboden eine Gruppe Männer, um das Äplerleben darzustellen.

<sup>327</sup> Karl Brücker (Mättenwang), Josef Gisler, Michael Gisler (Spittelrüti), [Vorname unbekannt] Mattli (Port bei der Kapelle), Johann Arnold (Kappeler), Peter Gisler und Karl Arnold (Oberster Wang). Vgl. Hirtler 2012: 13.

<sup>328</sup> Vgl. ebd.

<sup>329</sup> Vgl. ebd.; Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 1085.

<sup>330</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 149.

<sup>331</sup> Vgl. Muheim 1986: 111.

#### 4.4. Nutzungskonflikte auf der Allmend

Als die Urner Bezirksbürger und der Bezirksrat 1877 den Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens wieder verbieten wollten, sich das ganze Jahr über im Alpgebiet aufzuhalten, argumentierten sie damit, dass die Bewohnerinnen und Bewohner die Schulpflicht vernachlässigt und die Kinder den Unterricht nicht besucht hätten.<sup>332</sup> Doch es scheint, als ob die Gründe für die Wiedereinführung des Winteraufenthaltsverbots für viele Bürger doch vielschichtiger waren. Wie bereits oben beschrieben,<sup>333</sup> erwähnten die Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens in ihrem Rekurs gegen den Entscheid der Bezirksgemeinde von 1877 gegenüber dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement den Verdacht, dass es wohl nicht alleine um den vernachlässigten Schulbesuch der Urnerboden-Kinder ging, sondern um die Angst der anderen Äpler, die Tiere der Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner würden die Alpweiden im Frühjahr bereits vor der eigentlichen Alpzeit abgrasen.<sup>334</sup> Tatsächlich diskutierte der Bezirksrat Uri anlässlich seiner Verhandlungen im Februar 1877 nicht nur über das Schulproblem, sondern auch über Konflikte auf der Allmend. So wurde angesprochen, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens offenbar auch des „Waldfrevels“ schuldig gemacht hätten. Diesen „Waldfrevel“ könne man aber allein durch eine „strengere Beaufsichtigung“ nicht „steuern“, sprach sich Bezirksrat Kempf aus Unterschächen damals im Rat aus.<sup>335</sup>

Diese Diskussionspunkte aus dem Jahr 1877 zeigen auf, dass die ganzjährige Besiedlung des Urnerbodens auch ein Konflikt um die Nutzung der Allmendflächen darstellte. Um dies besser zu verstehen, muss man wissen, wie die ganzjährigen Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens die Gemeinmarch nutzten.

Es liegt auf der Hand und braucht wohl keine weiteren Ausführungen, dass mit der ganzjährigen Besiedlung des Urnerbodens automatisch auch mehr Brennholz auf der Alp benötigt wurde. Doch die Wälder wurden von den Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur als Holzreservoir gebraucht, sondern auch als Weidegebiete. Die Tierhalter trieben hauptsächlich Schmalvieh in die Wälder.<sup>336</sup> Dort fanden die Tiere nebst Stauden und Ästen auch Laub, Baumrinden und Tannreisig zum Fressen.<sup>337</sup> Wenn das Futter im Frühjahr knapp wurde, sägten die Bauern im Wald zudem den Nadelbäumen die Äste ab und verfütterten diese anstelle von Heu ihren Tieren.<sup>338</sup> Dies war zwar im Bezirk Uri eigentlich verboten, doch es wurde trotzdem praktiziert.<sup>339</sup> Teilweise war es im Schächental auch gebräuchlich, dass die Bauern bereits im Herbst, noch bevor das Laub gelb geworden war, Bäume entasteten, diese Äste zu Bündelchen banden und zum Trocknen aufhängten, um es später den Ziegen zu verfüttern.<sup>340</sup>

Die Waldweide dürfte gerade auf dem Urnerboden einen grossen Stellenwert gehabt haben, weil die Ganzjahresbewohner und -bewohnerinnen des Urnerbodens in der Regel keine eigenen Landparzellen besaßen und höchstens auf den Wildheulflächen oder auf den Rüttenen Heu sammeln konnten.<sup>341</sup> Die Nachfrage nach solchen Rüttenen, also den Allmendflächen, welche die Alpenossen kultivieren und für eine bestimmte Anzahl Jahre bewirtschaften konnten, war bei den Ganzjahresbe-

---

<sup>332</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Cirkular Berathungsgegenstände der h. Bezirksgemeinde von Uri auf Donnerstag den 10. Mai 1877, Nr. 17, 26.04.1877: [o.S.]; Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 10. Mai 1877, Nr. 20, 17.05.1877: 196.

<sup>333</sup> Siehe Seite 39.

<sup>334</sup> Vgl. Schweizer Bundesblatt: Bericht des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahr 1877. Geschäftskreis des Justiz- und Polizeidepartements, Nr. 20, 01.05.1878: 487, <http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10009937>, 24.02.2021.

<sup>335</sup> UW, 05.05.1877: 2.

<sup>336</sup> Vgl. Stadler 2013a: 69.

<sup>337</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011: 180.

<sup>338</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 112.

<sup>339</sup> Vgl. Landolt 1862: 116.

<sup>340</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011: 183-184.

<sup>341</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 49; Stadler-Planzer 2009: 127.

wohnerinnen und -bewohner besonders gross. Doch der Bezirk Uri wurde bei der Vergabe von solchen Rüttenen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer zurückhaltender. 1876 beschloss die Bezirksgemeinde sogar, dass künftig keine Rüttenen mehr vergeben werden sollten. In der Praxis wurde dieser Grundsatzentscheid vom Bezirk Uri aber nicht umgesetzt.<sup>342</sup>

In den Wäldern wurde aber auch Streue gesammelt. Weil nämlich im Kanton Uri praktisch kein Getreide angebaut wurde und die Landwirtschaft vor allem auf die Viehwirtschaft ausgerichtet war, konnten die Bauern auch kein Stroh als Einstreue in den Ställen verwenden. Das Stroh in anderen Kantonen einzukaufen war zudem bis Mitte des 20. Jahrhunderts im Schächental aus logistischen und finanziellen Gründen gar kein Thema.<sup>343</sup> Auf dem Urnerboden kam Stroh erst in den 1960er-Jahren zum Einsatz.<sup>344</sup> Laub war deshalb im Schächental eine beliebte Alternative.<sup>345</sup> Doch auf dem Urnerboden wuchsen fast ausschliesslich Fichten.<sup>346</sup> Deshalb wurden auf der Alp Nadeln als Einstreumaterial verwendet. Um an das Einstreumaterial zu kommen, kratzten die Äpller mit Schaufeln die Nadeln fast überall auf den Waldböden zusammen. Dabei verletzten sie mit ihren Werkzeugen aber gelegentlich auch die Wurzeln der Bäume oder Junggewächse.<sup>347</sup> Genau deshalb war das sogenannte Nadelschaben im Bezirk Uri verboten. Die Nadeln hätten theoretisch nur von Hand eingesammelt werden dürfen.<sup>348</sup> Viele Bauern sägten aber gleich ganze Äste ab, um die Nadeln zu gewinnen.<sup>349</sup> Eine weitere Alternative zum Stroh war die sogenannte Lische<sup>350</sup>. Die Tiere frassen dieses trockene Magerheu nämlich nicht. Die Bauern sammelten Lische auf dem Urnerboden auf den Riedflächen, den Parzellen entlang des Baches oder mähten es auf offeneren Waldflächen. Dabei wurden die jungen Bäumchen aber jeweils gleich mitgemäht.<sup>351</sup> Zudem wurden in den Wäldern aber auch Flechten, Moos oder Farne als Einstreumaterial gesammelt.<sup>352</sup>

Diese oben beschriebenen intensiven Nutzungsarten waren für die Waldbestände längerfristig schädlich. Die Urner Wälder, welche sich nahe an einer Siedlung oder bei einer Alpweide befanden, konnten sich nicht mehr verzüngen. Die Wälder lichteten sich zunehmend.<sup>353</sup> Um die Wälder des Urnerbodens stand es deshalb im 19. Jahrhundert tatsächlich nicht sonderlich gut. Die Übernutzung machte sich immer stärker bemerkbar.<sup>354</sup> Der schlechte Zustand der Wälder auf dem Urnerboden war aber nicht etwas Neues und hatte die Gemeinden Spiringen und Unterschächen schon Ende des 18. Jahrhunderts beschäftigt. Deshalb hatten die beiden Gemeinden einige Wälder bereits 1796 für zwanzig Jahre gebannt. Nur offenbar hielten sich die Leute damals nicht an die ausgearbeitete Bannverordnung.<sup>355</sup> Auch verschiedene kommunale oder kantonale Vorschriften verfehlten ihre Wirkung, denn es fehlte im Kanton Uri an einer Behörde, welche die Vorgaben durchsetzen konnte.<sup>356</sup> Deshalb blieb das Problem der übernutzten Wälder auf dem Urnerboden bestehen. Ein Korrespondent des *Urner Wochenblatts* äusserte sich denn im Jahr 1880 auch folgendermassen über die Alp:

---

<sup>342</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2013b: 133-134.

<sup>343</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011: 184.

<sup>344</sup> Vgl. ebd.: 188.

<sup>345</sup> Vgl. ebd.: 184.

<sup>346</sup> Vgl. ebd.: 189.

<sup>347</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011: 187.

<sup>348</sup> Vgl. Landolt 1862: 116.

<sup>349</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011: 187.

<sup>350</sup> Lische wird im Kanton Uri auch als Nätsch bezeichnet.

<sup>351</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011: 185-186.

<sup>352</sup> Vgl. ebd.: 187.

<sup>353</sup> Vgl. Stadler 2013a: 69-70.

<sup>354</sup> Vgl. Hauser 2012: 344.

<sup>355</sup> Vgl. Notiz über Wälder und deren Bannung auf Ennetmärcht 1796; StaUR P-1: Privatarhiv Friedrich Gisler.

<sup>356</sup> Vgl. Stadler 2013a: 69.



*Eine der grössten Schattenseiten der Alp ist jedenfalls der Mangel an jungem Holznachwuchs. Es wird eine Zeit kommen, wo man in grosse Noth gerathen muss, wenn nicht mit aller Macht diesem Uebelstand abgeholfen wird. Es gibt leider viele Alpen, die früher Wald zur Genüge hatten, während man heute das nöthige Holz Stunden weit auf dem Rücken hinauftragen muss, weil das angelegte Kapital der Vorfahren leichtsinnig verschleudert worden ist.*<sup>357</sup>

Als 1878 schliesslich die Gemeinde Spiringen auf dem Urnerboden einen Holzschlag plante, um mit Holzverkäufen nachträglich die Sanierungen der Kirche, des Kirchenhofes, des Schulhauses sowie jene der Kirchenorgel zu finanzieren, legte ein Bezirksrat aus Unterschächen gar sein Veto ein. Der Bezirksrat Uri hätte den Holzschlag bis zu einem Betrag von 3'500 CHF zwar bewilligt, doch der Unterschächner Ratsherr opponierte, dass man nicht mehr Holz schlagen könne, als wieder nachwächst. Man müsse den entsprechenden Wald möglichst schonen, führte er im Rat aus, „sonst könnte man später in Verlegenheit kommen“.<sup>358</sup>

Der schlechte Zustand des Waldes war aber nicht nur auf dem Urnerboden ein Thema. Der Bundesrat beauftragte 1858 den Zürcher Forstwissenschaftler Elias Landolt, die Gebirgswälder der Schweiz zu untersuchen und über die angetroffenen Zustände einen Bericht zu verfassen.<sup>359</sup> In seinem Schlussbericht hielt Landolt zu den Waldungen auf dem Gebiet des Bezirks Uri zusammenfassend fest: „[...] überall herrscht ein Mangel an jungem Holz. Durch die Weide und das Streuemähen werden die jungen Pflanzen immer wieder vernichtet.“<sup>360</sup> Insbesondere die Streuegewinnung werde im Kanton Uri in grossem Ausmass ausgeübt, ohne Rücksicht auf die Erhaltung der Wälder zu nehmen, bilanzierte Landolt. Dadurch seien die Wälder, welche sich in der Nähe der Dörfer befänden, bereits stark beschädigt.<sup>361</sup> Überdies würden die Urner Strafgesetze nicht ausreichen, um den Waldfrevel zu verhindern. Und weiter würde dem Bezirk Uri ein Gesetz fehlen, welches den Weidgang in den Wäldern soweit untersagen würde, dass wenigstens die jungen Bäume von den Nutztieren geschützt würden.<sup>362</sup>

Als sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Wildbachüberschwemmungen und Erdbeben in den Schweizer Alpen häuften, sah man allgemein die Hauptursache für diese Naturkatastrophen im schlechten Zustand der Gebirgswaldungen. Auf Druck des Schweizerischen Forstvereins verabschiedeten die eidgenössischen Räte deshalb 1876 das Gesetz betreffend die Oberaufsicht des Bundes über die Gebirgswaldungen. Dieses Gesetz sah unter anderem vor, dass die Wälder nicht mehr als Weiden benutzt werden durften. Zudem wurde damit auch das Streueschaben, das Sicheln und das Heusammeln in sämtlichen Waldgebieten verboten. Mit dem neuen Bundesgesetz wurden weiter Rodungen untersagt und Wiederaufforstungen nach Holzschlägen Vorschrift. Gleichzeitig erhielt der Kanton Uri eine Forstbehörde.<sup>363</sup> Dieses Gesetz hatte zur Folge, dass auch der Bezirk Uri zwei Jahre später sämtliche Nebennutzungen in insgesamt 26 obrigkeitlichen Bezirkswäldern untersagte. In den genannten Wäldern war es also ab Sommer 1878 nicht mehr gestattet, Streue, Heu oder Gras zu sammeln. Zudem durften jene Wälder von den Tierhaltern auch nicht mehr als Weidegebiete genutzt werden. Wer sich nicht daran hielt, musste mit Bussen von bis zu 500 CHF rechnen. Unter den 26 obrigkeitlichen Bezirkswäldern war jedoch kein Wald des Urnerbodens aufgelistet.<sup>364</sup> Doch der Bundesrat verlangte 1885 schliesslich vom Bezirk Uri, dass auch der Wängiswald auf dem Urnerboden besser geschützt wurde. Unter anderem forderte er, dass die dortigen Weidegebiete klar ausgeschieden und ein Pflanzgarten für Forstzwecke angelegt wurden. Diese Order führte im Bezirksrat aber zu heftigen Diskussionen.<sup>365</sup> Trotz der strengeren Gesetzgebung und der einschneidenden Be-

---

<sup>357</sup> UW, 13.11.1880: 1.

<sup>358</sup> UW, 05.05.1877.

<sup>359</sup> Vgl. Landolt 1862: 3.

<sup>360</sup> Ebd.: 274.

<sup>361</sup> Vgl. ebd.: 195.

<sup>362</sup> Vgl. ebd.: 179.

<sup>363</sup> Vgl. Stadler 2013a: 71.

<sup>364</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Verbot betreffend die Bezirkswälder, Nr. 31, 01.08.1878: 287-289.

<sup>365</sup> Auf den Inhalt der Diskussionen wird im Wochenblatt leider nicht näher eingegangen. Vgl. Urner Wochenblatt: Referat über die Bezirksraths-Verhandlungen vom 26. Mai 1885, Nr. 22, 30.05.1885: 1.

schränkungen befolgten viele Schächentaler die Vorschriften nicht und hielten an den traditionellen Nutzungsformen fest.<sup>366</sup>

Doch nicht nur die Nutzung des Waldes führte auf dem Urnerboden zu Konflikten, sondern auch die gemeinschaftliche Weidenutzung.<sup>367</sup> Die Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens hielten fast ausschliesslich Ziegen.<sup>368</sup> Deshalb gerieten die Ziegenbauern und die Äpler der Kuhalp immer wieder aneinander. Im Jahr 1885 eskalierte der Konflikt in einem heftigen Streit.<sup>369</sup> Was war passiert? Ende Mai 1885 vermeldete das *Urner Wochenblatt*, dass gemäss „zuverlässigen Berichten“ auf dem Urnerboden „Alpfrevel im grössten Stil“ betrieben werde. Konkret würden auf der anderen Seite des Klausenpasses grosse Herden Schmalvieh auf den besten Alpweiden grasen – und zwar überall dort, wo das Schmalvieh eigentlich nicht hingehen dürfte. Dieses Vieh würde aber nicht nur Schächentalern gehören, sondern auch Leuten aus Altdorf, Schattdorf und gar aus dem Kanton Glarus.<sup>370</sup> Dazu kam, dass die Tiere bereits vor der eigentlichen Alpzeit, d. h. einige Wochen, bevor die Bauern aus dem Tal ihre Kühe auftrieben, auf den besten Weiden standen.<sup>371</sup> Der Bezirk Uri nahm sich der Sache an. Der Rat schickte schliesslich den Bezirkssäckelmeister, den zuständigen Allmendaufseher sowie zwei Landjäger auf den Urnerboden. Die Delegation hatte den Auftrag, die Tierhalter auf dem Urnerboden ausfindig zu machen und die Tiere von unbekannten Eigentümern zu konfiszieren.<sup>372</sup> Und tatsächlich: Die vier Behördenvertreter trafen auf dem Urnerboden „mehr als 500 Stück meistens Ziegen auf der besten Kuhweide an“. Es gelang ihnen auch, einige Ziegenhalter ausfindig zu machen, damit diese später juristisch für den Frevel belangt werden konnten. Die ausfindig gemachten Tierbesitzer hätten sich zwar reumütig gezeigt, schrieb das *Urner Wochenblatt*. „Ein [...] lauschender Geist will aber [...] ganz andere Worte gehört haben, die mit dem Alpsegen [...] nichts gemein haben.“ Wieder andere Ziegenbauern „merkten den Pfeffer“ und trieben ihre Tiere in die Höhe, damit sie nicht von den Landjägern konfisziert werden konnten.<sup>373</sup> Zum Teil hätten die Bauern ihre Ziegen gar in den Wohnhäusern versteckt.<sup>374</sup> Die Stimmung zwischen den Kuhälplern und den Ziegenbauern war angeheizt. „Hinaus mit den Ziegen und Schafen“, schrieb denn auch zwei Wochen später ein verärrterter Bürger in einer Einsendung an das *Urner Wochenblatt*. Ein anderer Leser hingegen schrieb, dass die Schafe, Ziegen und Schweine auf dem Urnerboden „den letzten Grashalm zum Boden“ herausreissen würden. Deshalb vertrat er die Meinung: „Ich glaube, es wäre am Besten, sobald der Schnee vergeht, gehörige Polizisten auf dem Urnerboden zu platzieren.“ Weiter schoss er scharf gegen die Bewohner des Urnerbodens. Es sei nicht gerecht, meinte er, dass sich diese Ziegenbauern auf Kosten der Allmend bereichern würden. „Die andern Bauern müssen daheim, oder anderswo auf ihre Kosten sein und diese Leute hausen so ungesetzlich.“<sup>375</sup> Die Reaktion blieb nicht aus. So ergriff ein Leser in der folgenden Ausgabe des *Urner Wochenblatts* wiederum Gegenpartei und verteidigte die Ziegenhalter. Mit seiner Einsendung brachte er zudem das ganze Dilemma der ganzjährigen Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens auf den Punkt:

---

<sup>366</sup> Vgl. Stuber, Bürgi 2011: 180.

<sup>367</sup> Vgl. UW, 27.06.1885: 2-3.

<sup>368</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 148.

<sup>369</sup> Vgl. UW, 27.06.1885: 2-3.

<sup>370</sup> UW, 30.05.1885: 2.

<sup>371</sup> Vgl. UW, 13.06.1885: 4.

<sup>372</sup> Vgl. UW, 30.05.1885: 2.

<sup>373</sup> UW, 06.06.1885: 3.

<sup>374</sup> Vgl. UW, 27.06.1885: 2-3.

<sup>375</sup> UW, 13.06.1885: 2.

*Will man die armen Geissbauern nun einfach henken? Jedermann weiss, dass viele arme Familien beinahe das ganze Jahr hindurch hauptsächlich vom Nutzen einiger Geissen sich ernähren. [...] Und doch will man die Geissen der Armen nirgends mehr dulden. Im Wald dürfen sie nicht sein – da fressen sie die ‚Grotzen‘ [kleinen Tännchen, Anm. E. B.], auch in der Thalebene dürfen sie nicht sein – da weiden die Kühe das beste Gras vorweg; an den Halden dürfen sie auch nicht sein – dort lassen sie Steine an und gefährden das Rindvieh. Kurz, die Geissen sollten an einer Felswand angenagelt oder 5 Fuss unter der Erde begraben sein.*<sup>376</sup>



Abb. 10: Schweine auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden Alphütten, um 1910; StaUR 119.03-BI-37906. Neben Kühen wurden auch Alpschweine auf dem Urnerboden gehalten, welche die beim Käsen entstandene Molke verwerteten.

#### **4.5. Weitere problematische Aspekte des Winteraufenthalts und der Ausbau der dörflichen Infrastruktur**

Die Konflikte um die Allmend waren aber nicht die einzigen Probleme, welche die Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens in den ersten Jahren der Ganzjahressiedlung beschäftigten. Auch die Probleme rund um die Schule blieben nach 1877 ein Thema. Die Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner waren nämlich weiterhin gezwungen, ihre Kinder während der Wintermonate in Spiringen in fremde Obhut zu geben – etwa bei Verwandten –, damit diese dort die Schule besuchen konnten.<sup>377</sup> Einige Kinder vom Urnerboden verbrachten so ihre Schulzeit in Spiringen, auf der anderen Seite des Klausenpasses.<sup>378</sup> Andere Kinder dürften aber auch weiterhin den Unterricht versäumt ha-

<sup>376</sup> UW, 20.06.1885: 2.

<sup>377</sup> Vgl. Muheim 1986: 70.

<sup>378</sup> Vgl. ebd.: 135.

ben.<sup>379</sup> Die rasche Bevölkerungszunahme auf dem Urnerboden führte dazu, dass sich der Urner Erziehungsrat bereits 1883 zum ersten Mal mit der Eröffnung einer Schule in der neuen Ganzjahressiedlung auseinandersetzte. Die zuständige Gemeinde Spiringen hatte aber wenig Interesse, auf dem Urnerboden eine Schule einzurichten. Sie sah sich aus Kostengründen auch gar nicht dazu in der Lage. Die Eröffnung einer eigenen Schule wurde erst wieder ein Thema, als einige Bewohner des Urnerbodens 1894 selbst die Initiative ergriffen und ein entsprechendes Gesuch an den Urner Regierungsrat stellten. Sie begründeten ihre Absicht damit, dass es nicht einfach sei, wenn Eltern und Kinder während Monaten getrennt seien, und dass die auswärtige Unterbringung der Kinder auch mit Kosten verbunden sei. Diese Argumentation konnte jedenfalls den Diözesanrat Uri und den Erziehungsrat überzeugen. Die beiden Räte unterstützten schliesslich das Vorhaben dahingehend, dass die Errichtung einer Schule gleich mit der Errichtung einer ständigen Kaplanei verbunden werden könnte.<sup>380</sup> Nach längerem Hin und Her zwang der Erziehungsrat die Gemeinde Spiringen schliesslich, auf dem Urnerboden eine Schule einzurichten. Diese wurde im Herbst 1899 eröffnet. Für das erste Jahr wurde ein patentierter Lehrer eingestellt. Danach übernahm vorübergehend der Wirt des Gasthauses Urnerboden die Leitung der Schule.<sup>381</sup> Obwohl er eigentlich gar keine Ausbildung dazu hatte, wurde ihm von der Schulinspektion ein gutes Zeugnis ausgestellt.<sup>382</sup> Er war während zwei Wintern als Lehrer tätig.<sup>383</sup> Danach erhielt der Urnerboden einen eigenen Kaplan, der gleichzeitig auch als Lehrer eingesetzt wurde.<sup>384</sup>



Abb. 11: Pfarrkirche und Kapelle auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Pfarrkirche und Kapelle St. Erhard mit Blick auf die Jägerstöcke, um 1915; StaUR 119.03-BI-37886. Im Jahr 1915 wurde das neue Gotteshaus fertiggestellt, die alte Kapelle später abgerissen.

<sup>379</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 150.

<sup>380</sup> Vgl. Muheim 1986: 72.

<sup>381</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 150.

<sup>382</sup> Vgl. Muheim 1986: 72.

<sup>383</sup> Vgl. UW, 29.04.1905: 3.

<sup>384</sup> Vgl. Muheim 1986: 72.

Bis der Urnerboden 1902 zur Kaplanei erhoben wurde, stand es aber nicht so gut um die Seelsorge der Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner, denn der Pfarrhelfer von Spiringen weilte jeweils nur während der Alpzeit auf dem Urnerboden. Wenn die Älpler im Herbst noch einmal auf die Alp zurückkamen, um Streue zu sammeln und das Heu aufzubrauchen, engagierten sie jeweils auf eigene Kosten einen Kapuziner.<sup>385</sup> Sechs Monate im Jahr weilte aber kein Priester auf dem Urnerboden und es wurden auch keine Gottesdienste gehalten.<sup>386</sup> Doch je mehr Leute ganzjährig auf der Alp lebten, umso mehr wurde die fehlende Seelsorge ein Problem für die gläubige Bevölkerung. Der Pfarrhelfer von Spiringen wurde immer öfters auch während der Wintermonate auf den Urnerboden gerufen, beispielsweise wenn dort jemand erkrankte. Der Priester musste dabei im Winter jeweils grösste Strapazen auf sich nehmen, wenn er den Klausenpass im Schneegestöber überhaupt überwinden konnte.<sup>387</sup> Zudem mussten Neugeborene innert drei Tagen über den Pass zur Taufe getragen werden, was gerade im Winter nicht immer einfach war.<sup>388</sup> Die Gemeinde Spiringen versuchte das Seelsorge-Problem zu lösen, indem sie die Schweizer Kapuzinerprovinz ersuchte, auf dem Urnerboden ein ständiges Hospiz wie etwa in Realp zu errichten. Doch die Kapuziner lehnten 1899 ab. So sah sich die Gemeinde gezwungen, auf dem Urnerboden eine Kaplanei zu gründen. Am 6. Januar 1901 bewilligte die Dorfgemeinde von Spiringen einen Kredit von 10'000 CHF, um auf dem Urnerboden eine Kaplanei mit einer dazugehörigen Schule einzurichten. Auch der Kanton und die Korporation Uri sprachen den gleichen Betrag. Im September 1902 gab dann auch der Bischof von Chur grünes Licht und erhob den Urnerboden zur ständigen Kaplanei. Seit 1902 hatte die Alp also das ganze Jahr über einen eigenen Priester, der gleichzeitig auch als Lehrer wirkte. Aufgrund des stetigen Anwachsens der Bevölkerung wurde die Kapelle aus dem Jahr 1756 aber schon bald zu klein für die Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner.<sup>389</sup> Deshalb wurde schliesslich zwischen 1912 und 1915 ein neues Gotteshaus gebaut (siehe Abb. 11).<sup>390</sup>

Ein weiteres Problem für die neue Ganzjahressiedlung war, dass die Verstorbenen nicht auf dem Urnerboden beerdigt werden konnten. Es fehlte ein Friedhof. Die Toten mussten also notgedrungen über den Klausenpass ins Schächental überführt werden.<sup>391</sup> Diese Überführungen dürften oftmals sehr umständlich gewesen sein, besonders während der schneereichen Wintermonate. So berichtete das *Urner Wochenblatt* im April 1905 von einem solchen winterlichen Leichentransport über den Alpenpass, nachdem Otto Walker, der Wirt des Gasthauses Urnerboden und zeitweilige Lehrer, gestorben war: „Der Transport der Leiche über den Klausenpass bedurfte bei den jetzigen schwierigen Schneeverhältnissen der grössten Kraftanstrengung von sechzehn Mann.“ Welchen Gefahren sich die Männer dabei ausgesetzt hatten, darüber schrieb das *Urner Wochenblatt* aber nicht.<sup>392</sup> Mündlichen Überlieferungen zufolge soll die Leiche auf dem Pass sogar mehrere Tage zwischengelagert worden sein.<sup>393</sup> In einem anderen Fall im Jahr 1905 beteiligten sich gar achtzehn Männer an einem winterlichen Leichentransport, denn auf der Passhöhe seien 1,80 Meter Schnee gelegen. Zwölf Männer hätten den Schlitten mit dem Sarg gezogen, die sechs anderen seien vorausgegangen und hätten so den Weg gebahnt.<sup>394</sup> Die Verstorbenen wurden noch bis 1913 über den Pass ins Schächental gebracht. Erst dann erhielt der Urnerboden einen eigenen Friedhof.<sup>395</sup>

Die ganzjährigen Bewohner und Bewohnerinnen des Urnerbodens dürften Ende des 19. Jahrhunderts hauptsächlich Selbstversorger gewesen sein, die sich davon ernährten, was die Allmend und

---

<sup>385</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 149.

<sup>386</sup> Vgl. Muheim 1986: 51-52.

<sup>387</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 149.

<sup>388</sup> Vgl. Muheim 1986: 50.

<sup>389</sup> Vgl. Herger, Stadler-Planzer 1991: 150.

<sup>390</sup> Vgl. ebd.: 152-153.

<sup>391</sup> Vgl. Hirtler 2012: 14.

<sup>392</sup> UW, 29.04.1905: 3.

<sup>393</sup> Vgl. Böhni 2011 (NZZ online).

<sup>394</sup> Vgl. Muheim 1986: 50.

<sup>395</sup> Vgl. Hirtler 2012: 15.

ihre Ziegen an Fleisch und Milch hergaben.<sup>396</sup> Ohnehin war im ganzen Kanton Uri ein grosser Teil der Bevölkerung auf Selbstversorgung ausgerichtet. Gerade kleinere Landwirtschaftsbetriebe konnten selten mehr produzieren, als die Bauern selbst zum Leben brauchten, und deshalb konnten sie auch kaum etwas von ihren Produkten verkaufen. So kamen bei den meisten ärmeren Urner und Urnerinnen in erster Linie die eigenen Milchprodukte wie Frischmilch, Magerkäse, Ziegenkäse, Ziger oder Butter auf den Tisch. Brot war in den Haushaltungen des Kantons Uri eher selten anzutreffen, weil die Urner selbst kaum Getreide anbauten und das benötigte Mehl hätte gekauft werden müssen. Dafür hatten die Kartoffeln einen umso grösseren Stellenwert. Zudem dürfte auch getrocknetes Fleisch bei den meisten Haushaltungen zur Grundnahrung gehört haben. Ein bisschen Gemüse, Obst, Beeren und Nüsse rundeten den Speiseplan ab.<sup>397</sup>

Nicht alle Lebensmittel und Alltagsgegenstände konnten die Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens selber herstellen. Einige Sachen mussten auch sie einkaufen – so etwa das Salz. Dieses benötigten die Bauern nicht nur zum Würzen ihrer Speisen, sondern in erster Linie auch für das Vieh. Doch die Urnerbödeler Bevölkerung konnten nicht an einem beliebigen Ort Salz kaufen, da der Kanton Uri das Salzregal besass. Das heisst: Er hatte das Monopol im Salzhandel. Der Kanton organisierte also den ganzen Salzhandel und die Einwohnerinnen und Einwohner von Uri waren verpflichtet, nur bei den offiziellen Verkaufsstellen Salz zu beziehen. Dazu gab es praktisch in jeder Ortschaft eine anerkannte Salzstätte des Kantons. Der Salzhandel war denn auch eine wichtige Einnahmequelle des Kantons. Ende der 1870er-Jahre beliefen sich seine jährlichen Einnahmen aus dem Salzhandel auf rund 30'000 bis 40'000 CHF. Dieser Betrag machte fast zehn Prozent der gesamten Kantonseinnahmen aus. Deshalb wachten die behördlichen Einrichtungen umso mehr darüber, dass niemand ausserhalb des Kantons Salz kaufte.<sup>398</sup> Salzschnuggler wurden mit saftigen Geldbussen bestraft.<sup>399</sup> Doch auf dem Urnerboden, der jüngsten ganzjährig bewohnten Siedlung des Kantons Uri, gab es Ende der 1870-Jahre keine offizielle Salzstätte. Die Urnerbodner Bevölkerung mussten das Salz in Unterschächen beziehen.<sup>400</sup> Die dortige Salzstätte befand sich seit 1869 im Gasthaus Klausen, dem heutigen Hotel Alpina, und der Regierungsrat hatte den Wirt höchstpersönlich zum Salzwäger gewählt.<sup>401</sup> Doch dies stellte die Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner des Urnerbodens vor eine grosse Herausforderung – gerade im Winter, denn der Klausenpass war im Winterhalbjahr nicht immer begehbar. Wer also im Kanton Uri Salz kaufen wollte, hätte oftmals einen langen Umweg über Glarus, Lachen am Zürichsee und Schwyz machen müssen. Doch dies schien den Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens dann doch zu umständlich gewesen zu sein und so bezogen sie ihr Salz verbotenerweise direkt in der nahe gelegenen Glarner Ortschaft Linthal. Deshalb musste der Salzbezug in Linthal heimlich erfolgen. Die illegalen Einkäufe wurden jedoch von den Glarner Salzeinkäufern unterstützt.<sup>402</sup> Es ist anzunehmen, dass nicht nur die Ganzjahresbewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens nach Linthal gingen, um Salz zu kaufen, sondern im Sommer auch die Älpler. Doch es dauerte nicht lange, bis die Salzbezüge im Kanton Glarus aufflogen, da die Einnahmen der Salzstätte in Unterschächen plötzlich rückläufig waren. 1878 musste sich schliesslich der Urner Landrat mit den schwindenden Einnahmen der offiziellen Salzstätte in Unterschächen und dem vermeintlichen, überhandnehmenden Schmuggel auf dem Urnerboden befassen. Er wies die Gemeinderäte und die Polizeibeamten im ganzen Kanton an, strengere Aufsicht über den Salzhandel zu üben und Gesetzübertretungen sofort zu melden. Auch die Alpvögte wurden bei ihrer Vereidigung verpflichtet, ein Auge auf die Salzbezüge zu haben. Zudem wurde auf die Salzschnuggler eine Art Kopfgeld ausgesetzt. Jede Person, welche einen Salzschnuggler anzeigte, erhielt danach zwei Drittel der Strafsumme.<sup>403</sup> Trotzdem: Die Massnahmen des Landrats zeigten nur bedingt Wirkung. Die Bewohner und Bewohnerin-

---

<sup>396</sup> Vgl. ebd.: 13.

<sup>397</sup> Vgl. Stadler-Planzer 2015d: 105.

<sup>398</sup> Vgl. Gisler 1979: 14.

<sup>399</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 3, 948.

<sup>400</sup> Vgl. Muheim 1986: 121-122.

<sup>401</sup> Vgl. Muheim-Büeler 2015b: Bd. 1, 392-393.

<sup>402</sup> Vgl. Muheim 1986: 121-122.

<sup>403</sup> Vgl. Gisler 1979: 14.



nen des Urnerbodens bezogen auch weiterhin verbotenerweise Salz in Linthal, und zwar bis der Kanton im Jahr 1880 auch auf der Alp Ennetmärcht eine offizielle Salzstätte einrichtete und der Regierungsrat vor Ort einen Salzwäger einsetzte. Die Rheinsalinen lieferten fortan das Salz direkt nach Linthal und der Urner Salzwäger musste die Lieferung dort abholen. Für den Transport erhielt er eine Entschädigung von zwei Rappen und war mit sechs Prozent am Umsatz beteiligt. Überdies durfte er die leeren Salzsäcke behalten.<sup>404</sup> Einige Jahre vor der Gründung der Schule und dem Bau der Kirche markierte die Eröffnung der Salzstätte den Anfang zur Errichtung der dörflichen Infrastruktur.

Auch die Post auf dem Urnerboden war eine organisatorische Herausforderung: Seit den 1850er-Jahren wurde das Schächental regelmässig von der Post beliefert. 1865 wurde auch ein Wirt auf dem Urnerboden damit betraut, zwei Mal pro Woche die Post von Unterschächen auf den Urnerboden zu tragen. Somit erhielt der Urnerboden eine Poststelle. Diese hatte aber jeweils nur vom 15. Juni bis am 30. September, also während der Alpzeit, geöffnet. Ab 1871 blieb die Poststelle dann das ganze Jahr offen, aber nur bis 1876.<sup>405</sup> Im Frühjahr 1877 beschloss die Bezirksgemeinde Uri, den Winteraufenthalt wieder zu verbieten.<sup>406</sup> Somit wurde die Poststelle, wie zuvor auch, wieder nur noch während der Alpzeit betrieben.<sup>407</sup> Dies ist umso erstaunlicher, da der Bundesrat im Herbst 1877 den Ganzjahresaufenthalt auf dem Urnerboden erlaubte.<sup>408</sup> Im Jahr 1894 wurde die Öffnungszeit schliesslich auf den 1. Juni vorverlegt. Doch der Urnerboden erhielt erst im Februar 1900 eine Poststelle, die das ganze Jahr in Betrieb war.<sup>409</sup> Im Jahr zuvor war die Klausenpassestrasse eröffnet worden, welche auch den Urnerboden verkehrstechnisch erschlossen hatte (siehe Abb. 12 sowie zum heutigen Zustand oben Abb. 3).<sup>410</sup>



Abb. 12: Klausenpassestrasse. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden, um 1910; StaUR 119.03-BI-37939. Die Klausenpassestrasse erschloss den Urnerboden verkehrstechnisch, auch wenn sich die Strasse anfänglich noch sehr einfach präsentierte.

<sup>404</sup> Vgl. Muheim 1986: 122-123.

<sup>405</sup> Vgl. ebd.: 95.

<sup>406</sup> Vgl. Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 10. Mai 1877, Nr. 20, 17.05.1877: 196.

<sup>407</sup> Vgl. Muheim 1986: 95.

<sup>408</sup> Vgl. ebd.: 45-46.

<sup>409</sup> Vgl. ebd.: 95.

<sup>410</sup> Vgl. ebd.: 40.

## 4.6. Das Dorf Urnerboden bis heute

Für viele Leute war der Urnerboden in den folgenden Jahrzehnten oft nur eine Art Durchgangsstation; sie lebten einige Jahre oder vielleicht eine Generation auf der Alp. Dann zogen viele Familien wieder weiter – oftmals Richtung Glarus, wo sie Arbeit fanden.<sup>411</sup> Am meisten Bewohnerinnen und Bewohner zählte der Urnerboden in den 1930er-Jahren. 1935 wohnten 250 Personen das ganze Jahr über auf der Alp, denn während der wirtschaftlichen Rezession verloren viele Leute ihre Arbeitsstellen.<sup>412</sup> Auf dem Urnerboden versuchten noch vermehrt Leute mit einigen Ziegen, die sie auf die Allmend trieben, über die Runden zu kommen.<sup>413</sup>

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Anzahl Bewohner und Bewohnerinnen aber stetig rückläufig. Dank des wirtschaftlichen Aufschwungs fanden viele Urnerbödeler und Urnerbödelerinnen wieder Arbeit im Tal. Pendeln war ohne wintersichere Verbindung für die meisten keine Option, denn die Siedlung war in den schneereichen Wintermonaten oft wochenlang von der Aussenwelt abgeschnitten. Zudem gab es auf dem Urnerboden selbst kaum Arbeitsplätze, was die Abwanderung noch beschleunigte. Bei den Kantons- und Gemeindebehörden fand im 20. Jahrhundert eine Kehrtwende statt. Wollten sie im 19. Jahrhunderts den Winteraufenthalt auf dem Urnerboden noch unterbinden, versuchten sie im 20. Jahrhundert zunehmend, die dörfliche Infrastruktur zu erhalten und die Abwanderung zu stoppen. So versuchte der Kanton Uri beispielsweise ab 1971 mit einer Heimarbeitsstätte Stellen auf dem Urnerboden zu schaffen, doch diesem Projekt war kein Erfolg beschieden. Oftmals warteten die Arbeiterinnen und Arbeiter wochenlang auf Aufträge.<sup>414</sup> In den 1990er-Jahren erhielt der Urnerboden endlich eine wintersichere Strassenverbindung nach Linthal, die das Pendeln ermöglichen sollte. Mehr als 18 Millionen CHF investierte die öffentliche Hand in Lawinenbauten und Schutzgalerien. Doch auch diese Investitionen konnten den Bevölkerungsschwund nicht stoppen.<sup>415</sup> Gleichzeitig schlossen in den 1990er-Jahren im Glarner Hinterland etliche Industrie- und Gewerbebetriebe. Viele Bewohnerinnen und Bewohner des Urnerbodens hätten somit immer weiter pendeln müssen und entschieden sich deshalb, die Alp zu verlassen.<sup>416</sup> Im Sommer 2001 wurde mangels Kinder die Schule geschlossen.<sup>417</sup> Seit dem Jahr 2001 gibt es auf dem Urnerboden auch keine Poststelle mehr.<sup>418</sup> 2003 verliess der letzte Kaplan die Siedlung.<sup>419</sup> Im Jahr 2016 lebten noch 24 Personen ganzjährig auf dem Urnerboden. Die meisten von ihnen waren über fünfzig Jahre alt. Zudem gab es nur eine einzige Familie mit drei Kindern.<sup>420</sup> Einige Bewohner und Bewohnerinnen fanden ein Auskommen im Tourismus.<sup>421</sup> Andere lebten von der Landwirtschaft. Doch da die meisten Flächen nach wie vor Alpweiden der Korporation Uri sind, besitzen diese Bauern eigentlich zu wenig Land für eine Existenz nach heutigem Standard und sind auf Nebenerwerbe angewiesen.<sup>422</sup>

---

<sup>411</sup> Vgl. Hirtler 2012: 15 und die aufgeführten Biografien bei Stüssi 1983: 230-235.

<sup>412</sup> Vgl. Hirtler 2012: 15.

<sup>413</sup> Vgl. ebd.: 45.

<sup>414</sup> Vgl. ebd.: 16-17.

<sup>415</sup> Vgl. ebd.: 19-20.

<sup>416</sup> Vgl. NUZ, 26.01.2002: 21-22.

<sup>417</sup> Vgl. NUZ, 22.06.2001: 19.

<sup>418</sup> Vgl. NUZ, 26.01.2002: 21-22.

<sup>419</sup> Vgl. Hirtler 2012: 20.

<sup>420</sup> Vielen Dank für die Infos der Gemeindekanzlei Spiringen vom 22.08.2016, die sich mit den Infos vom 16.08.2016 von Julia Herger (Jahrgang 1991) decken. Herger ist auf dem Urnerboden im ehemaligen Gasthaus Alpenrösli aufgewachsen und lebt heute im Urner Talboden.

<sup>421</sup> Vgl. Hirtler 2012: 20-21.

<sup>422</sup> Vgl. ebd.: 44-45.

Die Zukunft des Dorfes ist wegen der Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung ziemlich ungewiss. Zudem ist die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und der ganzjährigen Erschliessung mit grossen Kosten verbunden. Wie lange der Urnerboden noch ein ganzjährig bewohntes Dorf sein wird, ist fraglich. Es ist gut möglich, dass der Urnerboden schon bald wieder eine nur im Sommer bewohnte Alp wird – wie vor 1872.<sup>423</sup> Die kommenden Jahrzehnte werden zeigen, in welche Richtung sich die Siedlung entwickelt.

---

<sup>423</sup> Vgl. ebd.: 19-20.

## 5. Fazit

Im 19. Jahrhundert war die weitverbreitete Armut ein grosses Problem in Uri, denn es stand wirtschaftlich schlecht um den Kanton und fehlte an Erwerbsmöglichkeiten. Gleichzeitig nahm die Bevölkerung zu. Diese Umstände ergaben auch Probleme für die Landwirtschaft: Die Betriebe wurden immer kleiner, weil immer mehr Leute von der gleichen Fläche leben mussten. Viele Urnerinnen und Urner wanderten deshalb aus. Leute, die keine Landflächen besaßen, versuchten zum Teil als Ziegenbauern über die Runden zu kommen und sich von der Gemeinmarch zu ernähren: Sie trieben ihre Tiere auf die Allmendweiden oder in die Wälder und sammelten im Sommer auf den steilen Bezirksflächen Wildheu. Wegen des grösser werdenden Drucks auf die nutzbaren Flächen liessen sich diese Ziegenbauern in immer höheren Lagen ganzjährig nieder. So entstanden im 19. Jahrhundert im Kanton Uri – vor allem im Schächental und im Maderanertal – sogenannte Geissbauernsiedlungen. Auch die ganzjährige Besiedlung des Urnerbodens ist als Teil dieser Entwicklung zu interpretieren.

Doch eigentlich war es gesetzlich verboten, die Wintermonate auf der Alp Urnerboden zu verbringen. Denn es gab auf dem Urnerboden keine Schule für die Kinder, keinen Priester, der sich im Winter um die Seelsorge der Leute gekümmert hätte, und auch keinen Arzt. Allfällige Winterbewohnerinnen und -bewohner wären bei Krankheiten auf sich allein gestellt gewesen. Zudem fürchteten die Obrigkeit und die Alpgenossen, dass Winterbewohner und -bewohnerinnen den Wäldern und den Weiden durch eine intensivere Nutzung schaden würden. Zudem dürften allenfalls auch die vielen Lawinen sowie die Befürchtung einer allgemeinen Verwilderung der Winterbewohnerinnen und -bewohner eine Rolle gespielt haben. Lediglich jene Familie, welche ein Hospiz auf dem Urnerboden betrieb, durfte im Winter offiziell auf der Alp bleiben. Doch trotz des Verbots verbrachten immer wieder Leute die Wintermonate auf der Alp. So verurteilte das Bezirksgericht 1853 gleich zehn Personen wegen illegalen Aufenthalts. Im Winter 1872 wollte die Urner Regierung erneut gegen Personen vorgehen, welche verbotenerweise auf der Alp lebten. Im folgenden Frühjahr stimmte die Bezirksgemeinde schliesslich einem Siebengeschlechtsbegehren zu, das den Winteraufenthalt ermöglichen wollte. Doch die Kinder des Urnerbodens hätten folglich den obligatorischen Schulunterricht in Spiringen besuchen müssen und wären somit monatelang von den Eltern getrennt gewesen. Deshalb blieben die Schülerinnen und Schüler dem Unterricht fern. Auf Druck der zuständigen Behörden wollte die Bezirksgemeinde deshalb das Winteraufenthaltsverbot bereits 1877 wieder einführen. Doch die Bewohner des Urnerbodens legten beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement Rekurs ein gegen diesen Entscheid. Der Bundesrat entschied schliesslich im Herbst 1877, dass das Recht auf freie Niederlassung innerhalb der Schweiz höher zu gewichten sei als der entsprechende Urner Landbuchartikel. Dieser Entscheid führte dazu, dass die Bevölkerung des Urnerbodens innert weniger Jahre stark anstieg. Deshalb entstanden auf der Alp in den folgenden Jahrzehnten dörfliche Infrastrukturen. So errichtete der Kanton bereits 1880 eine obrigkeitliche Salzstätte, damit die Leute auf der Alp, welche im Winter gegenüber Uri eine isolierte Lage hat, das Salz nicht mehr von Glarus her auf den Urnerboden schmuggelten. 1899 erhielt der Urnerboden eine Schule und die Poststelle hatte seit 1900 auch das ganze Jahr offen. Zudem wurde die Alp 1902 eine Kaplanei mit einem ständigen Priester und erhielt 1913 einen Friedhof, sodass die Verstorbenen im Winter nicht mehr über den verschneiten Klausenpass nach Spiringen transportiert werden mussten.

Die ganzjährige Besiedlung führte aber auch zu Konflikten bezüglich der Allmendnutzung. Der Urnerboden war in erster Linie eine Alp und aufgrund der bedeutenden Käseproduktion waren die Alpweiden den milchgebenden Kühen vorbehalten. Rinder, Kälber, Stiere, Pferde und Schafe wurden auf Spezialalpen getrieben und dort von einem Hirten beaufsichtigt. Das Schmalvieh (Schafe und Ziegen) durfte auf dem Urnerboden hingegen überall hingetrieben werden, wo die Kühe nicht hin-

kamen. Es durfte dabei allerdings den Kuhweiden kein Schaden zugefügt werden. Als sich jedoch Ziegenbauern ganzjährig auf dem Urnerboden niederliessen, kam es mit den Kuhälplern zu Konflikten um die Nutzung der Alpflächen, weil die Winterbewohnerinnen und -bewohner ihre Tiere bereits im Frühjahr auf die Kuhweiden trieben. Gleichzeitig wurden die Winterbewohnerinnen und -bewohner auch bezichtigt, dem Wald zu schaden. Denn sie sammelten in den Wäldern nicht nur Brennholz, sondern auch Streu und Futter für die Tiere. Ihre Tiere weideten überdies oft in den Wäldern. Diese Nutzungsarten, die auch in der übrigen Schweiz praktiziert wurden, waren aber nicht förderlich für die Verjüngung des Waldes. Deshalb trat im Jahr 1876 das Bundesgesetz betreffend die Oberaufsicht des Bundes über die Gebirgswaldungen in Kraft, welches diese Nutzungsarten eigentlich verbot. Das Problem war aber, dass sich die Bevölkerung nicht an die Vorschriften hielt und kaum von den traditionellen Nutzungsformen abrückte.

Der Urnerboden bot armen Menschen während Jahrzehnten die Möglichkeit, mit einigen Ziegen und einer intensiven Allmendnutzung über die Runden zu kommen. Daher erstaunt es nicht, dass die Alp in den krisengeschüttelten 1930er-Jahren von rund 250 Ganzjahresbewohnerinnen und -bewohner besiedelt wurde. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Bevölkerung aber stark rückläufig. 2016 wurden gerade noch 24 Winterbewohner und -bewohnerinnen gezählt. Da der Urnerboden in erster Linie Alpgebiet ist, fehlen die nötigen Flächen, damit die Winterbevölkerung von der Landwirtschaft leben könnte. Zudem gibt es nur wenige Arbeitsplätze auf dem Urnerboden und inzwischen auch immer weniger in der näheren Umgebung, also im oberen Kantonssteil von Glarus. Die unsichere Strassenverbindung im Winter erschwert ein Pendeln zusätzlich. Wie sich der Urnerboden als Ganzjahressiedlung entwickeln wird, ist ziemlich ungewiss.



Abb. 13: Schulhaus Urnerboden. Foto: Elias Bricker, 20.03.2015. Im Schulhaus wird heute nicht mehr unterrichtet. Auch ein Kaplan lebt nicht mehr dort.

## 6. Verzeichnisse

### 6.1. Abkürzungsverzeichnis

HLS	Historisches Lexikon der Schweiz
NUZ	Neue Urner Zeitung, Altdorf
StaUR	Staatsarchiv Uri, Altdorf
StaZH	Staatsarchiv Zürich
UW	Urner Wochenblatt

### 6.2. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Der Urnerboden mit der Kirche von 1915. Foto: Andreas Fässler, 01.11.2013.	7
Abb. 2: Kartenausschnitt des Urnerbodens. Quelle: Karten der Schweiz (Ausschnitt Schächental, Suchbegriff Klausenpass), Version von 2013, <a href="https://map.geo.admin.ch">https://map.geo.admin.ch</a> , 12.03.2021.	12
Abb. 3: Der Urnerboden von der Klausenpassstrasse gesehen. Foto: Elias Bricker, 12.08.2018.	13
Abb. 4: Weidegebiet für Milchkühe. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Frau mit Kuh, um 1910; StaUR 119.03-BI-37938.	15
Abb. 5: Hütten auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden mit Blick Richtung Claridenstock, um 1910; StaUR 119.03-BI-37924.	17
Abb. 6: Ziegen weiden auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: auf dem Port mit der Kapelle St. Erhard, um 1910; StaUR 119.03-BI-37934.	20
Abb. 7: Rüttenen auf dem Urnerboden. Foto: Christof Hirtler. In: Imagebroschüre der Korporation Uri, 2011.	22
Abb. 8: Weiler auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden Gebiet Argseeli, um 1910; StaUR 119.03-BI-37913.	29
Abb. 9: Äplerleben auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden, um 1910; StaUR 119.03-BI-37902.	42
Abb. 10: Schweine auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden Alphütten, um 1910; StaUR 119.03-BI-37906.	47
Abb. 11: Pfarrkirche und Kapelle auf dem Urnerboden. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Pfarrkirche und Kapelle St. Erhard mit Blick auf die Jägerstöcke, um 1915; StaUR 119.03-BI-37886.	48
Abb. 12: Klausenpassstrasse. Glasnegativ: Michael Aschwanden: Urnerboden, um 1910; StaUR 119.03-BI-37939.	51
Abb. 13: Schulhaus Urnerboden. Foto: Elias Bricker, 20.03.2015.	55



## 7. Bibliografie

### 7.1. Quellenverzeichnis

#### 7.1.1. Ungedruckte Quellen

Altdorf, StaUR P-1: Privatarchiv Friedrich Gisler: Notiz über Winteraufenthalt auf Ennetmärcht 1758.

Altdorf, StaUR P-1: Privatarchiv Friedrich Gisler: Notiz über Wälder und deren Bannung auf Ennetmärcht 1796.

Altdorf, StaUR P-1: Privatarchiv Friedrich Gisler: Notiz über Lawinenunglück auf Ennetmärcht 1780.

Altdorf, StaUR G-013 Mikrofilm MF35/690: Bezirksgerichts-Protokolle: Protokoll Sitzung vom 5. Christmonat 1853.

Altdorf, StaUR RR91-RR94 Mikrofilm MF35/665: Urner Wochenratsprotokolle: Protokoll Regierungsrat vom 21. November 1853.

Altdorf, StaUR R-120-13/2: Armenverzeichnisse nach Gemeinden 1839ff.

Altdorf, StaUR R-391-12/1 (Teil 1): Protokoll Bezirksgemeinde Uri vom 9. Mai 1872.

Altdorf, StaUR R-391-12/1 (Teil 2): Protokoll Bezirksgemeinde Uri vom 10. Mai 1877.

Zürich, StaZH IX 214 15-18: Brief von Pfarrer Peter Arnold an Johann Gottfried Ebel, 1812.

Zürich, StaZH B IX 136: Johann Gottfried Ebels Notizen über Bürglen und das Schächental, 1811.

#### 7.1.2. Gedruckte Quellen

Amtsblatt des Kantons Uri: Bezirksgemeinde-Verhandlungen von Uri vom 13. Mai 1860, Nr. 21, 23.03.1860: 115-116.

Amtsblatt des Kantons Uri: Gemeinrätliche Anzeige wegen Aufenthalt auf Alp Ennetmärcht, Nr. 10, 07.03.1872: 65.

Amtsblatt des Kantons Uri: Regierung sistiert Wegweisung, Nr. 12, 21.03.1872: 84.

Amtsblatt des Kantons Uri: Cirkular Berathungsgegenstände der h. Bezirksgemeinde von Uri auf Donnerstag den 9. Mai 1872, Nr. 18, 02.05.1872: [o. S.].

Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 9. Mai 1872, Nr. 20, 22.05.1872: 144.

Amtsblatt des Kantons Uri: Rechenschaftsbericht des Regierungsrathes an den h. Landrath über das Verwaltungsjahr 1876. Allgemeiner Schulbesuch, Nr. 18, 03.05.1877: 68-69.

Amtsblatt des Kantons Uri: Cirkular Berathungsgegenstände der h. Bezirksgemeinde von Uri auf Donnerstag den 10. Mai 1877, Nr. 17, 26.04.1877: [o.S.].

Amtsblatt des Kantons Uri: Verhandlungen der Bezirksgemeinde von Uri vom 10. Mai 1877, Nr. 20, 17.05.1877: 196.

Amtsblatt des Kantons Uri: Rekurs gegen den Beschluss letzter Landsgemeinde, Nr. 27, 05.07.1877: 265.

Amtsblatt des Kantons Uri: Mitteilung Bundesrat in Causa Karl Bricker, Nr. 46, 15.11.1877: 480.

Amtsblatt des Kantons Uri: Verbot betreffend die Bezirkswälder, Nr. 31, 01.08.1878: 287-289.

Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri 2. Altdorf 1859.

Das Landbuch oder offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Kantons Uri. Ergänzungen des Landbuchs durch Nachtrag aller seit 1825 bis Ende des Jahres 1841 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Kantons Uri 3. Altdorf 1842.

Urner'sches Amtsblatt: Gesuch für Winteraufenthalt, Nr. 2, 12.01.1853: 13.

Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 12. Januar 1853, Nr. 5, 02.02.1853: 21-22.

Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 14. April 1853, Nr. 16, 20.04.1853: 74-75.

Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 8. und 9. Juni 1853, Nr. 24, 15.07.1853: 125-126.

Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheile vom 13. August 1853, Nr. 34, 24.08.1853: 168.

Urner'sches Amtsblatt: Kriminal-Strafurtheil vom 24. September 1853, Nr. 39, 28.09.1853: 187.

Urner'sches Amtsblatt: Auffrischen des Verbot des Winteraufenthalts, Nr. 47, 07.11.1853: 236.

Urner'sches Amtsblatt: Überweisung an das Bezirksgericht, Nr. 49, 21.11.1853: 244.

Urner'sches Amtsblatt: Anfrage betreffend Winteraufenthalt auf der Spitalrütli auf Ennetmärcht, Nr. 49, 22.11.1854: [o. S.].

Schweizerische Eidgenossenschaft: Schweizer Bundesblatt: Bericht des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahr 1877. Geschäftskreis des Justiz- und Polizeidepartements, Nr. 20, 01.05.1878: 463-534, <http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10009937>, 24.02.2021.

### 7.1.3. Literatur mit Quellencharakter

Becker, Bernhard: Die Allmeinde, das Grundstück zur Lösung der socialen Frage. Gestützt auf schweiz. Verhältnisse. Basel 1868.

Landolt, Elias: Bericht an den hohen schweizerischen Bundesrath über die Untersuchung der schweiz. Hochgebirgswaldungen. Vorgenommen in den Jahren 1858, 1859 und 1860. Bern 1862.

Lusser, Karl Franz: Der Kanton Uri, historisch, geographisch, statistisch geschildert. In: Lusser, Karl Franz (Hg): Gemälde der Schweiz 4. St. Gallen 1834.

### 7.1.4. Zeitungsartikel

#### **Luzerner Neueste Nachrichten (LNN)**

Gisler, Hanstoni: Die bösen Salzschnuggler vom Urnerboden. In: Luzerner Neueste Nachrichten LNN: 21.08.1979: 14.

### **Neue Urner Zeitung (NUZ)**

Arnold, Bruno: Am letzten Examen fehlt der Inspektor. In: Neue Urner Zeitung, Nr. 142, 22.06.2001: 19.

Arnold, Bruno: Fort müssen sie, immer weiter fort. In: Neue Urner Zeitung, Nr. 21, 26.01.2002: 21-22.

### **Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**

Böhni, Matthias: „Auf dem Urnerboden soll gelebt werden“. Augenschein in einem Hochtal, das sich gegen Abwanderung und Naturgewalten stemmt. In: Neue Zürcher Zeitung online, Version vom 05.02.2011, <http://www.nzz.ch/auf-dem-urnerboden-soll-gelebt-werden-1.9360109>, 24.02.2021.

### **Urner Wochenblatt (UW)**

Referat über die Bezirksraths-Verhandlungen vom 19. und 20. April. In: Urner Wochenblatt, 05.05.1877: 2.

Bericht vom Urnerboden. In: Urner Wochenblatt, 28.07.1877: 3.

Bundesrath tritt nicht auf Rekurs von Karl Brüker ein. In: Urner Wochenblatt, 10.11.1877: 2.

Bericht über einen Mennzug von Ennetmärcht über den Klausenpass. In: Urner Wochenblatt, 05.01.1878: 3.

Die grösste Alp der Schweiz. In: Urner Wochenblatt, 13.11.1880: 1.

Referat über die Bezirksraths-Verhandlungen vom 26. Mai 1885. In: Urner Wochenblatt, 30.05.1885: 1.

Alpfrevel auf Ennetmärcht. In: Urner Wochenblatt, 30.05.1885: 2.

Bezirksrathliche Expedition wegen Alpfrevel. In: Urner Wochenblatt, 06.06.1885: 3.

Einsendungen zur Allmendbenutzung auf dem Urnerboden. In: Urner Wochenblatt, 13.06.1885: 2.

Inserat zur Räumung der Bodenallmend. In: Urner Wochenblatt, 13.06.1885: 4.

Zur „Raubwirtschaft“ auf dem Urnerboden. In: Urner Wochenblatt, 20.06.1885: 2.

Einsendungen zu den Vorgängen auf Ennetmärcht. In: Urner Wochenblatt, 27.06.1885: 2-3.

Zum Tod von Otto Walker. In: Urner Wochenblatt, 29.04.1905: 3.

## **7.2. Literaturverzeichnis**

Arnold, Philip: Allmosen und Allmenden. Verarmung und Rückständigkeit der Urner Markgenossenschaft 1798-1848. Zürich 1994.

Auf der Maur, Josef: Das Schächental in den Schriften Ebels. In: Historisches Neujahrsblatt 93/94 (2002/2003): 5-56.

Baumann, Heinz; Fryberg Stefan: Der Klausenpass (Verkehrswege in Uri 3). Altdorf 1995.

Bielmann, Jürg: Die Lebensverhältnisse im Urnerland während des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 126). Basel et al. 1972.

- Braun, Rudolf: Das ausgehende Ancien Régime in der Schweiz. Aufriss einer Sozial- und Wirtschafts-geschichte des 18. Jahrhunderts. Göttingen et al. 1984.
- Fäh, Robert: Urner Schulgeschichte. Aus der Urner Schulgeschichte. 150 Jahre Erziehungsrat des Kantons Uri. 200 Jahre Urner Schulgeschichte. Altdorf 2000.
- Feller-Vest, Veronika: Becker, Bernhard. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 02.07.2002, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10530.php>, 24.02.2021.
- Fransioli, Mario: Leventina. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 14.03.2017, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/008543/2017-03-14/>, 24.02.2021.
- Furrer, Benno: Die Bauernhäuser des Kantons Uri. Basel 1985.
- Furrer, Benno: Wandlungsprozesse in der Kulturlandschaft der Alpen Uris im Spiegel der Gebäude. Zürich 1989.
- Hauser, Angela: Die Kunst des sich Zusammentuns – wie die Korporation Uri Wasser, Wald und Weiden bewirtschaftet. In: Hirtler, Christof (Hg.): Urnerboden. Altdorf 2012: 338-348.
- Herger, Alois; Stadler-Planzer, Hans: Spiringen. Geschichte der Pfarrei. Spiringen 1991.
- Hirtler, Christof: Urnerboden. Altdorf 2012.
- Huber, Karl: Die Allmendgenossenschaft der Korporation Uri in ihrem Verhältnis um Kanton und zu den Gemeinden. Beromünster 1911.
- Iten, Karl: Das Schächental. Altdorf 1983.
- Kälin, Urs: Die Urner Magistratenfamilien. Herrschaft, ökonomische Lage und Lebensstil einer ländlichen Oberschicht, 1700-1850. Zürich 1991.
- Kaufmann, Georg: Hinteralp und Gwüest. Siedlungsgeschichte der Göschenalp. Altdorf 1998.
- Korporation Uri: Regelung Schwendgeld. Altdorf 2020, 4 S., [https://www.korporation.ch/fileadmin/dateien/dokumente/formulare/schwendgeld\\_regelung\\_2020.pdf](https://www.korporation.ch/fileadmin/dateien/dokumente/formulare/schwendgeld_regelung_2020.pdf), 10.07.2021.
- Kunz, Ruedi: Die Ziegen um den Geissberg. Gurtellen 2010.
- Muheim, Hans: Urnerboden. Werden und Leben eines Urner Hochtals. Zürich 1986.
- Muheim-Büeler, Josef: Güter und Familien von Unterschächen und ihre Verbindung in alle Welt. Teil 1: Domus. Greppen 2015. (= Muheim-Büeler 2015a)
- Muheim-Büeler, Josef: Güter und Familien von Unterschächen und ihre Verbindung in alle Welt. Teil 2: Güter, 3 Bde. Greppen 2015. (= Muheim-Büeler 2015b)
- Muheim-Büeler, Josef: Güter und Familien von Unterschächen und ihre Verbindung in alle Welt. Teil 3: Familien, 2 Bde. Greppen 2015. (= Muheim-Büeler 2015c)
- Pfister, Christian: Klimageschichte der Schweiz 1525-1860. Das Klima der Schweiz von 1525-1860 und seine Bedeutung in der Geschichte von Bevölkerung und Landwirtschaft. Bern <sup>3</sup>1988.
- Rothenfluh, Max: Die Alpwirtschaft des Schächentals. In: Iten, Karl (Hg.): Das Schächental. Altdorf 1983: 91-110.
- Stadler, Franz: Wald und Forstwirtschaft. In: Stadler-Planzer, Hans; Stadler, Pascal; Stadler, Franz; Ziegler, Thomas (Hg.): Korporation Uri. Altdorf 2013: 69-95. (= Stadler 2013a)
- Stadler, Hans: Die Ausscheidung der Bezirke Uri und Ursern aus dem Staatsverbande anlässlich der KV-Revision 1887/1888. In: Der Geschichtsfreund 124 (1971): 358-372.
- Stadler, Pascal: Bevölkerungsentwicklung. In: Stadler-Planzer, Hans (Hg.): Von der helvetischen Umwälzung in die Gegenwart (Geschichte des Landes Uri 2b). Schattdorf 2015: 66-77.

- Stadler, Hans; Lusser, Karl Franz. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 20.10.2009, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013650/2009-10-20/>, 24.02.2021.
- Stadler-Planzer, Hans: Einleitung. In: Zberg, Josef: Die Bauern von Madran. Altdorf 2009: 111-143.
- Stadler, Hans: Urnerboden. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 19.02.2013, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D7469.php>, 24.02.2021. (= Stadler 2013b)
- Stadler-Planzer, Hans; Stadler, Pascal; Stadler, Franz; Ziegler, Thomas (Hg.): Korporation Uri. Altdorf 2013.
- Stadler-Planzer, Hans: Die Urner Allmendgenossenschaft von den Anfängen bis 1888. In: Stadler-Planzer, Hans et. al. (Hg.): Korporation Uri. Altdorf 2013: 9-21. (= Stadler-Planzer 2013a)
- Stadler-Planzer, Hans: Die Rüttenen und Gärten. In: Stadler-Planzer, Hans; Stadler, Pascal; Stadler, Franz; Ziegler, Thomas (Hg.): Korporation Uri. Altdorf 2013: 133-141. (= Stadler-Planzer 2013b)
- Stadler-Planzer, Hans: Ursern. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 14.01.2014, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007467/2014-01-14/>, 24.02.2021. (= Stadler-Planzer 2014a)
- Stadler-Planzer, Hans: Uri. Staatsbildung, Regieren und Verwalten im Ancien Régime. In: Historisches Lexikon der Schweiz, Version vom 14.01.2014, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D7384.php>, 23.06.2016. (= Stadler-Planzer 2014b)
- Stadler-Planzer, Hans (Hg.): Frühe Neuzeit (Geschichte des Landes Uri 2a). Schattdorf 2015. (= Stadler-Planzer 2015a)
- Stadler-Planzer, Hans: Wirtschaftsverhältnisse. In: Stadler-Planzer, Hans (Hg.): Frühe Neuzeit (Geschichte des Landes Uri 2a). Schattdorf 2015: 81-163. (= Stadler-Planzer 2015b)
- Stadler-Planzer, Hans (Hg.): Von der helvetischen Umwälzung in die Gegenwart (Geschichte des Landes Uri 2b). Schattdorf 2015. (= Stadler-Planzer 2015c)
- Stadler-Planzer, Hans: Von 1815 bis zur Gotthardbahn 1882. In: Stadler-Planzer, Hans (Hg.): Geschichte des Landes Uri 2b. Schattdorf 2015: 64-263. (Stadler-Planzer 2015d)
- Stuber, Martin; Bürgi, Matthias: Hüeterbueb und Heitisträhl. Traditionelle Formen der Waldnutzung in der Schweiz 1800 bis 2000 (Bristol-Schriftenreihe 30). Bern 2011.
- Stüssi, Heinrich: Die ernerische Einwanderung in den Kanton Glarus. In: Iten, Karl (Hg.): Das Schächental. Altdorf 1983: 221-235.
- Vischer, Daniel L.: Die Geschichte des Hochwasserschutzes in der Schweiz. Von den Anfängen bis ins 19. Jahrhundert (Berichte des Bundesamts für Wasser und Geologie. Serie Wasser 5). Biel 2003.
- Ziegler, Thomas: Weiden. In: Stadler-Planzer, Hans; Stadler, Pascal; Stadler, Franz; Ziegler, Thomas (Hg.): Korporation Uri. Altdorf 2013: 97-127.
- Zurfluh, Christoph: „Leidenschaftslos, freimütig und loyal“: Das Urner Pressewesen und seine Bedeutung für die Urner Politik von der Helvetik bis zum Ersten Weltkrieg. Altdorf 1993.

### 7.3. Internet-Ressourcen

- Schweizerische Eidgenossenschaft: Karten der Schweiz, Version von 2013, <https://map.geo.admin.ch>, 12.03.2021.